

Termine:

R 58 - 217

Teil III

Ereignismeldungen UdSSR

Nr. 94 - 100

Justizprüfungsamt?

Ja -- nein

Falls ja: P - K - V - R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. — Vollmacht Bl. — gegen —

wegen

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3501

nein

[illegible]

Ereignismeldungen UdSSR

=====

- | | | | | |
|--------|-----|-----------------|----------------|---------------|
| 1) Nr. | 94 | vom 25. 9. 1941 | (B I b - 94-) | Bl. 1 - 33 |
| 2) Nr. | 95 | vom 26. 9. 1941 | (B I b - 95-) | Bl. 34 - 78 |
| 3) Nr. | 96 | vom 27. 9. 1941 | (B I b - 96-) | Bl. 79 - 105 |
| 4) Nr. | 97 | vom 28. 9. 1941 | (B I b - 97-) | Bl. 106 - 131 |
| 5) Nr. | 98 | vom 29. 9. 1941 | (B I b - 98-) | Bl. 132 - 136 |
| 6) Nr. | 99 | vom 30. 9. 1941 | (B I b - 99-) | Bl. 137 - 152 |
| 7) Nr. | 100 | vom 1. 10. 1941 | (B I b - 100-) | Bl. 153 - 166 |

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 25. Sept. 1941

- IV A 1 - B.Nr. 1/B41 -gRs- -

48 Ausfertigungen

36. Ausfertigung

Ereignismeldung der UdSSR Nr. 94

I. Politische Übersicht.

Geheime Reichssache!

a) Im Reich:

Keine besonderen Ereignisse.

b) Besetzte Gebiete:

F r a n k r e i c h :

Der Beauftragte der Sicherheitspolizei u.d.SD
Paris meldet:

Am 21.9.1941 versuchten 2 Personen in der
Nähe des Bahnhofs von Angoulême ein Strohlager
anzuzünden.

Durch die deutsche Wache konnte ein Täter
gestellt werden. Es handelt sich um den
Schweißer Jean L a b r e g e r e , wohnhaft
in Angoulême.

In der Wohnung des L. wurden 2 Revolver,
rund 100 Schuss Munition, 1 Stahlrute und 1/2
Liter Benzin vorgefunden. Der Täter ist ge-
stänig.

Am 22.9.41 gegen 23 Uhr griffen 15 Individuen
die Nachmannschaften im Bergwerk von Beaumont
an. Die Täter gelangten in den Besitz von
300 kg Dynamit und 570 Zündhütchen.

Auf Anordnung des Militärbefehlshabers in Frankreich wurden am 16.9.1941 10 Kommunisten erschossen.

Die Erschiessung erfolgte als Vergeltungsmassnahme für feige Attentate, die am 6., 10. und 11.9.1941 auf Angehörige der deutschen Wehrmacht erfolgt sind.

Am 20.9.1941 wurden als Sondermassnahme für den Mord an Hauptmann S c h e b e n 12 Personen, insbesondere kommunistische Funktionäre, oder wegen Gewalttaten gegen deutsche Soldaten, unerlaubten Waffenbesitzes usw. in Haft genommene Franzosen erschossen.

Der Militärbefehlshaber in Frankreich hat bei Veröffentlichung der erschossenen Geiseln gleichzeitig darauf hingewiesen, dass beim nächsten Attentatsfall eine erheblich grössere Anzahl von Geiseln erschossen wird.

H o l l a n d :

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei u.d.SD den Haag meldet:

In der Nacht zum 22.9.1941 brannten in der Provinz Gelderland an verschiedenen Stellen ein mit Holz und Torf gefüllter Schuppen und ein Kornschuber, in welchem 3.500 kg Roggen und 5.000 kg Stroh lagerten, vollständig nieder. Nach den bisherigen Ermittlungen liegt bei beiden Fällen fahrlässige Brandstiftung vor.

In der Nacht zum 21.9.1941 wurde in Maastricht ein Angehöriger der Holl.NSNAP angeblich ohne Anlass durch einen deutschen Wehrmachtsangehörigen durch Stiche mit dem Seitengewehr erheblich im Rücken verletzt.

Generalgouvernement:

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD,
Lublin, meldet:

In der Nacht vom 21. zum 22.9.41 wurden auf der Eisenbahnstrecke Lublin - Zemborzyce vierzehn Schwellen von der Eisenbahnschiene gelöst, zu beiden Seiten der Schiene mittels Vierkantschlüssels die Schrauben aus den Schwellen herausgedreht, so dass ein etwa neun Meter langes Schienenstück lose auf den Schwellen ruhte. Die Angriffsstelle befindet sich in einer Kurve. Gelöst wurde die äussere Schiene beginnend am Schienenstoss. An dieser Stelle ist dieser Schienenteil am stärksten der Belastung ausgesetzt. Die Ausführung der Tat lässt erkennen, dass sie von sachkundiger Hand begangen worden ist. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Der Schaden wurde in den frühen Morgenstunden des 22.9.41 von dem zuständigen Streckenwärter entdeckt. Kurz davor überfuhr ein Güterzug im langsamen Tempo die beschädigte Stelle, ohne dass dieser entgleiste. Eine Entgleisung wäre ohne weiteres eingetreten, wenn der Zug in schnellerem Tempo die Strecke befahren hätte.

Kärnten und Krain:

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD,
Veldes, meldet:

Am 15.9.1941 um 17,00 Uhr wurde aus dem Hinterhalt auf der Strecke Moste - Voditz auf einen PKW geschossen, wodurch eine Person getötet wurde. Die sofort mit Polizeihunden durchgeführte Streife blieb erfolglos. Als Vergeltungsmassnahme wurden am 18.9.1941 um 8,00 Uhr früh 5 Kommunisten öffentlich

am Tatort erschossen und blieben dort tagsüber liegen.

2 Personen wurden wegen Unterstützung der Angehörigen geflüchteter Kommunisten festgenommen.

2 weitere Personen wurden festgenommen, da sie im Verdachte stehen, mit geflüchteten Kommunisten in Verbindung zu stehen und sich auch an Geldsammlungen für die KP beteiligt zu haben.

R e s s m a n n Franz, Jauerburg wohnhaft, wurde festgenommen, da er für Mitglieder einer Terrorgruppe Geld gesammelt und an diese abgeliefert hat.

K r a x n e r Franz, 3.8.1902 in Voitsberg geboren, Gutenstein wohnhaft, wurde festgenommen, da er an einer Strassenbaustelle deutsche Arbeiter mit den Ausdrücken "Deutsches Schwein und Deutsche Zigeuner" beschimpft hat.

Am 11.9.1941 wurde am Bahnhof in Laak festgestellt, dass aus einem Güterwagen, der Laibach passieren musste, 18 Kisten Munition für Handfeuerwaffen und einige Blechkästen mit Nahkampf - Spreng und Zündmittel im Gewichte von 36 kg nach Erbrechen eines Waggonfensters gestohlen wurden.

c) Übriges Ausland:

B u l g a r i e n :

Der Polizeiverbindungsführer meldet:

Ein sowjetischer Fallschirmjäger, der sich bulgarischer Polizei freiwillig stellte, sagte aus:

- 1.) Durch Fallschirmabwurf sollen in Bulgarien eingesetzt werden:

- a) Parteikomitee,
 - b) Militärstab,
 - c) Sabotageformation,
 - d) Propagandaleitung,
 - e) Rote Hilfe.
- 2.) Seit Juli 1941 wurden in Nähe Moskau Sabotagegruppen aus bulg. Emigranten und teilweise anderen Volkszugehörigen militärisch im Sabotageeinsatz, Waffengebrauch, Fallschirmabsprung usw. ausgebildet.
- 3.) Fünf Fallschirm-Sabotage-Gruppen wurden ab Simweropol Krim für Nachtabwurf über Bulgarien seit kurzer Zeit bereitgestellt, wovon 4 Gruppen mit Sicherheit in den letzten Nächten abgeworfen wurden.
- 4.) Die fünf S-Gruppen waren im ganzen 31 Köpfe stark, die Einzelgruppe je nach Einsatz-Auftrag 5 - 8 Mann. Da bisher 7 Saboteure getötet und zwei in Haft befinden sich, falls die 5. Gruppe bereits gelandet ist, noch 22 Saboteure in Freiheit.
- 5.) Erste bei Dobric vernichtete Gruppe war mit Handfeuerwaffen jeder Art, Kisten mit Sprengstoff, Brandmittel aller Art, mit 30 Uhren für Höllenmaschinen, zweite Gruppe mit neuem amerik. Elektromotor mit Fußbetrieb zur Erzeugung von Energiestrom für eine Ft-Station, sowie mit kompl. Ft-Ausrüstung für Sendung und Empfang ausgerüstet. Saboteure in Zivil mit Reservekleidung und Unterwäsche.
- 6.) Als Angriffsrichtung war für die bei Panajourische abgeworfene S-Gruppe Sofia für Pazardjik, Gegend Plovdiv, für Starzagora, Gegend Osten für Lobetschklamm, gleichfalls Gegend Osten befohlen. Sabotage-Angriffe sollten im allgemeinen gegen alle Bahnan-

lagen, Lager usw. unternommen werden. Ferner wurde Erschiessung von Polizeibeamten, Bildung von Aufstandsgruppen aus Bevölkerung grundsätzlich angeordnet, während ausserdem jeder Gruppenführer, geheime, nur ihm bekannte Spezial-Aufträge bekam.

- 7.) Bis 25.9. haben sich die S-Gruppen in ihren zugewiesenen Aktions-Räumen einzurichten. Ab 25.9. ist die Ft-Verbindung der Gruppen unter sich und mit Meldkopf Simweropol sicherzustellen. Genauer Frequenzplan wurde erfasst. Funker bei jeder Gruppe stets Russe.
- 8.) Gegen Sofia wurde brutaler Bandit als Gruppenführer, ferner der aus Reichstagsbrand-Prozess bekannte D a n e f f bei noch auf freiem Fuß befindlicher Gruppe eingesetzt. Anzeichen für Mitarbeit Sofioter Sowjet-Gesandtschaft vorhanden.
- 9.) Sabo-Gruppen hatten Befehl, bei Abdrängung auf türkisches Gebiet auszusagen, dass sie von Bulgarien eingesetzt seien, um hierdurch bulg.-türk. Beziehungen zu stören.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos

Einsatzgruppe A

Standort K i k e r i n o

I.

Partisanen

Sämtliche Einsatzkommandos mußten auch weiterhin zur Bekämpfung von Partisanengruppen herangezogen werden. Während in den rückwärtigen Gebieten nur vereinzelt kleine Gruppen, die entweder mit Fallschirmen abgesprungen sind oder von Osel aus an der Küsten gelandet wurden, auftraten, sind weiterhin im Raum zwischen Peipus- und Ilmensee Partisanengruppen in Stärke von 5 - 50 Mann aufgetreten und zum Teil auch vernichtet worden. Die seit längerer Zeit von der Einsatzgruppe A verfolgte Taktik, durch Zivilerkunder die Schlupfwinkel der Partisanen aufzuspüren, hatte verschiedentlich guten Erfolg. Zwischen Pleskau, Luga und Pesje mußten wiederholt zwischen Teilen der Einsatzgruppe und Partisanen regelrechte Gefechte durchgeführt werden, bei denen es in den meisten Fällen - allerdings nicht ohne Verluste - gelang, die auftretenden Partisanengruppen restlos zu vernichten.

Im Bereich der Zivilverwaltung wurde von den Einsatzkommandos 2 und 3 an verschiedenen Orten verstärkt auftretende propagandistische Tätigkeit der jüdischen Bevölkerung für den Bolschewismus festgestellt. Wo derartige Propaganda auftritt, wird mit den schärfsten Mitteln eingegriffen, und es werden nach Möglichkeit derartige Orte von Juden völlig gesäubert. Da diese jüdische Propagandatätigkeit besonders in Litauen auftrat, hat sich die Zahl der im Bereich des III 3 liquidierten Personen auf rund 75.000 erhöht.

Für bestimmte Aufgaben mußten wiederholt Sonderkommandos in die ländlichen Gebiete geschickt

werden, die für einige Tage in bestimmten Orten eingesetzt wurden. So musste z.B. ein Kommando nach Pljussa entsandt werden, da von dort größere Plünderungsaktionen gemeldet worden waren. Es wurden 47 Personen festgenommen und verhört. 7 Personen wurden wegen Plünderung erschossen, 2 weitere öffentlich durch die Strassen des Ortes geführt und der Einwohnerschaft bekanntgegeben, dass diese Personen zum Nachteil der Bevölkerung Lebensmittel geplündert haben. Ein anderes Sonderkommando musste nach Mogutowo entsandt werden, wo sich 37 Geisteskranken bewaffnet hatten und plündernd durch die Gegend zogen. Es konnte festgestellt werden, dass diese Geisteskranken von 11 Kommunisten, von denen vermutlich ein Teil auch zu einer Partisanengruppe gehörte, aufgehetzt worden sind. Die 11 Hetzer, unter denen sich 6 Juden befanden, sowie die Geisteskranken wurden liquidiert.

In der Umgebung der Standorte des Gruppenstabes Pesje, Mikerino und Meschno wurde regelmässig sofort nach Eintreffen eine Überprüfung der gesamten männlichen Bevölkerung vorgenommen, die wiederholt zur Erfassung von Partisanen, jüdischen und kommunistischen Hetzern, Plünderern usw. geführt hat. Da sich die Standorte der Einsatzgruppe immer nahe beim Stab der Panzergruppe 4 befinden, wurde diese systematische und erfolgreiche Überprüfung der Umgebung seitens der Panzergruppe 4 wiederholt anerkannt.

II.

Die Judenfrage im Gebiet Ostland:

Die ersten Massnahmen gegen die Juden auch auf verwaltungspolizeilichem Gebiet im Reichskommissariat Ostland wurden von der Sicherheitspolizei durchgeführt. Nach Übernahme durch die Zivilverwal-

tung haben die Einsatzkommandos die durchgeführten und eingeleiteten verwaltungspolizeilichen Massnahmen gegen Juden an die Dienststellen der Zivilverwaltung übergeben. Die Einrichtung von Ghettos war durchweg bereits vorbereitet worden und wird von der Zivilverwaltung weiterbetrieben. Nur in Wilna, das nachträglich von der B-Gruppe A übernommen wurde, waren Vorbereitungen für die Unterbringung der 60.000 dort befindlichen Juden in einem Ghetto noch nicht getroffen worden. Das EK 3 hat jetzt die Errichtung eines Ghettos angeregt und wird gleichzeitig noch notwendige Befriedungsmassnahmen gegen jüdische politische Tätigkeit durchführen lassen.

In Riga war bereits vor Übernahme durch die Zivilverwaltung das sogenannte Moskauer Stadtviertel als Ghetto vorgesehen und ein jüdischer Ältestenrat eingesetzt. Die Übersiedlung der Juden in das Ghetto läuft weiter.

Die Juden in den Städten werden von allen deutschen Dienststellen als kostenlose Arbeitskräfte benutzt. Schwierigkeiten mit solchen Arbeitsgebern sind an der Tagesordnung, wenn gegen arbeitende Juden sicherheitspolizeilich eingeschritten werden muss. Wiederholt werden von Wirtschaftsstellen sogar Gesuche eingereicht, Juden vom Tragen des Davidsterns zu befreien und ihnen den Besuch von öffentlichen Gaststätten usw. zu genehmigen. Es handelt sich dabei meistens um Juden, die für bestimmte wirtschaftliche Unternehmen als unentbehrlich bezeichnet werden. Derartige Versuche werden von Dienststellen der Sicherheitspolizei selbstverständlich unterdrückt.

In den alt Sowjetrussischen Gebieten sind Juden auch in den Städten nur vereinzelt aufgetreten. Der grösste Teil der dort wohnhaft gewesenen Juden

ist geflohen. Die Wehrmacht gibt im allgemeinen jetzt nach Besetzung altsovjetrussischer Gebiete schon Anordnungen zur Kennzeichnung der Juden heraus. Dabei hat der Befehlshaber der 18. Armee z.B. angeordnet, dass Juden sich durch weisse Armbinden mit dem Davidstern auf beiden Armen zu kennzeichnen haben.

III.

Politische Lage im Ostland:

In der Berichtszeit hat die Zivilverwaltung allmählich ganz Litauen, ganz Lettland, das Gebiet um Minsk und Baranowitschi übernommen.

Ostland ist zum grossen Teil in die Zuständigkeit des Befehlshabers für das rückwärtige Heeresgebiet gekommen.

Als Generaldirektor für die Innere Verwaltung und die Personalangelegenheiten stellt General Dankers für den Generalkommissar den Verbindungsmann zur lettischen Öffentlichkeit dar. Die General Dankers zur Seite stehenden Männer sind: Oberstleutnant Freimann, Oberstleutnant Weiß, Dr. Sanders und Anderson. Letzterer ist Perkonkrustler, sehr intelligent, geniesst großes persönliches Ansehen auch bei politischen Gegnern wegen seiner sauberen Haltung und seiner persönlichen Offenheit. Der Oberstleutnant Weiß zählt zu den angenehmsten Erscheinungen der lettischen Öffentlichkeit und gilt als uneigennütziger Soldat und unbedingter Anhänger Deutschlands.

Die Entspannung der politischen Lage im Zusammengehen mit einer beginnenden Klärung wichtiger wirtschaftlicher Fragen ist im ganzen Reichskommissariat Ostland deutlich spürbar. Eine Aus-

nahme bildet allein die Stadt Wilna, in der der Gegensatz der Polen und der Litauer zu politischen Hetzereien ausgenutzt wird.

Die in Riga bestehende Wirtschaftsinspektion Ostland, die z.T. als Wirtschaftsamt des Reichskommissars übernommen wird, ist etwas in den Hintergrund getreten. Die im Anfang spürbare wirtschaftspolitische Aktivität der Wirtschaftsinspektion, die teilweise zu grosser Beunruhigung der lettischen Bevölkerung führte, hat stark nachgelassen. Dazu kann auch die Tatsache beigetragen haben, dass Seifenschiebungen vorgekommen sind, die in einem Kriegsgerichtsverfahren behandelt wurden und zur Bestrafung eines Angehörigen der Wirtschaftsinspektion mit 1 Jahr Gefängnis führten.

IV.

Die Lage im besetzten alt sowjetrussischen Gebiet:

Die gesamten alt sowjetrussischen Gebiete, die bisher von der Heeresgruppe Nord besetzt wurden, ergeben ein einheitliches Bild des wirtschaftlichen und kulturellen Elends. Die Bevölkerung befindet sich in einer ununterbrochenen Wanderbewegung und ist damit beschäftigt, sich irgendwie ihren Lebensunterhalt und Vorräte für den bevorstehenden Winter zu besorgen. In den schon längere Zeit besetzten Gebieten ist es gelungen, einen Teil der Ernte hereinzubringen und z. T. auch zu verwerten und zu verteilen. In einzelnen Gebieten, z.B. um Luga und am Samrasee sind die gesamten Viehherden und die Pferde verschleppt worden. Der Bestand an Hühnern wurde zum grossen Teil von den deutschen Truppen requiriert, so dass dort die Versorgungslage der Bevölkerung ausserordentlich schwierig ist, da auch die Ernte, soweit sie überhaupt eingebracht wurde, von den Bolschewisten

verschleppt oder vernichtet wurde.

Die Bevölkerung der Städte hat sich zum grössten Teil in den Wäldern und den weiter abliegenden Dörfern verborgen. Sie kommt jetzt zum Teil in die Städte zurück, um sich mit Kleidern für den Winter zu versorgen. Dadurch und durch die Bewohner der zerstörten und verbrannten Gebäude entsteht auf den Strassen hinter der Front ein dauerndes Umherziehen von Fussgängern und Fuhrwerken, das die Kontrolle, insbesondere über die männliche Zivilbevölkerung, stark erschwert.

Da das ganze Gebiet zwischen Peipus- und Ilmensee noch von Partisanen versetzt ist, steht die Partisanenabwehr bei allen Truppenteilen im Vordergrund. Die Bekämpfung ist ausserordentlich schwierig, da bei der augenblicklichen Witterung noch genügend Gelegenheit für die Partisanen besteht, in Wäldern und abgelegenen Gebäuden unterzuschlüpfen und sich auf sichere Überfälle und Sabotageakte zu beschränken. In Luga bestand eine richtige Partisanenschule, bei deren Durchsuchung das im Raum der Panzergruppe 4 arbeitende Sonderkommando Unterrichtsmaterial, Waffen usw. sicherstellte. Die Partisanenschule bestand seit Mitte Juli und hat vermutlich den grössten Teil der in diesem Raum auftretenden Partisanen ausgebildet. Zu den ausgebildeten Partisanen treten versprongte Rotarmisten, Zivilkommunisten und junge Burschen, die zum Teil mit grosser Geschicklichkeit, als Landarbeiter getarnt, Sabotagegelegenheiten ausspähen. Als typisches Beispiel der Verhetzung der Jugend wird ein Fall gemeldet, wo ein 12- und ein 16-jähriger Junge mit Gewehren ein tieffliegendes Kurierflugzeug beschossen haben. Die Jungen wurden von der Feldgendarmarie exekutiert.

Während des Vormarsches der letzten Wochen hat zwischen der Stadt Petersburg und dem Raum um

- 13 -

Luga lebhafter Verkehr teilweise sogar durch die deutsche Front bestanden. Von der Gruppe und den Kommandos sind mehrfach Zivilpersonen, die vor kurzem noch in Petersburg waren, vernommen worden. Ihre Aussagen widersprechen sich stark, so dass ein klares Bild über die derzeitigen Zustände in Petersburg nicht zu erlangen war. Ziemlich einheitlich wird ausgesagt, dass die massgebenden Juden und Behörden Petersburg vor der Einschließung bereits verlassen haben, und dass die Lebensmittel in Petersburg auf das Äusserste rationiert sind und Fleisch fast nicht mehr zu haben ist.

Meldungen der Einsatzgruppe B liegen nicht vor.

- 307 -

Einsatzgruppe C.

Standort S m o l e n s k .

I.

Standorte.

Der Gruppenstab befindet sich noch in Nowo-Ukrainka. Nach dem Fall Kiews wird Standortwechsel nach dort erfolgen. Sonderkommando 4a weiterhin in Shitomir, Teilkommandos in Ræbmyschl und Bialacerkiew. Weitere Kommandos eingesetzt im Raum Malin-Macharow, Korosten und ostw. Wassilkow.

Auf Grund einer Vereinbarung mit dem AOK ist gewährleistet, dass ein Vorauskommando des Einsatzkommandos 4a und des Gruppenstabes sofort bei dem Fall von Kiew an der Spitze der Truppe in Kiew einmarschiert.

Sonderkommando 4b ist nach Krementschug vorgezogen und wird baldmöglichst nach Poltawa vorrücken.

Standort des Einsatzkommandos 5 unverändert, ein Kommando ist im Raum Tscherkassy-Goroditsche eingesetzt.

Einsatzkommando 6 befindet sich in Kriwoj-Rog, wohin auch der Höhere W- und Polizeiführer übersiedelt ist.

II.

Sicherheitspolizeiliche Massnahmen und Beobachtungen.

Während der Vorbereitungszeit auf die zur Zeit im Gang befindliche militärische Offensive konnten sich die Einsatzkommandos weiterhin einer intensiven Breitenarbeit widmen.

In dem südlichen Raum des Einsatzgebietes war bei der geringen Siedlungsdichte der Juden das Hauptgewicht der Arbeit auf Einzelermittlungen und -fahndungen zu legen, während besonders im Raum von Shitomir

und Berditschew Gelegenheit zu grösseren Aktionen gegeben war.

Daraus erklärt sich auch der Unterschied in den Exekutionsziffern der einzelnen Kommandos.

Sonderkommando 4a hat nunmehr die Zahl von 15 000 Exekutionen überschritten. Einsatzkommando 5 meldet für die Zeit vom 31.8. - 6.9.41 die Erledigung von 90 politischen Funktionären, 72 Saboteure und Plünderer und 161 Juden. Vom Sonderkommando 4b wurden vom 6. - 12.9.41 13 politische Funktionäre und 290 Juden und zwar vorwiegend Intelligenz^{erschossen}, während vom Einsatzkommando 6 in der Zeit vom 1. - 13.9.41 60 Personen exekutiert wurden. Vom Gruppenstab konnten in den letzten Tagen 4 Funktionäre bzw. Zuträger des NKWD, 6 asoziale Elemente (Zigeuner) und 55 Juden erledigt werden. Von den Formationen des Höheren W- und Polizeiführers wurden im Monat August insgesamt 44 125 Personen, meist Juden, erschossen.

An besonderen Ereignissen ist die Festnahme eines russischen stellvertretenden Divisionskommandeurs, eines Bataillonsführers und eines Leutnants durch Einsatzkommando 5 und ukrainische Miliz zu berichten.

Von einem Kommando des Gruppenstabes konnte ein verwundet gewesener Leutnant der Roten Armee ermittelt und festgenommen werden, der mit durchziehenden Politruks Verbindung aufgenommen hatte und nunmehr die in einem abseits gelegenen Ort arbeitenden übergelaufenen russischen Soldaten zur Partisanenbildung aufgefordert hatte.

Zu einem Zusammenstoss mit einer bewaffneten Bande kam es im Stroifengebiet der dem Sonderkommando 4a zugeteilten Kompanie der Waffen-W, die ohne eigene Verluste diese grössere Bande zersprengen, 8 Partisa-

nen im Kampf erschiessen, mehrere verwunden und einen gefangennehmen konnte. Daneben wurden 1 LMG, 1 MP, 6 Karabiner, 1 Trommelrevolver, mehrere Handgranaten und 2000 Schuss Munition erbeutet.

Erschwert wurden die Aktionen in letzter Zeit durch das anhaltend schlechte Wetter, da bei Regenfällen die hiesigen Strassen nach wenigen Minuten äusserst schmierig und schlüpfrig werden und später sich in einen teigigen Morast verwandeln. Auf dem Marsch befindliche Wagen können dann nur noch mit fremder Kraft vorwärtsbewegt werden.

In Krjukow konnten 2 jugendliche Spione, die vom NKWD in Kremenschug beauftragt, über den Dnjepr geschwommen waren, festgenommen werden. Sie waren zunächst von einer Einheit als unverdächtig wieder entlassen worden und wurden bei einem erneuten Auftauchen dann endgültig angehalten. Des weiteren wurden 1 in Krjukow vom NKWD zurückgelassener Spion festgenommen und bei einem neuen Fluchtversuch erschossen. Das zuständige AOK wurde unterrichtet.

Wie bereits erwähnt, muss das Vorgehen gegen die Juden nach ihrer Siedlungsdichte in den einzelnen Abschnitten verschieden sein. Besonders im nördlichen Abschnitt der Einsatzgruppe C haben sich in den Ortschaften sehr viele geflüchtete Juden wieder eingefunden, die nunmehr eine starke Belastung für die Ernährung darstellen. Von der Bevölkerung werden sie weder untergebracht noch gepflegt. Sie hausen teilweise in Erdhöhlen und teilweise zusammengepfercht in alten Hütten. Dadurch hat sich die Gefahr von Seuchen stark erhöht, so dass allein aus diesem Grunde die restlose Säuberung der betreffenden Ortschaften notwendig wurde.

Die Frechheit der Juden hat auch jetzt noch nicht

nachgelassen. Abgesehen davon, dass sie sich bei Razzien mit Vorliebe als Russen und Ukrainer, ja selbst als Volksdeutsche ausgeben, sind sie oft im Besitze von Pässen, die zwar ihre richtigen Namen, jedoch eine falsche Nationalität angeben. Das Verheimlichen der jüdischen Abstammung wird ihnen durch die in den letzten Jahren immer stärker erfolgte Russifizierung der Namen erleichtert.

In Kirowograd ist bekanntgeworden, dass sich Juden bei den dort tätigen Registerbeamten Papiere mit falscher Nationalität zu beschaffen versuchten. Finigen Juden ist es sogar gelungen, auf Grund gefälschter Papiere an verschiedene Verwaltungsposten zu gelangen, wo sie im Sinne schon früher geübter Protektionswirtschaft diese "Umtaufungen" vornehmen liessen. Die ukrainische Bevölkerung wagt es oft nicht aus Furcht vor der Rache der Juden, Anzeige zu erstatten. Fällen dieser Art wird von hier aus mit schärfsten Mitteln entgegengetreten.

Schwierigkeiten sind insofern aufgetaucht, als Juden oftmals die einzigen Facharbeiter in bestimmten Berufen sind. So sind der einzige Sattler und der einzige verwendungsfähige Schneider in Nowo-Ukrainka Juden. In anderen Ortschaften können zu Tischler- und Schlösserarbeiten ebenfalls nur Juden herangezogen werden. Dieser Mangel an Facharbeitern ist weitgehend bedingt durch die hemmungslose Zwangsevakuierung tüchtiger Ukrainer durch die Sowjets. Um nicht den Wiederaufbau bzw. die sofort notwendig werdenden Reparaturarbeiten auch der durchziehenden Truppenteile zu gefährden, hat es sich als notwendig herausgestellt, besonders die älteren jüdischen Fachkräfte vorläufig von den Exekutionen auszunehmen.

Die von den Einsatzkommandos seit langem durchge-

führten Strassenstreifen und bei jeder Dienstfahrt vorgenommenen Kontrollen von wandernden russischen Soldaten und Zivilisten haben sich als sehr zweckmässig erwiesen, da viele Versprengte versuchen, sich durch die Linien zur Roten Armee durchzuschlagen. Die Sicherungseinheiten der Heeresgruppe Süd sind nunmehr angewiesen worden, scharf auf alle wandernden Elemente zu achten. Aus einem ^{Befehl} für das rückwärtige Heeresgebiet Süd geht hervor, dass versprengte Truppen von den Sowjets die Anweisung erhalten haben, stillgelegte Telefonleitungen für ihre Zwecke nutzbar zu machen.

In letzter Zeit wurden von russischen Flugzeugen mehrfach Flugblätter abgeworfen. Darunter befindet sich auch ein illustriertes Flugblatt mit den Abbildungen angeblich deutscher Gefangenen, deren Gesichter jedoch eker auf Russen schliessen lassen.

Neben der lügenhaften Behauptung, dass bereits 2 Millionen deutsche Soldaten gefallen seien, wird immer wieder erklärt, dass der Führer krank sei. In einem Flugblatt wird sogar behauptet, er befände sich in der ärztlichen Behandlung von Prof. Dr. Sauerbruch. In 2 Fällen konnten handschriftliche Aufrufe zur Partisanenbildung erfasst werden, die offensichtlich von versprengten Politruks zur Erfassung der noch vorhandenen russischen Soldaten hinter den deutschen Linien abgefasst worden sind.

In den weitaus meisten Fällen haben sich die versprengten Russen, die noch nicht von der Wehrmacht erfasst worden sind und soweit es sich nicht um Offiziere und politisch belastete Elemente handelt, auf den Kolchosen zur Arbeit gemeldet und sich ohne feindliche Betätigung eingeordnet. Mehrfach konnten einzelne Saboteure und Aufwiegler zur Partisanenbildung aus den Reihen dieser Soldaten ausgemerzt werden.

Bei den gelegentlich von Streifen und Säuberungsaktionen festgenommenen russischen Offizieren konnten deutlich zwei Typen erkannt werden: Einmal handelt es sich in der Mehrzahl um ältere höhere Dienstgrade, die ihre Erziehung noch vor dem Weltkrieg genossen haben und über einen verhältnismässig hohen Intelligenzgrad verfügen. Ihre Haltung sowohl in militärischer, wie in gesellschaftlicher Hinsicht, lässt eine gewisse Angleichung an westliche Verhältnisse nicht verkennen. Zum anderen steht der Typ des jüngeren Offiziers sowohl im Hinblick auf seine Bildung wie auf seine militärischen Fähigkeiten auf einer sehr niedrigen Stufe. Geistig stumpf und ohne das primitivste Wissen sind die Offiziere rein nach Parteigesichtspunkten und nach praktischen Fähigkeiten ausgesucht und ausgebildet worden.

Abgesehen von einer durch die bolschewistische Erziehung bedingten fanatischen Ausrichtung auf das marxistische Gedankengut, geht ihr Horizont niemals über die Welt des Kommunismus hinaus. Von wirklich soldatischer Haltung ist kaum etwas zu spüren. So fing der oben erwähnte Leutnant, der wegen Versuchs einer Partisanenbildung festgenommen worden war, bei seiner Vernehmung kläglich an zu weinen und flehte in seinem schriftlichen Lebenslauf die "Herren Offiziere" an, ihm das Leben zu lassen, weil er es noch nicht kenne. In diesem Zusammenhang ist es auch erklärlich, dass ein Oberst sich nachgewiesenermassen von seinem Adjutanten, einem Leutnant, die Stiefel putzen liess, obwohl ihm dazu andere einfache Dienstgrade zur Verfügung gestanden hätten.

Bei Ermittlungen und Vernehmungen hat sich hinsichtlich des Versuchs, eine Widerstandsbewegung zu organisieren, folgendes ergeben:

20

Den Partei- und NKWD-Dienststellen ist es weitgehendst gelungen, Parteimaterial über Mitglieder und Mitarbeiter fortzuführen oder zu vernichten. So wurde in Kirowograd festgestellt, dass sämtliche Parteimitglieder die Anweisung erhalten haben, ihre Ausweise abzugeben; eine Anordnung, die freilich nicht gleichmässig durchgeführt wurde.

In Kirowograd ist es denn auch gelungen, einiges Material zur späteren örtlichen Auswertung, so u.a. ein Benutzer--verzeichnis einer kommunistischen Partei-Bibliothek und Mitgliederlisten der KP zu erfassen.

Vor ihrem Abzug haben die Parteifunktionäre Mitglieder und Kandidaten einzeln mit Nachrichten- und Agitationsaufträgen versehen.

Zur Tarnung wurde eine grössere Anzahl von Parteimitgliedern formell aus der Partei ausgeschlossen. Selbst in den Fällen, wo der Ausschluss schon früher erfolgt ist, wurde bei der Verteilung von Aufträgen auf diese Personen zurückgegriffen, da man ^{von} ihnen ebenfalls eine rege Mitarbeit erwartete. Solche Ausschlüsse sind auch in früheren Jahren erfolgt, wobei die Betroffenen, um sich zu rehabilitieren, oft die schlimmsten Zuträger waren.

Es ist auffällig, dass von der Sicherheitspolizei auf Grund von Anzeigen zuverlässige Ukrainer und Volksdeutschen festgenommene Kommunisten und Parteikandidaten immer wieder erklären, sie seien harmlose Mitläufer, die zudem bereits früher aus der Partei ausgeschlossen worden seien. Zur Bekräftigung wiesen sie entsprechende Bescheinigungen vor. Fast regelmässig erfolgt der Zusatz, sie stammten von Kulaken oder Zwangsverschickten ab und dürften schon deshalb als unbelastet gelten. Einmal ist die letztere Ausrede unbeachtlich, da das

gleiche fast jeder Ukrainer von sich behaupten kann, und zum anderen lässt diese überall gleichmässig aufgestellte Behauptung darauf schliessen, dass die Partei ihren "ausgeschlossenen" Beauftragten ein Entlastungsmoment verschaffen wollte. Ein gewisses Nachrichtennetz ist z.B. in Kirowograd beobachtet worden.

So ist es wiederholt vorgekommen, dass bei Verhaftungen von Angehörigen des Werkes "Roter Stern" umgehend Entlastungsschreiben mit einer Anzahl Unterschriften von Arbeitern des Werkes eingereicht worden, auch wenn der Betreffende ausserhalb seiner Arbeitsstelle festgenommen worden war und keine Familienangehörigen hatte, die seine Arbeitskameraden hätten verständigen können. Von Vertrauenspersonen wurde des weiteren behauptet, dass die Dienststelle der Sicherheitspolizei dauernd von Aufpassern umgeben sei. Diese Feststellungen treffen zunächst nur auf Kirowograd und vielleicht auch auf andere grosse Industriestädte, nicht aber auf das Land zu, wo die Bevölkerung nach der Flucht der Funktionäre politisch völlig interesselös ist.

Über die Aufgliederung des Industriewerkes "Roter Stern" in parteimässiger Hinsicht sind folgende Feststellungen getroffen worden, die gewisse Rückschlüsse auf die Parteiorganisation auch in anderen Industriegebieten zulassen. Das Werk ist in 22 Zechen untergliedert und diese wiederum in Abteilungen eingeteilt. Parteimässig standen der Zeche 1 Sekretär und 2 Gehilfen vor. Der Leiter der Zeche war stets ein Parteigenosse oder zumindest "Bespardini-Bolschewik" (Parteiloser Bolschewik). Die Parteigenossen verteilten sich auf die einzelnen Zechen und waren in Gruppen von 4 bis 10 bis 15 Mann zusammengefasst. Zweimal im Monat fand eine Versammlung der Sekretäre unter dem 1.

Parteifunktionär des Werkes statt. Dieser war Jude, seine beiden Gehilfen Russen.

In jeder Zeche war^{en} folgende Organisation aufgezogen:

- 1.) Vernichtungsbataillone,
- 2.) Partisankibataillone,
- 3.) Narodnaja onoloschenija (NO = Volkswehr),
- 4.) Nodriwnaja Otrjad (Zerstörung besonderer Dinge),
- 5.) Protif Wosdeeschujin oborona (PWO - Luftschutz),
- 6.) Gotowsanitarenij obooronej (GSO - Sanitäter).

Die unter Ziffer 4 aufgeführte Organisation bestand lediglich aus ganz zuverlässigen Parteigenossen. Im wesentlichen war es so, dass in jeder Zeche nur der Sekretär der Zeche, der Leiter und der Vorsteher der Zeche dieser Gruppe angehörte.

III.

Zwangsverschickungssystem und Industriebau östlich des Ural.

Die Bolschewisten haben, besonders in den letzten 10 Jahren, eine ungeheure Anzahl von Menschen für ihre Industriebauten, Verkehrswege und Kultivierungsarbeiten im Osten der Sowjetunion zwangsweise rekrutiert und verschickt.

In der Ukraine setzte die Zwangsevakuierung vor allem nach der grossen Hungersnot im Jahre 1933 und nach der seinerzeit erfolgten Kollektivisierung des bis dahin weitgehend selbständigen Bauerntums ein. Weitere grosse Wellen folgten in den Jahren 1936 und 1938, in denen besonders volksdeutsche Dörfer erfasst wurden. Vorwand war fast immer politische Unzuverlässigkeit und die Weigerung, sich einem Kollektiv anzuschliessen.

Wenn in vielen Gebieten übereinstimmend die Zahl von 23 Millionen politischer Häftlinge bzw. Zwangsverschickten genannt wird, so klingt diese ungeheuerliche Zahl doch nicht unglaublich, wenn man überlegt, dass es - abgesehen von den Juden - hier selten eine Familie gibt, von der nicht ein oder mehrere Mitglieder in Haft oder zwangsverschickt sind.

Aus inzwischen hier bekannt gewordenen Mitteilungen von volksdeutschen, ukrainischen und auch russischen Häftlingen, die selbst jahrelang im nördlichen Sibirien, im südlichen Ural, in der Kirgisensteppe und in Fernost gelebt haben, ergibt sich folgendes Bild:

Teilweise wurden verdächtige Einzelpersonen, teilweise ganze Dörfer, zwangsverschickt. In einzelnen Ortschaften erfasste man nur die Männer, in anderen wurden vorwiegend Frauen zum Abtransport festgenommen. Gebrechliche Personen wurden stets zurückgelassen, da man von ihnen keinen Arbeitseinsatz mehr erwartete. Meistens erfolgten die Festnahmen auf Grund von selten kontrollierten Anzeigen jüdischer oder bolschewistischer Vertrauensmänner durch das NKWD, das in jedem grösseren Ort eine besondere Abteilung für diesen Zweck eingerichtet hatte.

In mehreren Fällen konnten die Leiter dieser Abteilungen, darunter eine Frau, und ferner Zuträger festgenommen und erledigt werden. Von der Zwangsverschickung waren selbst die Familien von Parteimitgliedern und Kandidaten nicht verschont.

Bezeichnend für das Vorgehen der Bolschewisten ist das Beispiel des Dorfes Grabow im Bezirk Horodnitza, das bis zum Jahre 1936 ausschliesslich von Deutschen und Polen bewohnt war. In diesem Jahr wurden die Dorfbewohner aufgefordert, sich binnern 14

Tagen zur Abreise nach Sibirien fertigzumachen, wobei ihnen empfohlen wurde, ihre Habseligkeiten zu verkaufen, damit sie im Osten Darmittel zur Errichtung eines neuen Hausstandes besäßen. In der kurzen Frist gelang der Verkauf der Häuser, des geringen Privateigentums, insbesondere des Viehs nicht, so dass die "Umdiedler" völlig mittellos abtransportiert wurden. Ein Teil der Männer wurde nach dem Norden geschafft und die Frauen, von ihnen getrennt, nach Murmansk transportiert. In Murmansk erfuhren die Frauen mit ihren Kindern, dass die Männer nach dem nördlichen Polargebiet, besonders nach Franz-Josefsland und Nowasemlja weiterverschickt worden waren. Sie selbst wurden nunmehr angewiesen, sich nach Dnjepropetrowsk zu begeben, wo sie schliesslich sich selbst überlassen blieben.

Das leere Dorf wurde von Kommunisten aus der Nachbarschaft besiedelt und das Vieh auf die Kollektive verteilt. Die Frauen kehrten teilweise in das Heimatdorf zurück, wurden jedoch 1939 aufgefordert, sich wiederum 100 km ostwärts zu begeben.

Der grösste Teil der Einwohnerschaft des Dorfes Grabow gelangte nach 24-tägiger Bahnfahrt in das sibirische Gebiet Kasagstan, wo er auf mehrere Dörfer verteilt und sich selbst überlassen wurde. Hier mussten die Zwangsverschickten zunächst in Erdhütten wohnen und konnten sich erst allmählich mit Hilfe der dort wohnenden Kosaken einen kleinen Hausstand gründen. Als dies gelungen war, erschienen Kommissare aus Moskau, die nunmehr auch hier Kollektivwirtschaften einrichteten.

Auf diese Weise gelang es den Sowjets, bei der von ihnen geplanten Kultivierung der Kirgisensteppe die deutsche Arbeitskraft auf billigste und schärfste Weise auszunutzen.

Beim Ausbruch des Krieges mit Deutschland befürchtete man offenbar Aufstandsversuche bzw. Sabotageakte der zwangsverschickten Volksdeutschen und transportierte sie zu einem grossen Teil nach dem Westen zum Baureiter Feldflugplätze.

Die Landschaft Kasokstan in der Kirgisensteppe scheint für die Sowjets eine grosse Bedeutung gehabt zu haben. Insbesondere soll hier der Hauptversorgungsstützpunkt der Roten Armee an Nahrungsmitteln liegen. Neben der Kultivierung durch zwangsverschickte Volksdeutsche erfolgte in den letzten Jahren eine grosse Urbarmachung des Steppenbodens durch Anlage von Kanälen, Pump- und Stauwerken. Im Mittelpunkt der hier geschaffenen Siedlungen liegt das "zweite Moskau", die Stadt Karaganda oder Karhanda, sowie die nach dem Vorbild Karhandas erbauten Ortschaften Dolinka und Samarskoie.

Der bewässerte Steppenboden ist ungemein fruchtbar. Angebaut werden vor allem Weizen, Winterroggen und Sonnenblumen für die Ölproduktion. Besonders gross sollen auch die Viehherden sein, deren Fleisch in Fässern eingepökelt und versandt wird. Der an sich schon grosse Viehbestand der eingesessenen Bevölkerung ist durch Masseneinfuhr aus der benachbarten Mongolei, der dafür Holz geliefert wurde, so vergrössert worden, dass allein die Siedlungen um Karhanda über mehr Schafe, Rinder und Pferde verfügen, als die gewiss nicht arme Ukraine.

Die eingeborene Bevölkerung ist nach bewährtem System enteignet bzw. ebenfalls zwangsverschickt worden. An Bodenschätzen werden Gold, Kohle und Eisen abgebaut. Bemerkenswert ist der Mangel an Holz.

Über das Gebiet Biro-Bidschan ist folgendes bekannt geworden. Es erstreckt sich über eine grösste

Länge von 300 km und eine grösste Breite von 180 km und wird zu einem grossen Teil vom Amur begrenzt. Seit 1933 haben die Sowjets hier ausschliesslich Juden angesiedelt. Die günstigen klimatischen Verhältnisse ermöglichen den Anbau selbst von Wein, Zitronen und Apfelsinen. Die Getreideernten ergaben meist einen grossen Überschuss, der nach den anderen Teilen des Fernen Ostens ausgeführt wurde. Über den Anbau der Gummipflanze Koksakis und den Anbau von Bodenschätzen konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Die vorhandene Industrie beschränkt sich auf Zuckerraffinerien, Brauereien, Ziegeleien, Sägewerke und Holzverarbeitung. Die Juden verwalten diesen äusserst fruchtbaren Erdstrich selbst.

Bemerkenswert ist seine Kennzeichnung als "Land ohne Jugend", da die jüdische Jugend sehr schnell den Anschluss an intellektuelle Berufe gefunden hat und auf den Universitäten studiert. Fast ausnahmslos werden nicht die sibirischen Hochschulen in Swerdlowsk und Omsk, sondern in Moskau besucht. Dieses Judenterritorium ist aus diesem Grunde eines der ergiebigsten Kräfte- und Reserviergebiete der kommunistischen Partei und der bolschewistischen Staatsverwaltung geworden.

Neben der Zwangsbesiedlung grosser Teile der Kirgisiensteppe und der Schaffung eines selbständigen Judenreservates mit landwirtschaftlicher Ausrichtung hatten die Sowjets vor allem Interesse an der Errichtung einer grossen Industrie jenseits des Urals.

Um die ungeheuren Räume überhaupt erschliessen zu können, wurde ein grosser Teil der Verbannten zum Bau von Strassen und Schienenwegen eingesetzt. So wurde in den letzten Jahren die bereits bestehende eingleisige Eisenbahnstrecke Irtusk - Halbinsel Kamtschatka zweigleisig ausgebaut und mehrere eingleisige Verbindungs-

linien zur Hauptstrecke Moskau-Irkutsk-Charborowsk-Wladiwostok angelegt. 1939 waren bereits 4 dieser Verbindungslinien in Betrieb, die vor allem der Erschliessung der an der Strecke Irkutsk-Kamschatka gelegenen Urwaldgebiet dienen sollen. Bis zum Jahre 1939 ist zwar noch kein Abbau von Bodenschätzen beobachtet worden, jedoch lässt die Anwesenheit von zahlreichen Untersuchungskommissionen, die Vornahme von Bohrungen und die Anlage von Gruben in diesem Jahre den Schluss zu, dass jetzt die Gewinnung von Kohle, Erdöl und Gold in diesem Gebiet in Gang gebracht worden ist.

Zur Einbeziehung der Insel Sachalin in das fernöstliche Verkehrsnetz ist ebenfalls eine Eisenbahnlinie gebaut worden. Diese Strecke führt über Witim - an der Mündung des Witim in den Lena - in westlicher Richtung weiter und erreicht wahrscheinlich in Krasnojarsk den Anschluss an die Linie Moskau - Wladiwostok.

Von den befragten Auskunftspersonen wurden folgende Angaben über die Anlage von Städten und Industriewerken in Sibirien gemacht:

In Tschelabrinsk (südlicher Ural), 400 000 Einwohner befinden sich u.a. magnet-metallurgisches Kombinat mit 50 000 Arbeitern, für die ein besonderes Stadtviertel errichtet ist. Erzeugt werden Geschütze und andere Schusswaffen. Wegen strenger Geheimhaltung fallen über dieses Kombinat wenig Nachrichten ein. Ferner ist in Tsch. eine Traktorenfabrik errichtet worden, die auch Panzerwagen herstellte. Des weiteren wird von einer Autofabrik gesprochen. Im Traktorenwerk werden 30 000 Arbeiter beschäftigt. Neben einer pharmazeutischen Fabrik sind noch Kohlengruben im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt

zu nennen.

Slatoust (80 km westlich Tschelabrinsk) hat 110 000 Einwohner, ohne Flughafen und Flugverbindung, besitzt ein besonders grosses Gefängnis, das 20 000 politische Gefangene (Rekow, Bucharow) beherbergt. Vorhanden sind: eine Metallfabrik mit 15 000 Arbeitern, die besonders Stahlpanzorplatten für Schiffe und Kampfwagen herstellt, ein weiteres Werk mit 9 000 Arbeitern zur Herstellung von Stahl, Maschinen, medizinische Instrumente, Geschütze, Maschinengewehre, Seitengewehre und Säbel. Eisenträger und Brückenbaumaterial werden in einem dritten Werk hergestellt.

In Urzum, östlich von Slatoust, ist ein Werk gebaut bzw. im Bau, für das aus allen Teilen der Sowjetunion Arbeiter herangezogen worden sind. Über diese Fabrik, die als besonders kriegswichtig gilt und die in grossen Ausmassen errichtet wird, konnten bisher keine Einzelheiten in Erfahrung gebracht werden, da sämtliche Arbeiter strengster Schweigepflicht unterlagen.

In Kopejsk (40 km östlich Tschelabrinsk) befinden sich Kohlengruben.

In Iman befinden sich Flugzeugwerke,

In Bekin Gewehrfabriken. Beide Städte scheinen ebenfalls in der Nähe von Tschelabrinsk zu liegen. In Bekin werden besonders viele Strafabteilungen beschäftigt.

In Myass, südlich von Slatoust, befinden sich Werkzeugfabriken und Goldgruben.

In Nadsiezdynsk, nördlich von Tschelabrinsk, gibt es Kupferbergwerke.

In Berezniki, ebenfalls nördlich Tschelabrinsk, werden chemische Präparate, angeblich für die Landwirtschaft hergestellt. Von verschiedenen Seiten

wurde darauf hingewiesen, dass hier vermutlich auch Kampfstoffe hergestellt werden. Diese Stadt ist für das grosse chemische Kombinat eigens erbaut worden.

Ob das Ural-Kosnetzki-Kombinat ein sowjetisches Rüstungszentrum ist, konnte nicht ermittelt werden.

Kupfergruben und Anthrazitvorkommen befinden sich bei Kounrad am Nordufer des Balkaschsees.

Gold wird am Amur, am Oberlauf der Flüsse Lena und Vitim und zwar hauptsächlich in der Nähe der Stadt Bodajbo gefunden.

In Komsomolsk am Amur wurden in letzter Zeit besonders Schiffswerften, vor allem für den U-Bootbau errichtet, nachdem dort ein grosser Binnenhafen ausgebaut worden war.

Die Stadt Chabarowsk (2000 km westlich Wladiwostok) gilt als Zentrum der Ostsibirischen Rüstungsindustrie. Wegen des grossen Tiefganges des Amur ist dieser Platz für den Schiffsbau besonders geeignet. Auf den beiden Werften Kirow und Basa Moskwa Flotilji werden neben vielen Strafgefangenen auch Marienabteilungen von je 1000 Mann beschäftigt. Auf der ersteren Werft arbeiten 5000 Mann, auf der zweiten die Marienabteilungen 12,48,64 und eine weitere nicht näher bezeichnete.

Des weiteren befinden sich in der Stadt Flugzeugwerke. In der Nähe der Stadt (60 km entfernt, in einem Wald an der chinesischen Grenze) wurden 1939 auf dem Bauplatz (Stroika) 5 eine Rüstungsfabrik gebaut, die jetzt fertig sein dürfte.

Etwa 120 km östlich Chabarowsk liegt eine namentlich nicht bekannte Stadt, in der sich Munitionsfabriken befinden.

In Wladiwostok werden alle Arten von Kriegsmaterial hergestellt, u.a. auch Munition. In Spask, in der Nähe von Wl., befindet sich ein Flugzeugwerk.

Durch Verschiebung der Strafkolonnen haben die Sowjets zu verhindern versucht, dass die einzelnen Strafgefangenen einen allzu grossen Einblick in die Industriewerke erlangen.

Meldungen der Einsatzgruppe D liegen nicht vor.

III. Militärische Ereignisse:

Heeresgruppe Süd:

Odessa:

Stärkere feindliche Truppen landeten 20 km nordostw. Odessa. Feindliche Angriffe gegen V. rumän. AK. konnten 5 - 6 km vordringen. Angriff wurde zum Stehen gebracht.

Nördl. der Krim:

Der Angriff auf Prognaj ist noch im Gange.

Vor Südteilen der grossen Dnjepr-Inseln westl. Saporoschje wurden feindl. Übergangsversuche abgewehrt.

Front gegen Charkow:

Der Bruckenkopf bei Zaritschanka wurde erweitert.

Ausbruchsversuche des südostw. Poltawa eingeschlossenen Feindes wurden abgewehrt.

Die Verbindung der eigenen Teile bei Koschmanowna wurde hergestellt.

Im Angriff gegen sich zäh verteidigenden Feind wurde die Linie 4 km südwestl.

Woinowka - 6 km ostw. St. Beshkow erreicht und Sicherungen bis zur Linie 20 km nördl. Poltawa - Nadeschda vorge-schoben.

Kessel im Dnjepr-Bogen:

Die Kampfhandlungen nördl. des Udaj wurden abgeschlossen, auch die Kämpfe bei Orschitza gehen ihrem Ende entgegen.

Der konzentrische Angriff der Armee gegen den süd. der Linie Baryschewka - Beresan eingekesselten Feind führte zur Zerschlagung des Feindes in einzelne Gruppen. Ihre Vernichtung ist in vollem

- 32 -

Gänge.

Heeresgruppe Mitte:

Im Angriff wurden die Höhen südwestl. Kamlitschka erreicht. Weiter nördl. fortschreitender Angriff von Kamlitschka nach Osten und über Hodrigailow auf Olschana.

Heeresgruppe Nord:

Vor dem Südflügel hat der Feind sich weiter verstärkt. Seine Versuche zur Öffnung des Einschliessungsringes ostw. Leningrad wurden von aussen und innen erfolglos fortgesetzt.

Leningrad wurden von aussen und innen erfolglos fortgesetzt.

Der feindl. Brückenkopf ostw. St. Dubrowka wird von eigenen Kräften angegriffen.

Die nach Westen angreifenden Teile stehen im Ortskampf im Ostteil von Peterhof.

Baltische Inseln:

Auf Ösel wurde auf der Sörve-Halbinsel die Gegend 3 km südl. Tiirinetsa erreicht.

Finnland:

Die Karelische Armee setzte die Kämpfe südwestl. und nordostw. Podberoshje fort.

Im Vorgehen auf Petrosawodsk wurde die Gegend 8 km südl. Peda Pelga erreicht.

Der Angriff aus der Gegend von Prjasha kam gegen zäh kämpfenden Feind bis halbwegs Prjasha - Polowina vor.

Serbien: Gesamtlage wie bisher. Weitere Ausweichversuche Aufständischer über Drina nach Westen.

22.9. Einsatz von Stukas gegen Banden an Donau-Katarakten. Bahnstrecke Nis.-Sofia ab 22.9. wieder in Betrieb.

- 33 -

Kroatien:

Verschärfung der Lage westl. Drina
im Raum Bijeljina - Zvornik und Vlas-
nice.

Griechenland:

Am 22.9. wurde Wehrmacht-Lkw. auf der
Strasse Saleniki Sores beschossen.
2 Soldaten tot. Ermittlungen laufen.

- 327 -

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 26. Sept. 1941.

- IV A 1 - B.Nr. 1/41 - RRs -

173-a-10/33

48 Ausfertigungen.

36, Ausfertigung.

Erignismeldung UdSSR Nr. 95.

I. Politische Übersicht.

Geheime Reichssache!

a) In Reich:

Die Kripostelle Linz meldet:

Aus einem in der Bahnstation Asten stehenden Zuge entwichen am 25.9. drei sowjetrussische Kriegsgefangene. Von den 5 auf Streife entsandten Gendarmerie-Beamten ist einer bisher nicht zurückgekehrt. Sein Fahrrad wurde an einen Baum gelehnt in dem Angelande an der Donau aufgefunden. Kampfspuren wurden nicht festgestellt, es besteht aber Befürchtung, dass ihm auf der Suche nach den entsprungenen Gefangenen etwas zugestossen ist.

Stalag Gneixendorf gab am 25.9. bekannt, es sei nach Eintreffen des Transports festgestellt worden, dass bei Asten insgesamt 12 Gefangene entsprungen sein müssen.

Seit 25.9. mittags sind grössere Gend.- und Pol-Streifen in dem unwegsamen Gelände zur Ausforschung

der Flüchtigen und zur Auffindung des vermissten Gendarmen unter Mitbeteiligung von Mundeführern eingesetzt. Bisher wurden 4 Gefangene wieder eingebracht. Von dem Gendarm fehlt noch jede Spur. Die eingebrachten Gefangenen wissen angeblich auch nichts von ihm. Fahndung wird fortgesetzt. Stalag Gneixendorf hat noch mitgeteilt, dass von demselben Transport bereits auf der Strecke Berlin-Passau 52 Gefangene und im Bereiche Niederdonau abermals eine Anzahl Gefangener entsprungen seien.

b) Besetzte Gebiete:

Frankreich:

Der Beauftragte der Sicherheitspolizei und des SD. - Paris, meldet:

Am 23.9.1941 gegen 23 Uhr erfolgte bei der Durchfahrt eines Zuges in der Nähe des Bahnhofes Bac Saint Maur im Departement Pas de Calais auf der Linie Armentiere - Bergnette eine Explosion, die die linke Schiene auf 60 cm einriss und in der Mitte der Gleise eine Aushöhlung von 25 cm Tiefe hervorrief. Der Verkehr war dadurch unterbrochen. Personenschäden sind nicht zu verzeichnen.

Generalgouvernement:

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD - Radom - meldet:

Am 23.9.41 ist auf dem Gut Zamezek, das im Bereich des Luftwaffenübungsplatzes Radom gelegen ist und von der Luftwaffe verwaltet wird, im Pferdestall ein Grossfeuer ausgebrochen, das mit grosser Schnelligkeit um sich griff und den gesamten Viehbestand, 24

- 5 -

Pferde, 8 Fohlen, 12 Kühe, 12 Jungrinder, 1 Kalb, 2 Schafe und einen Bullen vernichtete.

Nach Ablöschung des ersten Brandes geriet eine ca. 20 m vom ersten Brandobjekt entfernt stehende Scheune ebenfalls in Brand. Die Scheune brannte mit etwa 10 Fuhrern Hafer der neuen Ernte bis auf die Grundmauern nieder. Noch während der Löscharbeiten geriet eine weitere Scheune in etwa 100 m Entfernung gleichfalls in Brand. Ein Beamter der Sicherheitspolizei bemerkte das Entstehen des Brandes, das Aufflammen eines leuchtend weissen Scheines an der Giebelwand der Scheune zwischen Mauer und Dachstuhl sowie Flammen, die an der ganzen Giebelseite entlang liefen.

Mit Hilfe von Soldaten der Luftwaffe, die bereits zur Brandbekämpfung der ersten Scheune eingesetzt waren, gelang es, den Brandkörper mit einiger Schwierigkeit aus seiner fest verkeilten Lage herauszustemmen. Der bereits im Abglücken befindliche Brandkörper bestand aus den Resten einer Konservenbüchse, die mit den Schlacken des verbrannten Thermits verschmolzen war. Sämtliche 3 Brände gehen einwandfrei auf Brandstiftung mittels der schon mehrfach festgestellten Thermitbrandbomben zurück, die durch Schwefelsäurezündung nach gewissen Zeitabständen ausgelöst wurden.

Der Schaden beläuft sich nach vorläufiger Schätzung auf etwa 700 000 Zl.

- 334 -

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K i k e r i n o.

Politische Lage Litauens

Am 22.8.41 fand die erste Sitzung der litauischen Generalräte unter Vorsitz des ersten Generalrates General Kubiliunas statt. An ihr nahmen teil:

Generalrat für die Finanzverwaltung
Jonas Matulionis

Generalrat für Landwirtschaft
Prof. Balys Vitkus

Generalrat für das Bildungswesen
Dr. Banas Germantas

Generalrat für die Justiz
Mecislavas Mackevicius

Generalrat für Verkehr
Kazys Germanas

Generalrat für Arbeit und Sozialfragen
Dr. Jonas Paukschtytys.

General Kubiliunas machte dabei eine allgemeine Einführung und gab dann im einzelnen den Generalräten Gelegenheit über die Schwierigkeiten und sonstigen Fragen Vortrag zu halten. In wesentlichen hat dabei der Generalrat der Landwirtschaft Vitkus zu der bereits veröffentlichten Verordnung über die Bodenreform Stellung genommen.

Vitkus führte dabei sinngemäss folgendes aus:

Die Verordnung über die Bodenreform wäre ohne seine Beteiligung erfolgt. Er fasse das als Mißtrauen gegenüber den Generalräten auf. V. führte

weiter aus, dass in der Verordnung nichts über die Eigentumsrechte angeführt wäre. In einigen örtlichen Zeitungen in Panevezys z.B. usw. sei veröffentlicht worden, dass den Besitzern von Land vor der sowjetischen Bodenreform, 50 ha als volles Eigentum gegeben werden sollte. In der Verordnung werde jedoch jetzt verneint, was vorher veröffentlicht gewesen sei. Die Verordnung des Generalkommissars über die Bodenreform wäre schlechter als die bolschewistische Bodenreform, da, bedingt durch die schlechten Verhältnisse, jeden Tag andere Bauern als Bewirtschafter eingesetzt werden könnten. Die Deutschen gingen noch weiter als die Sowjets.

Er zweifle daran, dass das Eigentumsrecht jemals wieder eingeführt wurde. Hierdurch bedingt wäre auch eine grosse Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung zu befürchten.

V. wurde dabei unterstützt von dem Generalrat für die Finanzverwaltung Katulionis, welcher unter anderem erklärte, dass die Verordnung über die Bodenreform zu schnell und ohne genügende Prüfung gemacht sei. M. befürchtet ebenfalls, dass den Bauern das Eigentumsrecht an Land vorbehalten wird.

General Kuliunas meinte, dass die Verordnung nur zeitweilig zu sehen sei und dass man doch erst einmal die kommende Entwicklung abwarten sollte. In seiner Haltung wurde er auch vor allem von Dr. Paukschty's unterstützt. P. erklärte u.a., dass man der Sache mehr Vertrauen entgegenbringen müsste und erst die weitere Entwicklung abwarten sollte.

Wissenschaft und Erziehung.

Für den 15. September ist die Wiedereröffnung der

Universitäten in wesentlich engerem Rahmen vorgesehen. Neuaufnahmen für das 1. Semester werden nicht vorgenommen. Von den anderen Semestern sollen nur die drei letzten mit den entsprechenden Abschlussprüfungen zugelassen werden. Ausserdem sollen nur diejenigen Fakultäten arbeiten, die tatsächlich Mangelberufe heranbilden oder an deren vorläufigem Weiterbestehen ein besonderes Interesse besteht. So wird z.B. die theologisch-philosophische Fakultät nicht weiterarbeiten. Welche Fakultäten endgültig weiterarbeiten sollen, steht noch nicht fest.

Die litauische Dozentschaft und alle der Hochschule nahestehenden Kreise sind natürlich über die Entwicklung betroffen und versuchen auf allen möglichen Wegen eine Änderung herbeizuführen. Eine Abordnung der beiden Universitäten Wilna und Kauen versuchte bereits beim Reichskommissar vorgelassen zu werden, sie wurde jedoch nicht empfangen, sondern an Generalrat Dr. Gormant verwiesen. Diesem gegenüber führte die Abordnung etwa folgendes aus:

1.) In denjenigen Ländern, die mit Deutschland im Krieg standen, sind die Universitäten nicht geschlossen worden. Litauen war mit Deutschland nicht im Kriege, sondern hat sich sogar bemüht an den Kämpfen gegen die Bolschewisten teilzunehmen und in diesen Kämpfen auch Blutopfer gebracht. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb das litauische Volk, welches die Deutschen als Befreier begrüßte, schlechter gestellt werden soll, als jene Völker, die gegen Deutschland die Waffen führten.

2.) Die litauische Dozentschaft ist bereit, bedingungslos mit Deutschland zusammenzuarbeiten und alle gestell-

ten Forderungen zu erfüllen. Die Arbeit der Universitäten wird deshalb in keiner Weise gegen die Interessen des Reiches verstossen und eine Auflösung ist deshalb völlig unnötig.

3.) Die Möglichkeit litauische Studenten in Deutschland studieren zu lassen ist vorerst nicht gegeben. Bei dem augenblicklichen Verhältnis der Währung 1 zu 10 würden für jeden Studenten wenigstens im Monat 1 700 Rubel gebraucht. Die Aufbringung derartiger Summen ist jedoch für den einzelnen Studenten völlig unmöglich.

4.) In den meisten wissenschaftlichen Berufen herrscht ein erheblicher Mangel, da erstens ein grosser Teil der Intelligenz seinerzeit nach Deutschland umsiedelte, zweitens eine ganze Anzahl studierter Leute von den Bolschewisten ermordet oder verschleppt wurden, drittens durch die Ausschaltung des Judentums in einer Anzahl akademischer Berufe eine weitere Lücke entstand. Deutschland ist bei seinem eigenen hohen Bedarf an Wissenschaftlern und Akademikern nicht in der Lage, diese Lücken zu schliessen, es ist also schon aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus notwendig, möglichst schnell die fehlenden Kräfte heranzubilden.

5.) Das litauische Volk würde die Schliessung der Universitäten als Auftakt für seine kulturelle Vernichtung ansehen und eine derartige Entwicklung nur mit Niedergeschlagenheit und grösstem Bedauern hinnehmen, besonders weil selbst der Bolschewismus den Bestand der Universitäten unangetastet liess.

In Kreisen der litauischen Intelligenz, die sich selbst für den grossgermanischen Gedanken einsetzen und bedingungslos zu allen deutschen Bestrebungen

stehen; sieht man die Notwendigkeit der Liquidierung der litauischen Universitäten ein, ist jedoch der Auffassung, dass das Ziel besser erreicht werden könnte, wenn diese Liquidation auf einer ruhigeren Basis durch schrittweise Bindeutschung vorgenommen würde. Vor allem ist man der Ansicht, dass die psychologische Wirkung auf die litauische Bevölkerung durch eine Schliessung der Universitäten vorläufig noch sehr ungünstig sein würde, während sich ~~kaum~~ eine grössere Reaktion zeigen würde, wenn vorerst in zwei oder drei und dann später in allen Fakultäten die Vorlesungen in deutscher Sprache gehalten und ein allmählicher Austausch mit deutschen Professoren vorgenommen würde.

Wirtschaftliche Lage Litauens.

Dem Bericht über die Ernte und den Viehbestand liegen statistische Angaben aus dem Jahre 1940 zugrunde. Das Zahlenmaterial kann als ziemlich genau angesehen werden.

Ernte und Viehbestand in Litauen im Jahre 1941.

Die Ernte kann in diesem Jahr wegen folgender Ursachen um 10 % geringer sein:

- a) Durch die bolschewistische Bodenreform wurde im vorigen Jahre die Aussaat des Wintergetreides gestört und minderwertig durchgeführt.
- b) Grösseres Gelände wurde von den Bolschewisten zu Flugplätzen und Grenzzonen benutzt.
- c) Nachdem die Bolschewisten etwa 40.000 Bewohner, darunter eine grosse Zahl Landwirte, nach Sowjetrussland verschleppt haben, sind viele Landwirtschaften ohne Aufsicht geblieben.
- d) Die Bauern wurden massenhaft von den Bolschewisten zu Arbeiten beim Bau von Flugplätzen und anderer Einrichtungen gezwungen: daher ist die Aussaat des Sommergetreides gestört und versäumt worden.
- e) In manchen Ortschaften wurde die Ernte wegen des Krieges beschädigt oder vernichtet.

Unter Berücksichtigung der hier erwähnten Verhältnisse und dem Stand der verschiedenen Getreidearbeiten dieses Jahres, sowie des zur Bessung zur Verfügung gestellte Gelände, wäre die Ernte für einzelne Getreidearten folgendermassen zu schätzen:

Winter-Roggen	To. 578,8
" .. Weizen	" 196,0

Sommer-Roggen	To	2,9
" -Weizen	"	51,2
Gerste	"	234,6
Hafer	"	291,1
Mischung	"	97,2
Gricke	"	4,8
Linzen	"	0,6
Erbsen	"	37,7
Wicken	"	18,7
Flachs-Samen	"	22,2
" -Fasern	"	18,7
Kartoffeln	"	2055,8
Futterrüben	"	1077,0
Klee und Gräser	"	801,8
Heu	"	716,8
Zuckerrüben	"	240,0

80 % sämtlichen Getreides wurden gewöhnlich zur Ernährung der Bewohnerschaft sowie als Futter für das Vieh gelassen, 10 % als Saat behalten und 10% bleiben zur Ausfuhr übrig.

Da z.Zt. der Verbrauch zur Ernährung in der Stadt normiert ist, so musste derselbe für das Innere des Landes geringer sein. Sobald der Verbrauch der Lebensmittel auch auf dem Lande normiert wäre, könnte sich ein Überschuss der Ernte von 25-30% erweisen.

Im vorigen Jahre wurden bei den Landwirten von To. 15.000 bis 20.000 Flachsfasern und Flachssamen von 20.000 - 24.000 To. aufgekauft, in diesem Jahre (wegen Verringerung der Aussaatfläche) wird die Ernte um 25 % geringer sein.

Die Ernte von Gemüse ist mittelmässig: Es wird gewöhnlich zur Nahrung von den Bewohnern und zum Futter für das Vieh verbraucht. Obst wird in diesem Jahr zur

Hälfte geringer als in früheren Jahren sein, denn im Winter 1939/40 ist fast die Hälfte sämtlicher Obstbäume erfroren - (im vorigen Jahre war überhaupt kein Obst). Im Jahre 1930, als freie Ausfuhr nach Deutschland gestattet war, wurden bei Bestand niedriger Preise für Lit. 6.000.000 Äpfel exportiert.

Infolge von Transportschwierigkeiten und der Verpackung (Konserven) werden grössere Vorräte von Obst und Beeren in diesem Jahre nicht gemacht werden.

Der Litauische Viehbestand.

Der Viehbestand ist geringer geworden, und zwar deswegen, weil die Bolschewisten viele Haustiere geschlachtet oder verschleppt haben und die Landwirte, aus der Unsicherheit der Lage, sich weniger für die Viehzucht interessierten.

Zurzeit ist folgender Viehbestand zu verzeichnen:

Pferde	437,6	} in Tausenden
Kühe	902,4	
Schweine	930,0	
Schafe	516,3	
Hühner	2997,4	
Gänse	194,4	
Enten	115,4	
Truthühner	107,8	

Da z.Zt. der Viehbestand geringer ist, so wird das Viehfutter ausreichen, umso mehr als ein gutes Grummet zu erwarten ist, es wird nur an konzentriertem Futter fehlen.

Politische Lage im Wilnagebiet

Das litauisch-polnische Verhältnis.

Das litauisch-polnische Verhältnis hat in der Berichtszeit keine Entspannung erfahren. Die offen drohende Haltung der Polen den Litauern gegenüber verängstigt mehr und mehr die einheimische litauische Bevölkerung. Zahlreiche Litauer aus Altlitauen sind entschlossen, das Wilnagebiet zu verlassen und in Altlitauen wieder Arbeit zu suchen.

Im Wirtschaftsleben versuchen die Litauer die Polen aus den Betrieben zu verdrängen, finden dabei aber in sehr vielen Fällen nicht die Unterstützung der deutschen Stellen, die vielfach sogar Polen in Wirtschaftspositionen einsetzen.

Eine Zusammenarbeit von Polen und Litauern in irgendeinem Betriebe oder einer Anstalt ist nicht möglich. Der gegenseitige Hass ist unüberbrückbar. Da die Litauer die führenden Positionen in den Wirtschaftsbetrieben und Anstalten innehaben, sabotieren die Polen auf jede Art und Weise die Arbeit, um die "Unfähigkeit" der Litauer zu beweisen. Bei Beschwerden finden dann oft die Polen Recht. In polnischen Kreisen hat man das Empfinden, bei deutschen Stellen Verständnis, Schutz und Unterstützung zu finden und fühlt sich deshalb im Kampf gegen die Litauer sicher.

Die Polen.

Es ist gelungen, neuen konspirativen Untrieben der Polen auf die Spur zu kommen.

Dabei hat sich herausgestellt, dass der katholische polnische Klerus z.T. eng mit den polnischen konspi-

rativen Kräften zusammenarbeitet und sie auch finanziell unterstützt. Angeblich soll Erzbischof Jalbzykowski 21 polnischen Geistlichen, die er aus dem ganzen Gebiet zu sich berufen hatte, Anweisungen gegeben haben, die Bevölkerung geheim aufzufordern, von ihren Erzeugnissen die Hälfte beiseite zu schaffen, damit, wenn der erwartete Umschwung kommt, die heimkehrende polnische Armee Verpflegung findet.

Nach einer weiteren Meldung organisieren die Polen einen "Judenschutz" in dem jeder Pole sich verpflichtet, den Schutz für einen Juden zu übernehmen, indem er ihn versteckt, verpflegt usw. Im allgemeinen lässt sich sagen, dass die Polen eng mit den Juden in der konspirativen Tätigkeit zusammengehen, vor allem in der Nachrichten-Übermittlung. Die Polen kaufen auch im grossen Umfang die Sachen der Juden auf, um sie so der Beschlagnahme zu entziehen.

Die Litauer

Im Gegensatz zu den Polen, die heute ohne Unterschied ihrer politischen Parteininstellung (Pilsudski - Sikorskianhänger) geschlossen an der Errichtung eines selbständigen neuen Polens arbeiten, macht sich jetzt schon unter den Litauern eine innere Zersplitterung bemerkbar. In der Studentenschaft formieren sich bereits wieder die Atinikai (Studentenbund der Christlich Demokraten) und nehmen Stellung gegen die Gruppe der Woldemarasanhänger, die ungefähr 30 Mann stark ist. Das gleiche gilt auch von der Front der Aktivisten, wo deutlich der Einfluss der Älteren der Christlich Demokraten zu spüren ist. Diese christlich demokratischen Kreise werfen der Gruppe, die zu einem bedingungs-

losen engen Zusammengehen mit Deutschland bereit ist, vor, sie verrate Litauen an die Deutschen, sie lecke den Deutschen die Stiefel. Zu dieser gegenwärtigen Gruppe gehört auch der nationallitauische Kaplan Lipniunas, der eine katholisch politische Front mit der Spitze gegen Deutschland schaffen möchte.

Die christlich demokratischen Kreise haben sämtliche führenden Posten in der Wirtschaft und Verwaltung besetzt und bis heute keinen einzigen Vertreter der Woldemarasgruppe in irgendeine Position hereingelassen.

Lage in E s t l a n d .

Die Einbeziehung der Kreise Werro, Walk und Petseri in das rückwärtige Keeresgebiet und die damit verbundenen verwaltungsmässigen Auswirkungen haben sich bei der Bevölkerung stimmungsmässig gut ausgewirkt. Man hofft, dass damit und mit der allgemein schon bald erwarteten Einsetzung von Gebietskommissaren der politischen Verwaltung viele wichtige jetzt noch offene Fragen geklärt werden.

An den Gedanken, dass in Estland jetzt die Deutschen zu bestimmen haben, hat sich die Bevölkerung allgemein gewöhnt. Alle getroffenen Anordnungen, auch soweit sie sich überschneiden und Unklarheiten bringen, werden willig durchgeführt. Bestehende Mängel, Unklarheiten und Überschneidungen werden deshalb verstanden und eingesehen, weil man sich auch bei den Esten darüber im klaren ist, dass während des Feldzuges zivile Verwaltungsdinge nicht so glatt laufen können, wie man es sonst von den Deutschen gewöhnt ist.

Im Kreis Petseri, der überwiegend von Russen bewohnt ist, setzen sich diese Erkenntnisse langsamer durch.

In den Kreisen Dorpat, Fellin und Pernau ist die Bevölkerung durch die in Wäldern befindlichen versprengten Rotarmisten teilweise noch beunruhigt. Vielfach tragen übertriebene Gerüchte zu einer Erhöhung der Unruhe bei. Die Durchkämpfung der Wälder nach Rotarmisten durch den Selbstschutz wird fortgesetzt. Verluste sind noch immer zu verzeichnen. Die meisten Verluste hatte bisher der Selbstschutz von Werro, der den Raum an der Seenenge des Peipus- und Pleskauer

Sees zu durchkämmen hat. Es ist damit zu rechnen, dass die Durchkämmung in grossem Stil bald beendet sein wird. Eine im Kreise Dorpat sich bildende Sabotageorganisation wurde durch das Teilkommando Dorpat des Sonder-Kommandos la noch in der Entstehung vernichtet.

Die Stimmung der Bevölkerung hat sich auffallend gehoben. In den Kreisen, die bisher mit dem Gedanken eines estnischen Freistaates oder einer finnisch-estnischen Union spielten, ist man davon abgekommen und hat sich mit den Tatsachen abgefunden. Man ist sich allgemein darüber klar, dass die Zukunft des estnischen Volkes nur in engster Verbindung mit dem Grossdeutschen Reich gefunden werden kann. Über die Form im einzelnen und ihre Ausgestaltung macht man sich meist noch wenig Gedanken. In Kreisen der Intelligenz glaubt man vielfach an eine protekt rats-ähnliche Form.

Die Nachricht von der Einsetzung eines Reichskommissars für das Ostland und von Generalkommissaren und Gebietskommissaren in Litauen und Südwest-Lettland ist stimmungsmässig günstig aufgenommen worden. Die Tätigkeit des Reichskommissars stellt man sich vor als befristet bis zum Kriegsende, bei dem dann eine endgültige Lösung gefunden werden würde. Die Esten hoffen sehr auf eine bessere Behandlung als die Litauer und Letten und geben sich jede erdenkliche Mühe, Anordnungen durchzuführen, die Wehrmacht zu unterstützen und ihren guten Willen zu beweisen. Auch bei der Fahndung nach estnischen Bolschewisten und der Mitwirkung an ihrer Aburteilung haben die

Esten fast durchweg die wünschenswerte Aktivität bewiesen.

Zu der positiven Einstellung zur Deutschen Führung trägt viel die Erkenntnis bei, dass die Esten zur Zeit garnicht in der Lage sind, aus eigener Kraft ihr Land wieder aufzubauen und die schweren Schäden des einjährigen bolschewistischen Regimes und des Krieges zu heilen. In welchem Umfange die estnische Intelligenz verschleppt oder getötet wurde, lässt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Der Umfang der Verschleppungen und Ermordungen durch die Sowjets ist aber sicher grösser als in Litauen und Lettland, da die Sowjets in Estland mehr Zeit hatten. Im Raume nördlich Pernau, der vorübergehend durch eine deutsche Vorausabteilung besetzt war und in den später die Sowjets wieder eindringen, haben die Sowjets für die freundliche Haltung der Bevölkerung gegenüber der Deutschen Wehrmacht besonders starke Vergeltung verübt.

Die grössten Sorgen im Lande sind wirtschaftlicher Art:

- a) Arbeitseinsatzfragen: Es gibt einerseits viel Arbeitslose, andererseits fehlt es in vielen Kreisen in der Landwirtschaft an Arbeitskräften. Die Einziehung wehrpflichtiger Jahrgänge durch die Rote Armee, die Verschleppung und neuerdings die militärisch notwendige Beanspruchung vieler Männer im Selbstschutz macht die Einbringung der Ernte in manchen Teilen des Landes fast unmöglich.
- b) Wohnungsfrage: Die Unterbringung der Bevölkerungsteile, die ihre Wohnungen durch Einwirkungen des Krieges oder durch Brandstiftungsaktionen der

Roten verloren haben, stösst vielfach auf starke Schwierigkeiten.

- c) Versorgungsschwierigkeiten: Obwohl in Estland ein Ausführüberschuss an landwirtschaftlichen Produkten (in erster Linie Fette und Eier) bestand, macht in manchen Teilen des Landes die Versorgung der Bevölkerung Schwierigkeiten. Diese werden nur durch eine einheitliche ernährungslandwirtschaftliche Organisation beseitigt werden können.

N a r w a .

Die einstige Hansestadt Narwa, die drittgrösste Stadt Estlands, ist am 17./18. August von deutschen Truppen genommen worden. Ihre geschichtliche Bedeutung ergibt sich aus ihrer Lage als nordöstlichste Grenzstadt Estlands und darüber hinaus des gesamten baltischen Raumes. In keiner anderen Stadt des Baltikums spiegelt sich die Problematik dieser äussersten Grenzstadt des deutsch bestimmten Ostens in solcher Klarheit wieder, wie z.B. schon rein äusserlich im Stadtbild Narwas mit den sich am Fluss gegenüberliegenden Burgen, der deutschen und der moskowitischen. Derselbe Gegensatz zeigt sich auch in der Zusammensetzung der Bevölkerung: etwa 40 v.H. sind Russen, die Landschaft östlich des Narwa-Stromes ist mit Ausnahme eines geringen Abschnittes an der Nordküste schon rein russisch besiedelt.

Solange das Baltikum deutsch bestimmt gewesen ist, bildete die Narwa bevölkerungspolitisch und kulturell eine klare Scheide gegenüber der asiatisch-slawischen Welt. In der estnischen Zeit hat sich diese Grenze

zu verwischen begonnen. Heute ist durch das Hineingreifen des deutschen Machtbereichs in die Tiefe des russischen Raumes die rein politische Stellung Narwas eine völlig neue geworden und wird erst von der künftigen Entwicklung bestimmt werden.

Bevölkerungsverhältnisse.

Die genauen Bevölkerungsziffern Narwas sind zur Zeit nicht zu ermitteln, da während der Kämpfe der grösste Teil der Bevölkerung die Stadt verlassen und sich zeitweilig in die umliegenden Dörfer zurückgezogen hat.

Gross ist die Zahl der verschleppten Esten, man rechnet mit 15 bis 20 v.H. Vor dem Russeneinmarsch betrug die Einwohnerzahl Narwas rund 24 000. Drei Fünftel davon waren Esten, der Rest Russen, die hauptsächlich in den Vorstädten, namentlich in der Oststadt, ihren Sitz hatten. Den sozialen Schichten nach dominierten die Esten in der Intelligenz und im Mittelstande, während die Russen hauptsächlich als Arbeiter und kleine Handwerker, sowie Händler ihrem Erwerb nachgingen. Der völkische Gegensatz war ein scharfer und wurde besonders in der örtlichen Selbstverwaltung ausgetragen.

Der grösste Teil der estnischen Bevölkerung gehört der evangelischen Kirche an, die Russen ausnahmslos der griechisch-orthodoxen, so dass nicht nur auf kulturellem und politischem, sondern auch auf religiösem Gebiet ein deutlicher Unterschied bestand.

In den letzten Jahrzehnten hat, begünstigt durch die aufblühende Ülschieferindustrie, eine Siedlungsbewegung der Russen nach Westen eingesetzt, die bei

der Kinderarmut der Esten bereits grössere Ausmasse anzunehmen begann, so dass die estnischen Zentralbehörden sich bereits ernstlich mit der Unterwanderung dieser Gebiete durch das russische Element zu befassen hatten.

Im nördlichen Küstenabschnitt bei Hungerburg, östlich Narwa, finden sich noch Reste einer ugrofinnischen Bevölkerung, den Esten nahe verwandt, doch politisch und völkisch zum Finnentum neigend, die sogen. Ingern. Es handelt sich jedoch höchstens um 2 - 3 1/2 Tausend Seelen, überwiegend Bauern und Fischer.

Der Narwa - Este ist im allgemeinen in Volkstumsfragen aufgeschlossener und bewusster als der Binneneste. Dieses erklärt sich leicht aus der Grenzlandstellung dieses Gebietes. Darauf geht auch zurück, dass selbst bei vorhandener Deutschfeindlichkeit (namentlich innerhalb der Intelligenz) der unmittelbare Gegensatz zum Russentum beim national bewussten Esten diese in den Hintergrund drängte. Andererseits ist wie in allen völkischen Grenzonen ein Teil des Estentums stark mit Russen versippt und daher als in völkischen Fragen indifferent anzusehen.

Die wirtschaftliche Lage in Narwa.

Ein Drittel aller Einwohner Narwas war in Fabriken beschäftigt. Die Zahl der von den Industriebetrieben abhängigen Einwohnerschaft ist somit im Hinblick auf Angehörige der Arbeiter usw. noch bei weitem grösser. Als Zentrum der estnischen Textilindustrie war Narwa nach Reval die bedeutendste Industriestadt des Landes, wobei zur Gründung der Betriebe die Möglichkeit zur

Kraftgewinnung aus den starken Wasserfällen südlich der Stadt den Anlass gegeben hat.

In der die Stadt umgebenden Landschaft, die verhältnismässig dünn besiedelt ist, leben kleine Bauern und Fischer. Grössere Güter und Bauernhöfe sind kaum vorhanden. Die Einwohner des 13 km nördlich gelegenen Badeortes Hungerburg sind vor allem auf die aus dem sommerlichen Kurbetrieb anfallenden Einnahmen angewiesen.

Zur Zeit ist das Bestreben der unmittelbar nach der deutschen Besetzung hervorgetretenen Verwaltungsorgane und sonstigen Organisationen, besonders der Stadtverwaltung und des Selbstschutzes neben der Normalisierung der Versorgung auf die beschleunigte Wiederaufnahme des Betriebes in den grossen Fabriken gerichtet. Es hat sich herausgestellt, dass die von den Sowjets bei ihrem Abzug vorgenommenen Sabotageakte und Zerstörungen ohne Fachkenntnis erfolgt sind, so dass nach mehr oder weniger kurzer Zeit (1 - 4 Wochen) in nahezu allen Betrieben mit der Wiederaufnahme der Arbeit, wenn auch nicht in vollem Umfange, gerechnet werden kann. Mehrere der bedeutenderen Unternehmen verfügen sogar noch über Rohstoffvorräte für einen bis drei Monate.

Als bedeutendstes Werk ist die Krenholmer Manufaktur für Baumwollfabrikate zu nennen, die mit englischem und auch deutschem Kapital gearbeitet hat und die mit 525.000 Spindeln die grösste ihrer Art in Europa ist. Zur estnischen Zeit betrug die Arbeiterzahl etwa 2000, bei der unter der Sowjetherrschaft in Angriff genommenen Produktionssteigerung bis zur vollen Ausnutzung der Leistungsfähigkeit war sie aber

bis 7000 erhöht worden.

Je etwa 1200 Arbeiter beschäftigt haben die Fabriken der Tuchmanufaktur und der Flachsmanufaktur.

Das Kraftwerk der "Wirumaa Elektri A.G.", unter Beteiligung der ehemaligen estnischen Regierung mit deutschem Kapital in Krenholm aufgebaut, versorgte Narwa und den Ölschieferbezirk mit Strom. Etwa 2000 Menschen beschäftigt die Wollspinnerei "Will", etwa 100 die Eisengiesserei von Helder.

Kennzeichnend für die obenerwähnten wichtigsten Betriebe war, dass sie vor dem Weltkrieg eine bedeutend grössere Produktion aufgewiesen haben, als zur estnischen Zeit, so dass nach erfolgter Instandsetzung die Rückkehr zur tatsächlichen Produktionskapazität möglich sein wird. Ein Teil der verschleppten und zerstörten Maschinen, vor allem Elektromotoren, ist, soweit nicht am Ort zu ersetzen, in absehbarer Zeit wieder aus Deutschland beschaffbar.

Lebensmittel- und sonstige Geschäfte in der Stadt sind von den Sowjets geplündert und fast restlos geräumt worden. Eine erste durch den Selbstschutz vorgenommene Erhebung in Brot- und Getreidegeschäften stellte nur wenige Tausend Kilogramm verschiedener Sorten Mehl und Getreide fest, so dass die Bevölkerung für die nächste Zeit auf das angewiesen ist, was evtl. früher privat vorrätig gemacht worden ist.

Die Stimmung der Bevölkerung.

Unter diesen Umständen ist die Bevölkerung noch vollkommen mit sich selbst beschäftigt. Die Sorge um Selbsterhaltung und Sicherstellung des Notwendigsten, die Suche nach vermissten Angehörigen und Ver-

wandten usw. lässt den breiten Massen keine Zeit zur Erörterung politischer Fragen. Die in der Stadt anwesende Einwohnerschaft zeigt sich sehr erfreut über den deutschen Einmarsch und das Verhältnis zur deutschen Wehrmacht kann als gut bezeichnet werden. Allerdings sind die Kreise, die zur Zeit hervortreten, nicht typisch für die Gesamtbevölkerung, da der kommunistische Teil entweder geflohen ist bzw. sich verborgen hält, während der russische Teil der Bevölkerung sich noch recht stark zurückhält.

Die Arbeiterschaft kann in ihrer Einstellung keineswegs als einheitlich bezeichnet werden. Die Enttäuschung durch den Kommunismus ist namentlich bei denjenigen, die durch ihn eine Besserung der materiellen Lage erwarteten, eine grosse.

Psychologisch sehr günstig haben sich die Brandstiftungen in den Fabriken und die sonstigen Zerstörungen ausgewirkt, da hierdurch der Unterschied zwischen Phrasen und Praxis des Bolschewismus eindeutig erkannt wurde. Ähnliche Auswirkungen hat die Tatsache gehabt, dass Mitte Juli bei einem deutschen Bombenangriff auf den Bahnhof Narwa ein sowjetischer Munitionszug in die Luft flog und dadurch ein ganzes Vorstadtviertel zertrümmert wurde. Dieses wurde fast nur von Arbeitern bewohnt.

Soweit sich hier eine Urteilsbildung ermitteln lässt, herrscht eine grosse Erbitterung gegen die Sowjets wegen ihrer verantwortungslosen Handlungsweise, einen solchen Zug inmitten eines Wohnviertels stehen gelassen zu haben. Hinzu kommt, dass die Explosion zahlreiche Opfer unter der Bevölkerung forderte und sich dicht neben dem Zug ein Transport mit verschlepp-

ten Esten befind, von denen die meisten ums Leben gekommen sind.

In den breiten Massen der Arbeiterschaft, soweit es sich nicht um überzeugte Kommunisten handelt, besteht noch eine leise Zurückhaltung allem Deutschen gegenüber. Es scheint, dass noch eine gewisse Zeit nötig ist, um aus dem Verhalten der Deutschen sich ein endgültiges Urteil zu bilden, umsomehr, als die sowjetische Gegenpropaganda in Narwa sehr stark gewesen ist.

Eine zukünftige Sozialgesetzgebung, angepasst an die hiesigen Verhältnisse, verbunden mit der Verwirklichung der in Deutschland selbstverständlichen Einrichtungen der Arbeiterfürsorge und Betreuung, dürfte gerade im politisch indifferenten Teil der Arbeiterschaft, der jedenfalls mehr als die Hälfte ausmacht, die besten Ansatzmöglichkeiten zu einer Beeinflussung in deutschem Sinne geben. Das gleiche gilt dafür, wie schnell es möglich sein wird, die beschädigten Fabriken wieder in Gang zu bringen.

Es muss hier jedoch bemerkt werden, dass in der Arbeiterschaft mindestens in der gleichen Zahl, wie ⁱⁿ es ihr überzeugte Kommunisten gegeben hat, ihnen überzeugte Gegner gegenüber gestanden haben. Diese Arbeiter fühlen sich als Esten und lehnen vor allem den internationalen Marxismus ab. In den einrückenden Deutschen sehen sie freudig begrüßte Bundesgenossen gegen den gemeinsamen Feind. Die Einstellung dieser Arbeiter gegen den Bolschewismus ist jedoch keineswegs organisiert gewesen, auch wenn im Moment der Besetzung Narwas einzelne Gruppen aus eigener Initiative mehrere geplante Sabotageakte in den Be-

trieben verhindern konnten. Im Grundsätzlichen entspringt sie vielmehr dem ursprünglichen gesunden Wesen dieser Arbeiter.

Die Kommunisten in Narwa.

Der Anteil der Kommunisten und ihrer Anhänger an der Arbeiterbevölkerung ist in Narwa verhältnismässig hoch gewesen, etwa 15 v.H. Der weitaus grösste Teil ist geflüchtet, der Rest hält sich versteckt. Dennoch sind bereits mehrere Fälle festgestellt worden, wo eindeutig kommunistische Elemente sich in die nationalen Organisationen hineinzudrängen versuchen.

Kleine Gruppen halten sich noch in abgelegenen Kellern und Gebäuden der Oststadt auf, und verüben von dort aus unsystematisch Überfälle und Plünderungen.

Während innerhalb der estnischen Teile Narwas und seiner Umgebung solche kommunistische Reste als verhältnismässig unbedeutend anzusehen sind, ist in der Ortschaft und der Zone jenseits des Narwa-Stromes die Lage eine andere. Infolge der fast rein russischen Besiedlung kann hier die Sicherung nur durch Esten aus der Weststadt durchgeführt werden. Der russische Bevölkerungsteil weist eine beträchtliche kommunistische Infizierung auf, so dass Spionage, Hilfeleistungen an Flüchtlingen usw. erst durch systematisches Durchkämmen unterbunden werden können.

In der sonstigen estnischen Bevölkerung von Narwa und Umgebung ist die Ablehnung des Kommunismus eine fast durchgehende gewesen.

Neben der übliche Terrorisierung und Agitationen haben die Sowjets in Narwa ein grosses Interesse für

- 26 -

vorhandene Industrie bewiesen. Durch mitunter recht ---
gewaltsame Planungen ist man bestrebt gewesen, ihre
Leistungsfähigkeit auf das Höchstmass zu bringen.

- 365 -

Bedeutung Revals.

Sowohl der Bevölkerungszahl nach wie auch in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ist Reval die bedeutendste Stadt Estlands. Wenn auch im Laufe der 22 Jahre estnischer Selbstständigkeit immer wieder die Universitätsstadt Dorpat als geistig-politisches Zentrum revalisierend neben die historische Hauptstadt getreten ist, so hat dieses Oppositionsverhältnis der politischen Kreise der zweitgrössten denen der grössten Stadt des Landes niemals die Stellung Revals als tatsächliche Hauptstadt des estnisch besiedelten Territoriums erschüttern können.

Diese Stellung liegt vor allem in der wirtschaftlichen Entwicklung Revals begründet. Als einziger wirklich bedeutender Hafen Estlands ist es im Laufe der Zeit zum Hauptsitz von Handel und Industrie geworden. In den Jahren der estnischen Selbstständigkeit hat sich das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes, auch des Teils, der vor 1918 zur Provinz Livland gehörte - Südostland mit Dorpat - weitgehend nach Reval ausgerichtet.

Bevölkerung.

Vor dem sowjetischen Umsturz im Juni 1940 zählte Reval rund 140.000 Einwohner. Unter der bolschewistischen Verwaltung fanden mehrfach Eingemeindungen umliegender Dörfer und Ortschaften, vor allem der unmittelbar an Reval anschliessenden Gartenstadt Nõmme statt, so dass gerechnet nach dem Einwohnerstand von 1940 diese Zahl sich auf insgesamt 165.000 erhöht haben dürfte. Welche Veränderung die Zahl der

Einwohner Revals während der bolschewistischen Zeit gehabt hat, lässt sich nicht ermitteln, da im letzten Jahre überhaupt keine Einwohnerstatistiken mehr durchgeführt worden sind. Schätzungsweise hat der massenweise Zuzug russischer Beamter und Militärs die Einwohnerzahl Revals - mit Nömmen - auf rund 200.000 erhöht, wobei der überwiegende Teil dieser Zugezogenen sich aus Personen russischer Volkszugehörigkeit zusammensetzte.

Die völkische Zusammensetzung der Einwohnerschaft Revals bot bis Juni 1940 ein recht geschlossenes Bild: Etwa 90 v.H. Esten, 10 v.H. Russen, Juden, Schweden usw. Die heutige Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass durch den Abzug der Bolschewisten der im letzten Jahre hinzugekommene Bevölkerungsteil im wesentlichen aus der Stadt verschwunden ist und der ursprüngliche fast rein estnische Charakter der Einwohnerschaft wieder hergestellt ist.

Allerdings ist durch Massenverschleppungen, Mobilisation und Flucht in die Wälder namentlich der männliche Teil der estnischen Bevölkerung stark dezimiert worden. Die Schätzungen in Bezug auf die Verschleppten und Ermordeten bewegen sich zwischen 10 und 15 v.H. Genaue Angaben werden erst nach Abschluss der eingeleiteten Erfassungsaktion möglich sein.

Während die erste Verhaftungswelle unmittelbar vor Ausbruch des Krieges hauptsächlich die Intelligenzschichten umfasste und dort tiefe Lücken gerissen hat, hat die zweite Welle, hoffentlich ohne jede systematische Lenkung, sämtliche Schichten betroffen. Verhaftet wurde, wer nur irgendwie im Geruch stand, welt-

anschaulich im Gegensatz zu den sowjetischen Machthabern zu stehen.

Die gleichzeitige Mobilisierung der männlichen Einwohner hat nach vorsichtigen Schätzungen etwa 8 - 10 v.H. der Einwohnerschaft umfasst, wobei aber berücksichtigt werden muss, dass ein beträchtlicher Teil der Mobilisierten sich der Gestellung durch die Flucht in die umliegenden Wälder entzogen hat und jetzt allmählich wieder zurückzukehren beginnt.

Während der Kampfhandlungen selbst ist eine grössere Bewegung der Einwohnerschaft in die Umgegend nicht möglich gewesen, da die Front sich ringförmig um die Stadt legte. Das schnelle Einrücken der deutschen Truppen hat die Bevölkerung vor weiteren grossen Verlusten bewahrt.

Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung ist durch die Stellung der Stadt als politisches und wirtschaftliches Zentrum bedingt gewesen. Der Anteil der Arbeiterschaft beträgt etwa 15 v.H., der der Staats- und Kommunalbeamten rund ebensoviel. In den Intelligenzschichten dominierten vor allem Rechtsanwälte und Ärzte, auf wirtschaftlichem Gebiet die Industriellen. Bezeichnend ist, dass reine Handelsunternehmungen 1. Gilde selten waren, sondern dass fast jede grössere sich auf diesem Gebiet betätigende Firma auch an einem oder mehreren Industriebetrieben beteiligt war, so dass der in der Industrie verankerte "Direktor" die markanteste Gestalt des estnischen Wirtschaftslebens in Reval darstellte.

Auf religiösem Gebiet überwiegt die Bevölkerung evangelischer Konfession, die sogenannte estnische evangelisch-lutherische Kirche. Sie umfasst rund 80 v.H., von dem Rest entfallen etwa 10 v.H. auf die griechisch-

orthodoxe Kirche, die nicht nur Russen, sondern auch Esten in ihren Reihen zählt, und die letzten 10 v.H. auf Sekten und Juden. Besondere Gegensätze auf religiösem Gebiet haben in Reval wie auch im übrigen Estland nicht bestanden, wenn von hin und wieder zu verzeichnenden, auf personeller Grundlage beruhenden zeitweiligen Streitigkeiten in einzelnen Gemeinden abgesehen wird.

Eine Judenfrage im deutschen Sinne hat in Estland bis zum sowjetischen Einmarsch nicht bestanden. Das Jahr sowjetischen Regimes hat aber hier eine tiefe Wandlung geschaffen. Die Erkenntnis der Rolle, die der Jude vor allem in dem NKWD gespielt hat, hat der im demokratischen Estland üblichen Parole der Gleichberechtigung der Juden sämtlichen Boden entzogen und das früher beobachtete auf einen unbewussten Rasseninstinkt beruhende (allerdings neutrale) Abstand halten von Juden in bitteren Hass verwandelt. In seiner Einstellung zum Judentum hat das estnische Volk nicht nur in Reval, sondern im ganzen Lande eine Position bezogen, die sämtliche Voraussetzungen zu einem aktiven Einsatz bei der endgültigen Lösung des Judenproblems in sich birgt. Zahlenmässig hat das Judentum in Reval nur etwa 2000 Personen umfasst. Die mit den Sowjets ins Land gekommenen Juden sind fast restlos mit ihnen wieder geflohen.

Wirtschaft.

Die Industrie in Reval hat eine beträchtliche Rolle gespielt. Dabei sind 2 Gruppen zu unterscheiden: eine mehr lokal begrenzte kleine und mittlere Industrie, sämtliche den Konsum befriedigenden Zweige umfassend und eine Grossindustrie, fast nur auf Export eingestellt. Das Fundament dieser Grossindustrie bildeten

die im Lande verfügbaren Rohstoffe, hauptsächlich Holz. Letzteres war die Grundlage für eine bedeutende Zellstofffabrik, eine in den Ausmassen gleiche Sperrholzfabrik, für mehrere Papierfabriken, Tischlereien u.a. Ferner sind zu nennen: Lederfabriken, Spiritbrennereien, Getreidemühlen, und in diesem Zusammenhang zwei grosse Exportschlachthäuser.

Die metallverarbeitende Industrie trug den Verhältnissen des kleinen Landes entsprechend den Charakter einer nahezu handwerklichen Betriebslenkung, in dem sie vollkommen auf den örtlichen Markt eingestellt war und das je nach Bedarf Notwendige herstellte. Da grössere Aufträge aus dem Lande selbst fortfielen, war eine Serienherstellung unmöglich und dadurch die Forderung nach einer kleinen, aber recht vielseitigen Industrie gegeben, die von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten bis zu Lokomotiven den Bedarf mit eigenen Mitteln zu decken bestrebt war. Namentlich die Ölschieferindustrie ist von der Revaler Fabrik "Krull" aus mit Einrichtungen beliefert worden. In den letzten Jahren hatte ein schwacher Export auf dem Gebiet der metallverarbeitenden Industrie eingesetzt, dessen Entwicklungsmöglichkeiten aber wenig versprechend waren. Unter dem bolschewistischen Regime ist getreu den Maximen der sowjetischen Wirtschaftsplanung auch der Revaler Industrie viel Beachtung geschenkt worden. Die Grossindustrie wurde der örtlichen Verwaltung entzogen und direkt den Moskauer Kommissariaten unterstellt, die sofort nach der Nationalisierung im Juni vorigen Jahres an eine forcierte Produktionssteigerung gingen. Durch Neueinstellung von Arbeitern, Erweiterungen der Werkanlagen und Erhöhung der Arbeitsnormen wurde die

Durchführung dieser Pläne, z.T. mit Erfolg, in Angriff genommen, wobei aber die Rücksichtslosigkeit der sowjetischen Wirtschaftsführung den betriebseigenen Bedürfnissen gegen über im Laufe der Zeit zu schwersten Schädigungen der Leistungsfähigkeit der Betriebe zu führen begann. Auf dem Gebiet des Handels und Gewerbes ist unter dem Sowjetregime, wie auch in der Industrie, eine weitgehende Zusammenlegung und Zentralisierung durchgeführt worden. So zählt Reval heute statt früher rund 1200 kleinen und mittleren Geschäften und Unternehmungen dieser Art nur noch 800.

Die Tätigkeit der Sowjets seit Kriegsbeginn hat für die Revaler Grossindustrie eine Katastrophe herbeigeführt, deren Folgen erst in allmählichem Wiederaufbau zu überwinden sein werden. Bis auf ganz wenige Ausnahmen ist sie zerstört. Sowohl Evakuierungen von Maschinen beim Herannahen der deutschen Truppen wie von langer Hand vorbereitete Sprengungen und Brandstiftungen im letzten Augenblick haben die Fabriken stillgelegt bzw. vernichtet.

Das Bestreben der Fachkreise ist z.Zt. darauf gerichtet, aus dem Vorhandenen provisorische Arbeitsmöglichkeiten, wenn auch nur für einen Teil der Arbeiter zu schaffen. Erschwert wird mancherorts die Niederinbetriebnahme durch das Fehlen von Transportmöglichkeiten zur Heranschaffung evtl. vorhandener Rohstoffe von auswärts.

Die kleineren Betriebe und Werkstätten sind zumiest erhalten, doch fehlt es hier an Rohmaterial. Die Sowjets haben in den letzten Wochen systematisch sowohl hier wie auch in sämtlichen Ladengeschäften Plünderungen vorgenommen und was irgend transportierbar war, fortgeführt.

Die noch vorhandenen Bestände werden zur Zeit erfasst. Ihr Gesamtumfang dürfte sich dadurch erhöhen, dass im Verlaufe der Kriegshandlungen von den Sowjets zahlreiche Vorräte von auswärts in Reval zusammen geschleppt worden sind und den Bolschewisten die geplante Vernichtung bzw. Verschiffung derselben nicht rastlos gelungen ist.

In beschränktem Umfang ist die Wiedereröffnung der Ladengeschäfte bereits verfügt worden. Die vorhandenen Bestände reichen jedoch nur für kurze Zeit. Vor allem fehlt es an Spinnstoffen und Textilien jeder Art.

Auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln liegen die Schwierigkeiten hauptsächlich in den Fragen des transports. Durch die Befestigungsarbeiten, die um Reval von den Sowjets vorgenommen wurden, ist im weiten Umkreis um die Stadt eine Zone entstanden, die ohnehin ein landwirtschaftlich mässig ertragreiches Gebiet, aus der Versorgung Revals nun fast völlig wegfällt. Zur Heranschaffung von Fleisch, Butter, Eiern usw. aus entfernteren Gebieten mangelt es an Transportmitteln. In Zusammenarbeit mit den dortigen Kommunalbehörden arbeitet die hiesige Stadtverwaltung z.Zt. mit Nachdruck an der Lösung dieser Frage, wobei die baldige Inbetriebnahme der Eisenbahnen eine spürbare Erleichterung bedeuten wird.

Brotgetreide ist auch ausreichend vorhanden. Bei einer günstigen Regelung der Transportfrage wird die Herstellung von Mehl in auf dem flachen Lande gelegenen Mühlen im Bedarfsfalle möglich sein.

Einen beachtlichen Beitrag zur Versorgung Revals mit Lebensmitteln zu liefern sind die Viehbestände instande, die von den Sowjets in der Umgegend Revals

zurückgelassen worden sind. Allerdings ist ein grosser Teil des auf den Rückzug nach Reval aus allen Landesteilen zusammengetriebenen Viehs vor der Flucht sinnlos niedergemacht worden.

Die Wohnungsfrage bereitet keine Schwierigkeiten, da durch den Fortzug der Bolschewisten und durch die Verschleppungen viel Wohnraum frei geworden ist. Die Wohnviertel der Stadt selbst sind mit Ausnahme einiger kleiner am ersten Tage noch unkämpfter Bezirke am Strandrand völlig unversehrt. Da öffentliche Mittel fast völlig fehlen und die Banken von den Sowjets restlos bis auf kleinere Bestände wertlosen Bargeldes in früheren estnischen Kronen ausgeplündert sind, ist seitens der deutschen Wehrmachtsbehörden für die Stadt Reval ein Kredit von 2 Millionen Reichsmark zur Wiederherstellung des normalen Lebens zur Verfügung gestellt worden.

Sowohl in Stadt wie Land sind die Besitzverhältnisse durch die sowjetischen Massnahmen in chaotischen Zustand gebracht worden. Soweit sie als überzeugte Kommunisten nicht geflohen sind, haben sich die leitenden Kräfte der Betriebe und Unternehmen dem Wiederaufbau zur Verfügung gestellt und werden die Arbeit, bis der Zustand des Provisoriums durch eine endgültige Regelung beseitigt ist, in der bisherigen Weise fortführen.

Stimmung der Bevölkerung

Im Unterschied zum mehr intellektuell bestimmten Dorpat-Esten ist der Reval-Este in seinem Typus ein ausgesprochener Wirklichkeitsmensch. Seine Aktivität, je nachdem, in welchen Masse beim einzelnen vorhanden, hat sich stets auf die sogenannten praktischen Lebens-

gebiete gerichtet, und so zeigt sich die Bevölkerung Revals als ein arbeitsam-mühternes in politischen Fragen selten zum Extremen neigendes Bürgertum.

Der Empfang der deutschen Truppen durch die Revaler Einwohner ist ein freundlicher gewesen, wenn auch der Grad der Herzlichkeit in seiner Nuancierung hinter dem in anderen Teilen bereits Erlebten zurückstand. Dieses ist nicht allein auf die in den ersten Stunden des deutschen Einmarsches noch vorhandene Lähmung der Gefühle durch die Einwirkung des sowjetischen Terrors zurückzuführen, sondern auch auf das im Unterbewusstsein noch von früher her fortwirkende Vorhandensein von Gefühlselementen, die den Deutschen zwar als Befreier und Bundesgenossen gegen den Marxismus anerkannt und willkommen heissen, ihn jedoch als fremdvölkisch empfinden und daher seine spontane Anerkennung hemmen. Zu erklären ist dies, wie bereits angedeutet, durch die ungleich stärkeren fremden Einflüsse, wie sie in dem früheren Reval als Haupt- und Handelsstadt mit merklichen internationalen Beziehungen spürbar waren. Bezeichnend ist, dass finnische Soldaten, die auf den Strassen Revals erschienen, mit grösserer Herzlichkeit, ja sogar mit Jubel und Begeisterung seitens der Bevölkerung begrüsst wurden.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der in gewissen estnischen politischen Kreisen gehegte Komplex des Zusammenschlusses mit den stammverwandten Finnen im übrigen Lande, besonders in Dorpat, im Abklingen begriffen ist. Dies ist begründet in der mit dem stärkeren Eindringen der deutschen Verwaltung wachsenden Erkenntnis, dass bei der zukünftigen Gestaltung und politischen Führung Europas durch Deutschland auch Finnland in dieses europäische System einbe-

zogen sein wird. Unter diesen Umständen würde Finnland nur ein schwacher Freund sein, eine Anlehnung an dieses mehr Schaden als Vorteil bringen können. Man hält es für zweckmässiger, zu dem mächtigen Grossdeutschen Reich lieber unmittelbar in Verbindung zu treten, als auf dem Umweg über das zahlenmässig auch nur schwache Finnland.

Aber diesen Fragenkreis hinausgegriffen lässt sich wie überall Anfangs in Estland auch in Kurland das Wesen einer Bereitschaft in Bezug auf die letzten deutschen politischen Ziele feststellen. Die Entwicklung in den übrigen Landesteilen hat jedoch, fortschreitend mit der Bewegung der deutschen Besatzungstruppen gezeigt, dass der Feste, namentlich der bäuerliche, der den grössten Teil des Volkes ausmacht, zunächst an keinen Anschluss denkt, sondern sich gefühlsmässig auf andere Lösungen wie z.B. eigene, wenn auch beschränkte Selbstständigkeit, oder den oben erwähnten Finnlandgedanken wälzt. Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen Zerstörung des Landes wächst jedoch die Erkenntnis, dass dieser Zustand nur mit deutscher Hilfe behoben werden kann und in seinem wirtschaftlich bestimmten Denken wird der Feste so von selbst auf den Weg zum deutschen Volk gedrungen, wie sich diese Entwicklung schon in den verschiedensten Stappen je nach dem Termin der Besetzung der einzelnen Landesteile beobachten lässt.

ebenso verhält es sich mit dem grossfinnischen Gedanken, der unter diesen Umständen mehr als eine Angelegenheit des Gefühls wie als ein in Zukunft wesentlich ins Gesicht fallender Faktor zu werten sein wird. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass in den

70

verschiedensten Revaler Kreisen eine merkliche Verstimmung gegen die von Finnland ausgehenden Rundfunksendungen herrscht. Es wird der Vorwurf laut, dass durch die voreilige Berichterstattung der Finnen über das Vorrücken der deutschen Truppen in zahlreichen Orten die Bevölkerung zu früh den Widerstand gegen die Sowjets begonnen hat, wodurch die Bolschewisten Anlass hatten, weitere Erschiessungen und Verschleppungen vorzunehmen. Auch sind vielfach auf Grund verfrühter Meldungen des finnischen Rundfunks in die Gegend geschickte Esten zu früh in ihre Orte zurückgekehrt und dadurch erst recht den Bolschewisten in die Hände gefallen.

Den Bolschewismus lehnt der weitaus grösste Teil der Bevölkerung Revals entschieden ab. Dies trifft auch auf die Arbeiterschaft zu, die besonders durch die letzten Verschleppungen, die wahllos sämtliche Volksschichten erfassten, und Zerstörungen sich selbst betroffen sieht. Der Grossteil der Revaler Familien, gleich welchen Standes, zählt heute einen oder mehr Vermisste unter den nächsten Angehörigen. Neben der Sorge um die Vermissten wird die Stimmung der Bevölkerung natürlich von der Sorge um die nächste Zukunft beherrscht. Ein besonderer Pessimismus in Bezug auf die weitere Entwicklung der Versorgung lässt sich jedoch nicht feststellen, wohl aber ist ein lebhaftes Interesse für die künftige Regelung der Besitzfragen. In Arbeiterkreisen zeigt sich bereits ein gewisses Interesse für die Behandlung der Arbeiterfrage in Deutschland, dieses gründet sich jedoch mehr auf vorsorgliche Erkundung über die Aussichten des persönlichen Daseins, wie auf Erwägungen weltanschaulicher Natur.

In der Intelligenz und den führenden Wirtschaftskreisen besteht hier und da noch eine leise Neigung zum alten politischen Freunde England. Es ist wahrscheinlich, dass diese zahlenmässig geringen Kreise sich in Ermangelung eines anderen Ausweges auf die grossfinnische Plattform zurückziehen werden.

Kommunismus.

Abgesehen von der in Reval als Hauptstadt besonders schlagend erfolgten Versetzung kommunistischer Funktionäre und Handlanger in die hiesigen Behörden und Dienststellen, kann die Zahl der örtlichen Kommunisten ebenso wie ihr Anteil an der Durchführung des Umsturzes im Juni v.J. als verschwindend gering bezeichnet werden. Der Umsturz selbst wurde mit von auswärts herangeholten verkleideten Handlangern des KIMD unter dem Schutz des sowjetischen Militärs durchgeführt. In den Betrieben fanden sich zu den befohlenen Massenkundgebung kaum Freiwillige zusammen und die Zahl der einzelnen Sabotageakte gegen die Sowjets, die sich in dem einen Jahr roter Herrschaft ereigneten, ist nicht unerheblich. Die estnischen Kommunisten, denen die örtlichen Posten in Partei und Staat zugewiesen wurden, sind zum grössten Teil Fanatiker gewesen, die fast alle 6 oder mehr Jahre in den Zuchthäusern der alten Regierung verbracht haben. Persönlich sind sie den breiten Massen früher kaum bekannt gewesen, so dass schon dieses Moment allein den Abstand ihnen gegenüber vergrössert hat.

Eine merkliche Tiefenwirkung der sowjetischen Propaganda in der Bevölkerung ist nicht festzustellen. Im Gegenteil stösst man immer wieder auf Äusserungen der Freude, der Verpflichtung, sie über sich ergehen

lassen müssen, enthoben zu sein. Hier zeigt sich deutlich das Bewusstsein der eigenen kulturellen Überlegenheit dem als asiatisch-slawisch empfundenen Bolschewismus gegenüber.

Meinungen der Einsatzgruppen B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort, N i k o l a j e w .

Es standen 2 Tätigkeitsgebiete im Vorderg und.

1. Freimachung bearbeiteter Räume von Juden, Kommunisten und Partisanengruppen.
2. Schutz und Betreuung volksdeutscher Siedlungen.

Zu 1:

Arbeitsgebiete der Kommandos judenfrei gemacht:
Vom 19.8. bis 15.9. wurden 8890 Juden und Kommunisten exekutiert. Gesamtzahl: 13 315. Z.Zt. wird Judenfrage in Nikolajew und Cherson gelöst. Erfasst wurden etwa je 5000 Juden. Führende Kommunisten auch im jetzigen Raum kaum vorhanden, fast ausnahmslos mit Sowjets abgezogen. Ausser einzelnen Parteifunktionären in Ananjew 8 und in Nikolajew 14 Funktionäre des NKWD unschädlich gemacht. Durchsuchungen des NKWD und sonstigen Gebäude ergaben geringe Funde. Material entweder verschleppt oder vernichtet. In halbgepackten Koffern von NKWD-Offizieren einiges Schriftmaterial sichergestellt. Einzelne militärische Zeitungen - Marine - an Abwehrgruppe weitergegeben. Ferner ein Geheim-Reglement für das Marine-Signalwesen erfasst und AOK zugeführt. Viele Hinweise auf Terrororganisationen erwiesen sich nach Überprüfung als haltlos. In Wolezowulowo jüdische Partisanengruppen beseitigt. Ermittlungen ergaben, dass einzelne entlassene Kriegsgefangene sich in diesem Raum durch kommunistische Plakate propagandistisch beteiligen. Untersuchungen laufen noch.

Besonders aktiv war der Einsatz des Teilkommandos in Cherson. Bekämpfung von Partisanen. Am 23.8. 2 Personen gefasst, die über den Dnjepr Nachrichten zu den Roten bringen wollten. In Zusammenarbeiten mit einer Kompanie des Heeres wurde mehrere Tage nach Partisanengruppen gefahndet. Am 31.8. gelang es, dem Teilkommando der Gruppe D 2 schwer bewaffnete

Partisanenführer nach längerem Feuerkampf gefangen zu nehmen.

In Cherson vom Geheimkommando weiterhin ein Geheimsender ausgehoben, der nach Urteil dortiger Division das russische Artill. erief Feuer auf Cherson leitete.

Für Nikolajew angesetztes Einsatzkommando nahm auf dem Anmarsch mehrere Rote Soldaten gefangen. Konnte grössere Anzahl von Pferden und zahlreiche Waffen mit Munition an Wehrmacht übergeben.

Zu 2:

Ein Einsatzkommando wurde im Beresandergebiet und im Raum von Dubosari zum Schutz und zur Betreuung volksdeutscher Siedlungen eingesetzt.

Das vor Odessa liegende Einsatzkommando übernahm Schutz für Volksdeutsche im dortigen Gebiet.
Bisherige Aufbauarbeit:

- a) Errichtung und Schulung des deutschen Selbstschutzes. Stellt weiterhin Wachen, Wegekontrollen und hilft Angehörigen von Verbannten.
- b) Äussere Kennzeichnung deutscher Dörfer mit allen Häusern durch Schilder und Plakate in deutscher, rumänischer und ukrainischer Sprache durchgeführt.
- Volksdeutsche wurden mit Ausweis, unterschrieben vom Oberbefehlshaber, versehen.
- c) Freimachung der Siedlungen von Juden und kommunistischen Elementen.
- d) Einflussnahme auf rumänische Verwaltungsstellen mit dem Ziel der Selbstverwaltung der deutschen Gemeinden.
- e) Zusammensiedlung wurde begonnen. Verstreut wohnende Bauern, Ärzte, Lehrer usw. wurden in deutsche Gemeinden gebracht.
- f) Wirtschaftliche Sicherstellung, Verteilung von Beute, Vieh und Erntemaschinen an Bevölkerung, zur Verfügungsstellung von Häusern und Gegenständen

der Juden usw.

- g) Wiedererweckung des kulturellen Lebens durch Eröffnung des deutschen Schulunterrichts in den meisten Gemeinden am 15.9. Einzelne Krankenhäuser eröffnet und auf äussere Haltung der Deutschen eingewirkt. Einfache Vorträge über Deutschland und den Führer.
- h) Vorarbeiten für Erfassung aller Volksdeutschen. Im Beresanergebiet wurden 40 Gemeinden erfasst. Sämtliche Volksdeutschen registriert. In Nikolajew und Cherson ebenfalls karteimässig erfasst. Heraussuchen der Besten für weitere Aufbauarbeit usw.

Im Küstengebiet zwischen Giligulskij-Kima hatten Rumänen wegen angeblicher Blinkzeichen an Rote Schiffe männliche Bevölkerung einschl. Volksdeutscher ab 10. Lebensjahr verschleppt. Vieh und persönliche Gegenstände geraubt. Genaue Aufstellung dem AOK. zur Verhandlung mit rumänischer Wehrmacht übergeben.

III. Militärische Ereignisse.

Heeresgruppe Süd:

Vor Charkow Gegenangriff von 2 feindl. Div. über den Berestwoja-Abschnitt südwestlich Krasnograd.

Die Vernichtung des ostw. Kijew eingeschlossenen Gegners wurde fortgesetzt.

Odessa:

An der Nordostfront Geländegewinn südostw. Kubanka und nördl. Duschinka.

Nördl. der Krim:

Angriff auf Landenge Perekop und Einbruch in die Feldstellungen ist planmässig überall bis 6 km tief vorgedrungen.

Front vor Charkow:

Südostw. Poltawa eingeschlossenen 2 Feind-Div. gelang zunächst ein Ausbruch nach Osten und Nordosten, der jedoch unter schweren Verlusten für den Feind und unter Einbringen zahlreicher Gefangener abgeriegelt wurde.

Kessel im Dnjepr-Bogen:

Die Umfassungsschlacht ist im ostw. Teil beendet, beiderseits Orshiza noch Säuberung.

Heeresgruppe Mitte:

Südl. Gluchow wurde eine Feindgruppe vernichtet.

Bei Gluchow, Gromjatschka und Wowna wurden Feindangriffe abgewehrt.

Heeresgruppe Nord:

Gegen den Nordflügel der Ostfront führte der Feind in den Vormittagsstunden nach starker Art- und Nebelwerfer-Vorbereitung mit Unterstützung seiner Luftwaffe intensive Infanterie- und Panzerangriffe.

Auch südl. Lipki hatte abererfolglose Feindangriffe.

Auf Osel hat der Feind den Nordrand der Halbinsel Sorve durch mehrere Feldstellungen mit Bunkern zur Verteidigung ausgebaut.

Ostfront:

Front vor Leningrad:

Gegen erbitterten Widerstand wurde das Fabrikgelände ostw. Djetskojeselo genommen.

Nach Westen drang der Angriff bis zum Westteil von Peterhof vor.

Im Hafen von Leningrad wurde ein 10 000 t-Dampfer in Brand geschossen.

Baltische Inseln:

Auf Osel gelang der Einbruch in die erste Widerstandslinie, Salme wurde genommen.

Sabotageanschlag auf offene Bahnstrecke Borissov-Minsk, 15 km westl. Borissov fiel ein Gleis 8 Stunden, das andere 24 Stunden aus. Südl. Minsk wurden 80 Kommunisten und Juden erschossen.

Finnland:

Südostfront:

Die Karelische Armee nahm angelehnt an Ladoga-See den weiteren Unterlauf des Swir.

Nach Norden wurde bis Pegaselga an der Uferstrasse des Onega-Sees vorgestossen.

Im Zuge der Eisenbahn wurde nördl. Parschepol Schtschapeta in nördl. Richtung überschritten und das Gelände 1,5 km südl. Polowina erreicht.

Nordostw. Sjamosero wurde Raum gewonnen.

Petrosawodsk wird evakuiert.

BI 6 - 96-79

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 27. Sept. 1941.

- IV A 1 - B.Nr. 1/B 41 gRs -

48 Ausfertigungen.

36, Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 96 .

Geheim! Staatsache!

I. Politische Übersicht.

a) Im Reich:

Die Stapostelle Graz meldet.

In der letzten Zeit waren im Bereich der Stapostelle Graz verschiedene Bremsdruckluftschläuche an Eisenbahnwaggons beschädigt und zum Teil durchschnitten worden. Die Ermittlungen führten zur Festnahme von bisher 18 Reichsbahnbedienten. Dieselben sind zum Teil überführt, die Sabotageakte durchgeführt zu haben.

Bei der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit wurden illegale kommunistische Zellen entdeckt, die den feindlichen Rundfunk abgehört hatten und hierdurch zur Sabotage verleitet wurden. Der Urheber der Sabotageakte ist der 41 Jahre alte Zugführer Johann König vom Bahnhof Bruck a.d. Mur. Er gibt zu, für diese Anschläge verantwortlich zu sein. König war früher sozialdemokratischer Vertrauensmann im Gebiet von Bruck.

Auch im Bereich der Stapostelle Klagenfurt wurden

17, in der Mehrzahl Eisenbahnbedienteste, wegen begangener Sabotageakte festgenommen.

Die Stapoleitstelle Frankfurt/Main meldet:

Bei einer Metallfirma in Frankfurt/Main explodierte ein grosser Graugusskessel, wobei mehrere Arbeiter verletzt wurden. Die Ermittlungen ergaben, dass sich in Metallabfällen, die als Beutegut aus Jugoslawien gekommen war^{en}, eine 7,5 cm Granate befand, die beim Schmelzen des Metalls explodierte. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf ca. 5.000.- RM. Um weitere Explosionen zu vermeiden, ist angeordnet worden, dass in Zukunft die Metallabfälle vor Verarbeitung durchsucht werden.

Die Stapostelle Litzmannstadt meldet:

Am 26.9.41 ist in der Nähe des Bahnhofes Widzew ein mit deutschen Umsiedlern besetzter Personenzug auf einen in Fahrt befindlichen Güterzug aufgefahren. Nach den hier vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der Opfer 25 - 30 Verletzte. Die Ursachen des Zusammenstosses sind bisher nicht bekannt. Es wird Sabotage vermutet.

b) Besetzte Gebiete.

H o l l a n d .

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD., den Haag, meldet:

Am 25.9.41 brannte in Lichtenvoorde (Bezirk Arnheim) 1 Kornschöber mit 1 000 Garben Roggen vollständig ab. - Brandursache ist nach den bisherigen Feststellungen wahrscheinlich Brandstiftung.

Generalgouvernement.

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. für den Distrikt Galizien - Lemberg - meldet:

Allgemeine Stimmung:

Ukrainer: Mit Bekanntwerden der Gründe der durchgeführten Festnahmen unter Ukrainern weitere Beruhigung. Bevölkerung, insbesondere ältere Intelligenz zufrieden, dass Treiben der Bandera-Gruppe Einhalt geboten wurde. Offizielle Leitung hält Massnahmen für einzig mögliche Lösung. Flüsterpropaganda der Bandera-Gruppe, dass Massnahmen allgemein gegen Ukrainer gerichtet, finden z.Z. wenig Glauben. Krampfhaftes Bemühen der Bandera-Gruppe der sich gegen sie richtenden Volksmeinung entgegenzutreten. Verbreitung von Gerüchten, wonach Senyk und Sciborski von Deutschen ermordet, um Handhabe gegen Bandera-Gruppe zu haben. Ferner Verbreitung von Gerüchten, die Melnyk-Gruppe beschuldigen, bei Aktion der Sipo geholfen zu haben. Unter Mitgliedern der Bandera-Gruppe haben Massnahmen innere Schwierigkeiten ausgelöst. Sogen. Fraktion der Unversöhnlichen, die bereits nach Liquidierung der Stecko-Regierung in Erscheinung getreten war, hat Flugblatt in Umlauf gebracht, das Bandera und Jary Schuld für heutige Lage zuschreibt, da sie durch Morde deutsche Massnahmen herausgefordert haben. Jedoch gleichzeitig Aufforderung zu unterirdischer Arbeit. Deutsche hätten Spaltung der OUN-, Melnyk- und Bandera-Gruppe gefordert, um mit Ukrainern leichter fertig zu werden. Melnyk-Gruppe hat gleichfalls Flugblatt herausgegeben, in dem sie gesamte Verantwortung für Massnahmen der Bandera-Gruppe zuschreibt.

Einnahme von Kiew hat Hoffnungen auf neuen Führerentscheid über Schicksal der Ukraine aufleben lassen. Bemühungen vieler Ukrainer, besonders der Intelligenz, nach Kiew zu gelangen und dort Aufbauarbeit aufzunehmen. Im allgemeinen ist jedoch Glaube an Selbstständigkeit bereits geschwunden und aus diesem Grunde keine besondere Begeisterung. Lediglich Erwartungen, dass Verwaltung weitgehend Ukrainern überlassen wird.

Polen:

Sondermeldungen über deutsche Erfolge in der Ukraine haben im allgemeinen Wirkung nicht verfehlt. Enttäuschung umso grösser, als noch kurz vorher Gerüchte über grosse Niederlagen der deutschen Truppen in Umlauf waren. Z.Zt. konzentrieren sich Hoffnungen auf deutsche Niederlage und bevorstehenden inter. Kulturelle Gebiete:

Am 15.9.41 Eröffnung der deutschen Volksschule, am 22.9.41 Eröffnung der deutschen Oberschule in Lemberg. Für Volksschule 160 und Oberschule 120 Anmeldungen. Bereits Schwierigkeiten bei Unterricht, Schüler (Volksdeutsche) beherrschen nur unvollkommen deutsche Sprache, daher Einführung besonderer Sprachkurse. Mangel an deutschen Kreisschulräten. Bisher nur 1 vorhanden. Generalgouverneur hat Genehmigung des "Osteuropäischen Buch- Gewerbehauses", Sitz Krakau, und der Unterverlage "Ukrainischer Zentralverlag" in Lemberg, und "Polnischer Zentralbuchverlag", Sitz Warschau, erteilt.

Sonderbeauftragter des Reichsleiters, zugleich Beauftragter des Amtes Rosenberg, bereits nach

- 5 -

Kiew unterwegs, um dort ähnliche Institutionen für Ostukraine aufzuziehen. Spätere Vereinigung mit Buch-Werbe-Haus Krakau durch Gesellschaftsvertrag vorgesehen.

Nach Meldung des Kommandeurs der Ordnungspolizei in Distrikt Galizien wurde am 18.9.41 gegen 15 bis 16 Uhr in Nowe Swiat Donbrawa das Abspringen eines Fallschirmabspringers beobachtet. Es handelt sich um den ersten gemeldeten Absprung in dieser Gegend. Der Flughafen von Stryj erscheint gefährdet.

Kärnten - Krain

Am 15.9.1941 gegen 15,30 Uhr wurde der Personenkraftwagen der Autounternehmung "Michael Rode" aus Stein auf der Poststrecke Koste-Moditz aus dem Hinterhalt vermutlich mit einer Maschinengewehr beschossen, so dass die 31jährige Wageninsassin, die Danenschneiderin Mira Stare, tödlich getroffen wurde. Von den gleichen Tätern wurde unmittelbar vor diesem Überfall in der Nähe des Ortes ein Telefonmast umgelegt und die damit verbundene Freileitung entwendet. Es war eine 8-köpfige Bande an Werk, die sich bewaffnet in den Wäldern umhertreibt und unerkannt entkommen konnte.

S e r b i e n :

Der Chef der Einsatzgruppe der Sipo u.d. SD -Belgrad-meldet:

Die Lage in Serbien weiter unverändert. Ernst. Tätigkeit der kommunistischen Banden hat sich noch gesteigert. Ihre Arbeit konzentriert sich z.Zt.

84

vor allen auf die Zerstörung der Verkehrswege und Nachrichtenmittel. In den letzten Tagen hat der Kampf der deutschen Truppen, der serbischen Gendarmerie und auch der Cetnik-Organisation ganz erfreuliche Erfolge aufzuweisen. So wurden am 25.9.41 durch eine serbische Freiwilligen-Abteilung bei IZadenovac 15 Kommunisten einer Bande getötet und 15 gefangengenommen, bei nur 2 eigenen Verlusten.

Serbische Bauern aus der Gegend von Paracin, die vor einigen Tagen durch eine kommunistische Bande in die Wälder verschleppt und dort von ihnen zwecks Einsatz bewaffnet wurden, haben sich gegen die Kommunisten gewandt. 15 von ihnen, darunter der Führer der Bande und der politische Kommissar wurden getötet und 15 weitere Kommunisten gefangen.

Eine serbische bewaffnete Abteilung konnte bei Kalja am 25.9.41 in 4-stündigem Kampfe 26 Kommunisten einer Bande vernichten.

Deutsche Truppen haben am 22.9.41 in der Umgebung von Razar 132 Banditen und bei Zlot mit Hilfe der dort gebliebenen Einwohnerwehr 14 Banditen gefangen, 3 LW und 150 Gewehre erbeutet.

Am 23.9.41 hat eine serbische bewaffnete Abteilung bei Sopot eine kommunistische Bande vernichtet.- von ihnen 14 Kommunisten getötet und 10 weitere Kommunisten gefangengenommen.

Die Cetnik-Gruppen unter Kosta Pecanac sind bereits mehrfach mit kommunistischen Banden.

in Gefechtsberührung gekommen und haben schon eine grosse Anzahl von Kommunisten getötet und gefangengenommen.

Der Cetnik-Führer, General Novakovic, der bisher mit Kosta Pecanac zusammen gearbeitet hat, hatte sich vor kurzer Zeit von diesem wegen dessen Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden getrennt und mit seinen Anhängern Aktionen in Sumadia (Herzgebiet Serbiens) durchgeführt. In einem Aufruf hat Novakovic zum bewaffneten nationalen Aufstand aufgerufen. Wie nunmehr bekannt wird, ist Novakovic nach Monte-negro geflüchtet. Der Grossteil seiner Anhänger ist aus den Wäldern zurückgekehrt und hat sich zum Teil den serbischen Gendarmerie-Organen zum Kampf gegen die Kommunisten angeboten. Eine Beruhigung in diesem Gebiet ist zu erwarten.

Die am 22.9. in Serbien eingetroffene 342. Inf. Div. wird in den nächsten Tagen zum ersten Gross-Einsatz gebracht. Es ist geplant, einen der Haupt-Unruhe-Herde, das Gebiet von Sabac-Bogatic vollständig zu evakuieren. Sämtliche männlichen Einwohner werden zusammengefangen und in Sammellager gebracht. Die Frauen und Kinder werden in das südwestlich von Sabac liegende Gorgebirge getrieben und ihrem Schicksal überlassen. Das zu übernehmende Gebiet hat eine Grösse von 25 x 25 km und etwa 50 000 Einwohner. Die Sicherung der Ernte und der Viehbestände wird durch Einsatz von 3000 Volksdeutschen (2000 weibliche

und 1000 männliche) aus dem Banat und Syrmien nach abgeschlossenem Kampf gewährleistet. Die in Sammellager gebrachten Personen werden unter Leitung eines Kommandos der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD mit Unterstützung der serbischen Polizei eingehend überprüft. Stichtag für Beginn der Aktion ist voraussichtlich 28.9.1941.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K i k e r i n o .

Allgemeine Stimmung in Lettland.

Die Übernahme der Verwaltungsgeschäfte durch die Zivilbehörden am 1.9.1941 hat in der Öffentlichkeit keine wesentlichen Rückwirkungen gezeigt, da hier bereits seit Wochen die Übertragung der Verwaltung an den Reichskommissar und nachgeordnete Stellen bekannt ist.

Die lettischen führenden Kreise beschäftigt zurzeit stark die Frage der Stellenbesetzung in den massgeblichen Behörden. Mit grösstem Eifer sind die bisher in der Öffentlichkeit in erster Linie in Erscheinung getretenen Persönlichkeiten wie vor allen Dingen auch politische Richtungen - besonders zu nennen ist hier der Perkonkrust - in dieser Hinsicht aktiv. Es ist dabei festzustellen, dass von allen Seiten Anschuldigungen der verschiedensten Art gegen Personen erhoben werden, die für irgendeine Stelle in Aussicht genommen sind. Von Vertretern des Perkonkrust wird dabei meist mit dem Argument hervorgetreten, dass die Betroffenen ehemalige Anhänger der Ulmanis-Richtung seien. Tatsächlich scheint, ohne dass bisher beweiskräftige Unterlagen hierfür beigebracht werden konnten, bei der Anhängerschaft des Ulmanis derzeit das Bestreben zu sein, möglichst viele Gleichgesinnte in massgebliche Positionen zu bringen.

Nach einer Meldung aus der Gemeinde Berzmuische, in der Ulanis sein Gut hatte, soll bei den Ulanis-Anhängern deutschfeindliche Flusterpropaganda betrieben werden. Man rechnet hier mit einem Endsieg Englands und fordert Gleichgesinnte auf, sich auf solche eine Situation einzustellen.

In allgemeinen kann gesagt werden, dass die in den ersten Wochen nach dem Binnarsch festzustellende Hochstimmung langsam im Abklingen ist. Das Interesse der Öffentlichkeit wendet sich in immer stärkerem Masse den allgemeinen Tagesfragen zu, wobei in erster Linie die derzeitige Lage auf wirtschaftlichem Gebiet Anlass zu Erörterungen gibt. So wird beispielsweise bei den Pensionären heftig darüber diskutiert, dass die Auszahlungen ihrer Ruhegelder immer noch nach den von den Kommunisten erlassenen Bestimmungen vor sich gehen, wonach die ehemals gegen den Bolschewismus tätig gewesen Personen keine oder nur sehr geringe Unterstützung erhalten, diejenigen jedoch, die sich aktiv kommunistisch gezeigt hatten, höhere Sätze empfangen können. Die Debatten über das Generaldirektorium für innere Angelegenheiten werden nur in einem kleineren Kreise geführt. Nach wie vor werden Bedenken gegen Freimanis, Dankers und Zanders geltend gemacht, wohingegen Oberst Weiss und Andersons gute Kritik erfahren.

Bei der Landbevölkerung herrscht auch weiterhin Unklarheit und auch gewisse Unzufriedenheit über die Regelung des Landbesitzes.

Die Genugtuung aller Bevölkerungskreise über die Einführung der Bezugsscheine und des Kartensystems hält an, doch wird aus Arbeiterkreisen gemeldet, dass die zugewiesenen Fleischrationen zu gering seien. For-

ner wird gewünscht, Brot markenfrei zu lassen, dagegen auch Zucker und Seife zu rationieren.

Weite Kreise der Bevölkerung, die bis jetzt wenig Kenntnis von der Idee Adolf Hitlers und den Aufgaben und Zielen des Nationalsozialismus erhalten haben, wünschen dringend eine propagandistische Aufklärung. Die Arbeit der Tagespresse in dieser Hinsicht wird als viel zu gering bezeichnet. Die wenigen deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die bereits in der vergangenen Woche in Riga zum Verkauf kamen, können dieses Bedürfnis keinesfalls befriedigen, da sie einmal sofort durch deutsche Soldaten aufgekauft werden und andererseits für den grössten Teil der lettischen Bevölkerung viel zu teuer sind.

Die Klagen über häufig festzustellendes unges. Einvernehmen zwischen Wehrmachtangehörigen und Juden halten an. Darüberhinaus wird mit grosser Unzufriedenheit darauf hingewiesen, dass sehr viele arbeitssuchende Letten und Lettinnen zurzeit keine Verdienstmöglichkeit haben, da von allen Dienststellen die kostenlosen jüdischen Arbeitskräfte bevorzugt werden. Da viele ohne jedwede Erwerbsmöglichkeit sind, hat sich bereits ein Aufblühen von Spekulationsgeschäften bemerkbar gemacht, da auf diese Weise wenigstens der notdürftigste Lebensunterhalt gewonnen werden kann. Ein Tauschhandel mit Lebensmitteln, Manufakturerezeugnissen usw. unter der Hand mit teilweise sehr hohen Preisen scheint bereits sehr stark Platz gegriffen zu haben.

Politische Gegner.

Linkskreise sind auch in dieser Berichtszeit organisatorisch noch nicht in Erscheinung getreten, obgleich

in weiten Teilen der Bevölkerung die Ansicht vorherrscht, dass massgebliche Kommunisten immer noch auf freiem Fuss seien und organisatorisch tätig wären. Die eingeleiteten Nachforschungen haben bisher völlige Zurückhaltung der bekannten kommunistisch gesinnten Kreise und Personen ergeben.

Seit dem Verbot einer Tätigkeit ist der Personkrist eifrig bemüht, zu retten, was zu retten ist. Das Hauptaugenmerk wird zurzeit auf die Besetzung einflussreicher Stellen gelegt, die zurzeit überall im Gange ist.

Der ehemalige Finanzminister Valdmanis äusserte vor wenigen Tagen in lettischen nationalen Kreisen, dass die ehemaligen lettischen Judenorganisationen an ihn herangetreten seien mit der Versicherung, dass sie jederzeit zu seiner Verfügung ständen. Dieses betonte er besonders von den Mazpulki-Führern.

Die hinsichtlich eines deutschen Endsieges ausstehenden defaitistischen Stimmen scheinen nicht zuletzt aus jüdischen Kreisen zu stammen, die schon seit Wochen in der Einstellung der Exekutierungen und neuerdings in der Abstopfung der Umsiedlung in das Ghetto - bedingt durch Übernahme dieses Arbeitsgebietes durch die Zivilverwaltung - eine Auswirkung ausserpolitischer Schwierigkeiten sehen.

K i r c h e n

Im Brennpunkt der Kircheninteressen steht immer noch die griech.-katholische Kirche. Der Kampf "national - lettischer Kreise gegen den aus Russland gekommenen Metropolitan Sergius (Wozkresensky) wird nach

wie vor weitergeführt. Seine Absetzung wird von dieser Seite aus für dringend und unumgänglich gehalten. Sergius andererseits legt eine Aktivität an den Tag und versucht, weitgehende Pläne, die die orthodoxe Kirche des Baltikums und darüber hinaus ganz Russland betreffen und irgendwie auf eine panslawistische Idee hinauslaufen, an die massgeblichen deutschen Stellen heranzutragen. Im Zuge der Ermittlungen über Sergius' Vorleben ist der Verdacht aufgetaucht, dass er nicht nur in Dienste bolschewistischer politischer Stellen gestanden hat, wie von lettischer Seite behauptet wird, sondern auch Beziehungen zur lebenden Kirche unterhält.

Die röm.katholische Kirche tritt in der Öffentlichkeit nicht hervor, scheint jedoch nach den eingelaufenen Nachrichten um so intensiver in aller Stille ein Vordringen in den hiesigen Raum organisatorisch vorzubereiten.

Die evangelische Kirche, zu der ja die Mehrheit der Letten gehört und die jahrhundertlang unter deutschen Einfluss stand, hat sich mit der durch den Einmarsch der deutschen Gruppen geschaffenen neuen Lage am ehesten abgefunden. Zwar ist auch hier noch eine Strömung des Ultrar.-Regimes spürbar, doch findet man im allgemeinen Verständnis für die Ereignisse und bescheidet sich mit den seelsorgerlichen Aufgaben. Einige lettisch-evang. Pfarrer auf dem Lande haben jedoch bereits Anlass zum Einschreiten gegeben, da sie bei hier üblichen Friedhofsgottesdiensten in scharfer Form Stellung gegen die gegen Bolschewisten und Juden eingeleiteten Massnahmen genommen haben. Es handelt sich um die Pfarrer Rosenberg aus Ekenhusen und Stock-

mannshof und Huiznieks aus Dignaja.

Rechtsleben.

Die Wiederaufnahme der Strafgerichtstätigkeit hat zu einer Reihe sachlicher Schwierigkeiten geführt, die dringender Klärung bedürfen. Unklar ist gegenwärtig die Behandlung der Juden, wenn solche in einem Prozess als Kläger oder Zeugen beteiligt sind. Nach den bestehenden lettischen Gesetzen müssen alle gleich behandelt werden, was u.U. zu unerwünschten Ergebnissen führen kann. Dass in dieser Frage bisher keine offizielle Stellungnahme erfolgte und keine Hinweise gegeben wurden, werden diese Vorgänge nach Möglichkeit hingezogen.

Nach den § 12 des lettischen Strafgesetzes wird Strafe nach dem Gesetz zugesprochen, welches zur Zeit als das Verbrechen ausgeübt wurde, in Kraft war.

Wirtschaft

Ernährung

Die gesamte Ernährungswirtschaft ist durch die sich aus der Preisgestaltung ergebenden Schwierigkeiten wesentlich beeinträchtigt.

Seit dem 1. Juli d.J. sind nur die Preise einiger Produkte abgeändert worden. Merkwürdig ist die Erhöhung der Preise für Butter und Schweinefleisch. Die für Gemüse, Obst und Früchte erfahren -saisonbedingt- alle 10 Tage eine Änderung.

In der Wirtschaftsinspektion ist zurzeit eine Verordnung zur Festsetzung der Marktpreise in Vorbereitung, die in den nächsten Tagen in Kraft treten soll. In ihr werden im wesentlichen nur die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Löhne erfasst. Es soll die Höchstgrenze, 60 % der in Ostpreussen geltenden

Preise, nicht überschritten werden, was jedoch in vielen Fällen eine Vervielfachung der bisherigen Preise bedeuten würde.

H a n d e l

Die Bestrebungen des Handels lassen die baldige Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens und den Aufbau eines Geschäftsnetzes schon deutlich erkennen. Ein zufriedenstellendes Ergebnis wird aber erst nach der Wiederherstellung des zerstörten Eisenbahn-, Post- und Telefonnetzes zu erreichen sein. Zurzeit zeigen sich noch Schwierigkeiten, da in den in der Provinz gelegenen Städten und Ortschaften noch keine Klarheit über die Lage des Handels besteht und auch von zentraler Stelle noch nicht geschaffen werden kann.

Die Lage des Privathandels ist immer noch in einem ungeordneten Zustand. Im Zuge der Nationalisierung wurden beinahe alle wichtigen und lebensfähigen Handelsunternehmen aus dem Privathandelsprozess ausgeschaltet, während nur einige geringe Unternehmen in privater Hand bestehen blieben. Die Schaffung eines Privathandels, wie er vor Beginn der Sowjetinvasion bestand, wird in Zivilkreisen immer mehr als ein Erfordernis herausgestellt, wobei auf die Frage der Denationalisierung besonders hingewiesen wird.

Im Kooperativhandel hat die Lage eine weitere Besserung erfahren, so dass eine allgemeine Leistungssteigerung allmählich fühlbar ist.

In sämtlichen Handelsbranchen bereitet die Beschaffung und Heranschaffung von Waren in Augenblick besondere Schwierigkeiten, wobei die Industriewaren die wesentlichste Rolle spielen.

Das Ausbleiben von Industrieerzeugnissen auf den Warenmarkt macht sich zurzeit in zunehmenden Masse spürbar. Es sind in erster Linie Werkzeuge, Verkehrsmittel, Maschinen und Motoren, Chemikalien, Naphta-Produkte, Medikamente, Gewürze usw.

Es wird gemeldet, dass ausserdem unnötige Schwierigkeiten bei der Weiterleitung von Waren in das Handelsnetz durch überzählige Formalitäten entstehen, vor allem, wenn Waren aufgrund einer Beschlagnahme wieder freigegeben werden sollen.

Vollzugstätigkeit.

I. Durchsuchungen.

Das in den Räumen der Provinzabteilung der kommunistischen Partei in Riga sichergestellte Akten- und Büchermaterial wurde gesichtet. Die dort befindliche Bibliothek enthält ausschliesslich kommunistische Propagandaliteratur und Werke über Lenin und Stalin sowie Monatszeitschriften des letzten Jahres. 50 Bücher über die Geschichte der kommunistischen Partei, über deren führende Persönlichkeiten und spezielle Abhandlungen über wirtschaftliche und prinzipielle Fragen des Kommunismus wurden ausgesondert.

Das in den Räumen des NKWD-Gebäudes vorgefundene Schriftenmaterial wurde auch dahingehend ausgewertet, ob es Namen von Personen enthielt, die sich kommunistisch betätigt hatten. Diese Arbeit ist jetzt abgeschlossen. Für Fahndungszwecke konnten 3 Listen zusammengestellt werden:

- a) Liste der Angestellten des NKWD. Sie enthält 372 Personen,
- b) Mitgliederliste der kommunistischen Partei. Sie enthält 115 Personen.
- c) Liste der Kandidaten der lettischen kommunistischen Partei. Sie enthält 128 Personen.

Es wurden mehrere bereits früher versiegelte Wohnungen führender Kommunisten, die im Kirow-Rayon tätig waren, durchsucht. Ausser Personalpapieren der Wohnungsinhaber wurden kommunistische Schriften aller Art vorgefunden. In den meisten Wohnungen wurde vor und in den Küchenherden Papiersachen aufgefunden, woraus zu schliessen ist, dass die wichtigen Schriftstücke von den Wohnungsinhabern verbrannt worden sind.

Die Hilfspolizei in Riga nahm Kontrollen und Durchsuchungen an insgesamt 480 Stellen vor.

II. Festnahmen.

Es wurden verhaftet:

78 kommunistische Funktionäre oder Angehörige kommunistischer Organisationen. (Davon 42 in Riga, der Rest in der Provinz) 90 Personen wurden vorläufig festgenommen oder zwecks Feststellungen ihrer Personalien sistiert.

Im Kreise Rositten wurden Ermittlungen gegen den dortigen Kreispolizeichef Lasis angestellt. Lasis ist seit Anfang August 1941 als Kreispolizeichef tätig. Gleich nach Aufnahme seiner Amtsgeschäfte hat er einige Kommunisten, die vom Selbstschutz festgenommen waren, aus dem Gefängnis entlassen. Darunter befand sich auch der Landwirt Broneslavs Sprogis, mit dem Lasis z.Zt. der Kommunistenherrschaft, als er noch Leiter einer Flachsannahmestelle in Driceni war, gut zusammengearbeitet hatte. Obwohl gegen Sprogis viel belastendes Material über dessen kommunistische Betätigung vorlag, blieb er auf freiem Fuss. Lasis behauptet, dass die Personen, die Sprogis beschuldigten, Kommunisten seien. Er setzte Sprogis sogar in dessen Heimatgemeinde, die etwa 750 Gehöfte umfasst, als Hilfspolizeibeamter ein. Darüber entstand in der Gemeinde eine so starke Erregung, dass Sprogis seines Lebens nicht mehr sicher war und sein Grundstück zu seinem Schutz einige Tage durch die Polizei bewacht werden musste.

Gleichwohl wurde er nicht entlassen, vielmehr nach Rositten berufen und für andere polizeiliche Aufgaben verwandt. Schliesslich wurde eine Abordnung der Bevöl-

kerung bei der Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD. vorstellig. Die Ermittlungen ergaben, dass Lasis in der roten Zeit mit den Kommunisten sympathisiert hat, was sein ganzes Verhalten in dieser Zeit beweist. Er behauptet, von dem Oberstleutnant Freimanis seinerzeit den Auftrag erhalten zu haben, sich für alle kommunistischen Dinge zu interessieren, um die dabei gewonnenen Kenntnisse später nach Befreiung ^{von} der Roten Herrschaft auswerten zu können. Den Sprogis will er dazu als Hilfe benutzt haben. Die Angaben erscheinen unglaublich.

Sprogis war u.a. im Besitze eines Gewehrs mit der dazugehörigen Bescheinigung, die von den Bolschewisten nur in ganz besonderen Fällen und an besonders vertrauenswürdige Personen ausgegeben wurde. Er hatte Rote Flugblätter verteilt und sich auch an der Verhaftung von Letten beteiligt. Er terrorisierte die Bevölkerung bei jeder passenden Gelegenheit. Sprogis wurde erneut festgenommen, Lasis seines Postens enthoben.

In Rembates wurde der Bürgermeister Woldemar Purgailis festgenommen. Purgailis hat sich abfällig gegen die Deutsche Sicherheitspolizei geäußert. Einem lettischen Einwohner, der ihm eine Bescheinigung der hiesigen Dienststelle vorwies, erklärte er, dass er einen solchen "Wisch" nicht anerkenne, im übrigen müsse man mit ihm lettisch sprechen, wenn man von ihm etwas haben wolle.

III. Exekution.

In der Zeit vom 30.8. bis 5.9.1941 wurden exekutiert:

in Riga 186 Personen,
im Bezirk der Aussenstelle
Schaulen 44 " ,
im Bezirk der Aussenst. Libau 38 " ,
in der übrigen Provinz 191 " ,
insgesamt 459 Personen.
=====

Unter den Exekutierten befinden sich 237 geistes-
kranke Juden aus den Irrenanstalten in Riga und Mitau.

Das vorläufige Gesamtergebnis im Bereich des EK 2
beträgt hiernach 29 246 Personen.

IV. Verschiedenes.

Belegung der Rigaer Gefängnisse.

In den Rigaer Gefängnissen befinden sich z.Zt.
3 777 Personen, davon
3 462 Kommunisten,
195 Juden,
108 kriminelle Verbrecher.

Lage in der Provinz.

Die in den Provinzen Kurland, Livland und Semgallen
tätigen Sonderkommandos des EK 2, welche den Auftrag
hatten, die in den Gefängnissen und Konzentrationsla-
gern der Kreisstädte einsitzenden Häftlinge zu über-
prüfen und über ihr weiteres Schicksal zu entscheiden,
haben ihre Tätigkeit zum Teil abgeschlossen.

Überprüft wurden die Häftlinge in Frauenburg, Gol-
ding, Palsen, Tuksum, Windau, Wenden, Wolmar, Walk und
Bausk. Es wurden 139 Häftlinge exekutiert, gegen 872
Konzentrationslager verhängt und 436 freigelassen.
In den Gefängnissen dieser Kreise sitzt nur noch eine
geringe Anzahl von in der Zwischenzeit festgenommenen

Kommunisten ein, die noch nicht überprüft sind.

Die Befriedigung des flachen Landes schreitet fort. Die Kreispolizeichefs klagen jedoch darüber, dass die polizeiliche Arbeit durch das Verbot, Ferngespräche zu führen und durch den fehlenden Postverkehr, ausserordentlich erschwert werde. Auch der Mangel an Kraftfahrzeugen und Benzin wirkt sich in gleicher Weise aus. Aus obigen Gründen gehen die Meldungen aus den Gemeinden über vagabundierende Kommunisten, versprengte Rest der Roten Armee, aufgefundene Flugblätter und Fallschirme meistens verspätet, oft erst nach einer Woche ein.

In Libau wurden 34 Kommunisten festgenommen, u.a. konnte der Verantwortliche für die unmittelbar vor dem deutschen Einmarsch im Gebäude der Milz in Libau vorgenommenen Erschiessungen 18 lettischer nationaler Geiseln verhaftet werden.

Fünf weitere an dieser Ermordung beteiligte Kommunisten wurden bereits exekutiert. Die Zahl der in den Libauer Gefängnissen einsitzenden politischen Häftlingen beträgt 833. 32 Wohnungen von Kommunisten wurden durchsucht.

Durch die Vernehmung eines besonders aktiv gewesenen Kommunisten wurden bisher 23 Namen von Personen bekannt, die sich in Libau in massgeblicher Weise an der Verschleppung nationaler Letten beteiligt oder die Unterlagen hierfür geliefert hatten. Durch die Vernehmungen der an der bereits gemeldeten Flugblattaktion beteiligten früheren Angehörigen der kommunistischen Jugend, wurden weitere Jugendliche festgestellt, die sich zu einer Gruppe zusammengeschlossen hatten, um im kommunistischen Sinne zu arbeiten. Fern...

- 22 -

wurde eine Gruppe von Kommunisten ermittelt, die sich noch im Besitze von Waffen befinden und Aktionen planen sollen. Die Festnahme dieser Gruppe steht noch unmittelbar bevor.

Gegenwärtig werden sämtliche Juden in Libau registriert.

- 395 -

Lage im Gebiet östlich des Peipussees.

Das in Frage kommende Gebiet wird begrenzt durch die Linie Pleskau - Peipussee - estnische Grenze - Plussa - Stadt-Pleskau.

1. Bevölkerung.

Der beschriebene Raum wird in der Hauptsache von Russen bewohnt. Nur stellenweise findet man im Norden Reste früherer estnischer Bevölkerung. Hier ist bezeichnend, dass seitens der Sowjet-Regierung alle estnischen Männer ausgesiedelt worden sind, so dass diese Minderheit zum Aussterben verurteilt war. Juden sind nur ganz vereinzelt angetroffen worden. Sie hielten sich ausschliesslich in den Städten auf. Die Menschen machen ausnahmslos einen sehr primitiven Eindruck. Sie sind von durchweg kleinerer bis mittlerer Statur und tragen klar ostisches Gepräge. Es wurde die Wahrnehmung gemacht, dass in allen Dörfern nur alte Leute und Kinder vorhanden waren. Die Ursache besteht in der während der sowjetischen Regierungszeit im grossen Umfange erfolgten Abwanderung der jungen besonders arbeitsfähigen Bevölkerung. Als Grund wurden die geringen Verdienst- und Lebensmöglichkeiten auf dem Lande angegeben. Die Abwanderung erfolgte nach den Städten und Fabriken. Der trotzdem vorhandene Kinderreichtum resultiert zum nicht unerheblichen Teile aus der Tatsache, dass die Abgewanderten ihre Kinder von den Grosseltern ernähren und erziehen lassen. Die Kinder machen einen sehr verwahrlosten Eindruck und sind zum Teil unterernährt. Ihre Bekleidung besteht vielfach nur aus Lumpen.

Mr. 96 102

2. Siedlung.

Wie die Lebensweise, ist auch die Siedlung der Russen ausserordentlich primitiv. Die Häuser sind aus Holz gebaut, nur selten trifft man auf Ziegelhäuser. Städte wie Pleskau und Gdow machen darin keine Ausnahme. In vielen Orten sind infolge der Abwanderung die Häuser völlig zerfallen, an den übrigen sind seit langer Zeit keine Reparaturen vorgenommen worden.

3. Wirtschaft.

Das beschriebene Gebiet ist zum grössten Teil landwirtschaftlich orientiert. Wie überall war auch hier die Kolchos-Wirtschaft restlos durchgeführt. Bei der jetzigen Lage besteht unter den Bauern der dringende Wunsch, wieder eigenes Land zu bekommen.

In allen Orten wurde ein Ortsvorsteher eingesetzt und mit einem Ausweis versehen, der für die Durchführung der Arbeiten verantwortlich gemacht wurde.

Industrielle Unternehmen wurden ausser in Pleskau in Gawrilowskaja nördlich Bahnhof Slanzy und südlich Lutsky festgestellt. Bei Gawrilowskaja handelt es sich um ein Brennschieferwerk kleineren bis mittleren Ausmasses, das erst vor etwa 4 - 5 Jahren erbaut worden sein kann. Bei Lutsky befindet sich ein Bergwerk, das wegen umfangreicher Verminung nicht untersucht werden kann.

4. Die politische Lage.

Die Propaganda der Sowjets hat sich auf dem Lande zweifellos nicht so ausgewirkt, wie in den Städten. Trotzdem ist die allgemeine kommunistische Beeinflussung an der starken Partisanen-Bewegung festzustellen. Bis jetzt ist es trotz mehrfacher Erfolge und Strafmassnahmen noch nicht im befriedigenden Ausmasse gelungen, das Partisanenunwesen zum Erlöschen zu bringen.

- 25 -

Meldungen der Einsatzgruppen B, C und D liegen nicht
nicht vor.

- 398 -

III. Militärische Ereignisse:

Heeresgruppe Süd:

Odessa:

~~Keine besonderen Ereignisse.~~

An der Nordostfront hat der Gegenangriff ostw. Dufinka die Küste erreicht.

Nördl. der Krin:

An der Dnjepr-Mündung wurde Prochori genommen. In hartnäckigem Kampf wurde der Einbruch in die Verteidigungsstellung bis etwa 4 km westl. Perokop erweitert.

Südl. und nördl. Saporoschja wurden feindl. Übersetzversuche verhindert.

Front vor Charkow:

Eine ital. Division bildete gegen schwachen Feind einen Brückenkopf über den Orel südl. Majatschka. Mehrere Angriffe gegen den Brückenkopf Zaritschanka wurden abgewiesen und im Angriff nach NO in zähen Kampf etwas Boden gewonnen.

Feindl. Angriffe auf Krasnograd wurden abgeschlagen.

In Angriff wurden die Höhen 8 km nordostw. Koschmanowna genommen.

Heeresgruppe Mitte:

Westl. Bjelopolje wurde ein Feindenangriff abgewiesen. Höhen ostw. und nordostw. Gluchow wurden genommen.

Bei Jampol und südöstl. Mowna wurden feindl. Angriffe abgewiesen.

Heeresgruppe Nord:

Weitere Ortsteile von Peterhof wurden genommen. Auf Osel wurden an Nordrand der Halbinsel Soerwe Feindangriffe abgewehrt.

Finnland:

Karelische Landenge: Bei Bjeloostrow wurden feindl. Angriffsbereitsstellungen zerschlagen.

Karelische Armee: Tschokscha (50 km südöstw. Petrosawodsk) und Berewiannoje wurden genommen.

Von Westen her drangen die Angriffsspitzen gegen Petrosawodsk bis 6 km südöstw. Polowina vor.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 28. Sept. 1941.

- IV A 1 - B.Nr. 1/B 41 GR -

48 Ausfertigungen.

36. Ausfertigung

Geheime Reichssache

Ereignismeldung UdSSR Nr. 97

I. Politische Übersicht.

a) Im Reich:

Die Stapoleitstelle Hannover meldet:

Am 27.9.41 entstand auf dem Anwesen des Bauern
Woehler ein Schadenfeuer, durch das die Scheune
und ein Teil der Stellungen einäschert wurden.
Mitverbrannt sind Getreide von etwa 40 Morgen
Land und mehrere landwirtschaftliche Maschinen.
Der Gesamtschaden ist noch nicht festgestellt,
belaufte sich aber schätzungsweise auf über
50 000 RM.

Das Feuer trat an mehreren Stellen zu gleicher
Zeit auf, so dass Brandstiftung angenommen werden
muss. Bringend tatverdächtig ist ein bei dem
Bauern als Knecht beschäftigter polnischer Zivil-
arbeiter.

Die Stapo Oppeln meldet.

Am 27.9.41 sind auf dem Bahnhof Kreuzburg OS
aus einem Transportzug Ziel Stalag Zettlin,

Bez. Dresden, bei einem Zwischenstopp mit 30 sowjetrussische Kriegsgefangene entwichen. Auf der Strecke von Tschenschau bis Kreuzburg sind aus dem gleichen Zuge vorher bereits 50 Kriegsgefangene geflüchtet. Von den Geflüchteten sind bei Dörrby, Mrs. Flachstadt, bisher 3 und in Kreuzburg 6 gestellt und erschossen worden.

Die Stapoleitstelle Brünn meldet:

In der letzten Zeit wurden von unbekannten Tätern auf den Bahnhöfen Olmütz, Schwarzenbach, Proßnitz, Mähr.-Ostrau, Regen Gottes, Prerau und Wsetin in insgesamt 25 Fällen Bremsenklötze durchgeschnitten.

Am 22.9.1941 stiessen auf dem Bahnhof in Olmütz zwei Güterzüge zusammen, wodurch 6 Waggons beschädigt, 6 Waggons entgleist und hiervon 3 umgeworfen wurden. Die Waggons waren voll beladen. Der Güterverkehr war kurze Zeit unterbrochen. Die Ermittlungen hinsichtlich des Vorliegens von Sabotage wurden eingeleitet.

Nach einer Meldung des Bahnbevollmächtigten bei der Deutschen Reichsbahn in Brann wurde am 20.9.41 auf dem Bahnhof in Mähr.-Ostrau von unbekannten Tätern zwischen dem Gleise und der Spitzschiene ein 20 cm langes Gleisstück eingelegt. Der Zug Nr. 7943, der die erwähnte Weiche in gewader Richtung passiert hatte, hat das Gleisstück weitergeschoben, so dass ein Schaden nicht entstand.

In der Nacht zum 21.9.1941 wurden die entlang der Eisenbahn Otrokovitz-Malenowitz führende Telefonleitung in der Nähe von Kwikowitz von unbekannten Tätern durchgeschnitten. Bei den beschädigten Fernsprechleitungen handelt es sich um die Verbindung Zlin-Postamt - Flugplatz Brünn und Zlin - Prerau.

Die Stapelleitstelle Wien meldet:

Am 19.9. 1941 entgleisten am Abstellgleis im Bahnhof Felixdorf von 29 Munitionswaggons zwei Waggons, wovon einer mit 21 cm Granaten beladen war, die für die Munitionsfabrik Gross-Mittel bestimmt waren. Es wurden nur die Waggons beschädigt.

Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis haben sich Anhaltspunkte für eine Sabotagehandlung nicht ergeben. Es liegt mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Fahrlässigkeit infolge grosser Übermüdung des Führungspersonals vor.

Am 21.9.41 wurden in der Wagramerstrasse in der Nähe der Rennbahnplanke drei kreuzförmige Militärkabel durchschnitten.

b) Besetzte Gebiete:

Belgien:

Der Beauftragte des Chefs der Sipo und des SD Brüssel meldet:

Nach dem Ablauf der Frist von 10 Tagen wird der Militärverwaltungschef zur Sühne des Vordes an den beiden Beamten der Dienststelle des Militärbefehlshaber eine bestimmte Anzahl von Geiseln zur Liquidierung vorschlagen und zwar sind diese Geiseln aus den Kreisen der Legion Nationale, die in den letzten Tagen des Waffenbesitzes und des planmässigen Zusammenschlusses zum Widerstand gegen die Besatzungsmacht abgeführt werden konnten, zu entnehmen. Einzelheiten hierüber werden noch berichtet. Die Frist von 10 Tagen läuft heute ab.

Falls weitere Attentate gegen Deutsche vorkommen, muss ein grösserer Kreis von Geiseln führender Männer festgenommen werden und eine schnelle Liquidation aus diesem Kreise als Sühne für die

jeweilige Tat erfolgen.

Frankreich:

Der Beauftragte des Chefs der Sipo und des SD Paris meldet:

- 1.) Am 25.9.41 gegen 00 Uhr entgleiste bei Km. 228.200 an der Abzweigung "Meissen Rouge" der Bahnlinie Paris - Lille eine Maschine und 5 Waggons.
- 2.) Am 25.9.41 gegen 00 Uhr entgleiste in der Nähe des Bahnhofs Jarry la Motte an der Linie Douay-Lens die Maschine und 7 Waggons des Zuges Nr. 5984.
- 3.) Am 24.9.41 gegen 22 Uhr 10 kam der Tender der Maschine des Zuges Nr. 760 auf der Linie Pair bei Km. 225.560 an der Abzweigung Avin-Im Forest zur Entgleisung.

In allen drei Fällen handelt es sich um Sabotage.

- 4.) Am 25.9.41 gegen 13 Uhr erfolgte beim Bahnhof Balennes les Marais bei Km. 36.562 eine Explosion, die eine Entgleisung des Güterzuges Nr. 8247 hervorrief. Der Tender des Zuges wurde vollständig zerstört und 8 Waggons zur Entgleisung gebracht. Durch den Unfall ist die Linie gesperrt und wird der Verkehr bis zur Wiederherstellung der Geleise auf der zweiten Bahnlinie aufrecht erhalten. Personen wurden nicht verletzt.

148

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Von der Einsatzgruppe A liegen keine Meldungen vor.

Einsatzgruppe B.

Standort S m o l e n s k.

Notwendigkeit sicherheitspolizeilichen Einsatzes wegen polnischer zunehmender Aktivität im ehemals nordostpolnischen Gebiet.

Nach den verschiedenen mir vorliegenden Meldungen nimmt die Entwicklung der Polenfrage in dem ehemals nordostpolnischen Gebiet um Nowogrodek und Baranowize -wobei von seiten der Polen sogar auf das altsovjetrussische Grenzgebiet überzugreifen versucht wird- Ausmaße an, die dringend entsprechende Maßnahmen und eine ständige Überwachung durch stationäre Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD erforderlich machen.

Wenn sich auch das Vorgehen der Polen heute äußerlich in erster Linie gegen das Weißruthentum richtet, so ist der Hintergedanke doch der, durch Ausschaltung der Weißruthenen sich die gesamten wichtigen Positionen zu sichern, von denen aus sie ihre eigenen politischen Ziele und einen Widerstand gegen die deutsche Besatzung erfolgreich durchführen zu können glauben. Das Polentum arbeitet dabei mit folgenden Mitteln:

a.) Die polnische Intelligenz, auf Grund ihrer deutschen Sprachkenntnisse und ihres Arbeitseifers bei den deutschen Behörden gern gesehen, sucht sich in allen maßgeblichen amtlichen Stellen (Bürgermeister, Stadtverwaltung, Ordnungsdienst) festzusetzen und den unteren Verwaltungsapparat zu beherrschen.

MA

b) Die Weißruthenen werden bei den Deutschen als Bolschewisten denunziert, damit die weißruthenische Intelligenz ausgeschaltet und niedergehalten, die breite Masse der weißruthenischen Bevölkerung, die in diesem Gebiet überwiegend röm.-kath. ist, auf dem Wege über die röm.-kath. Geistlichkeit zu polonisieren versucht. Gleichzeitig wird mit dem Hinweis, daß die Weißruthenen von den Deutschen nun noch keinen eigenen Staat oder eine Selbstverwaltung erhielten, planmäßig eine deutschfeindliche Propaganda betrieben.

c) Durch teils legale, teils illegale Einwanderung von polnischen Gutsbesitzern, Funktionären der polnischen Widerstandsbewegung wird die polnische Intelligenzschicht planmäßig gestärkt.

d) Eine ganz besondere Rolle fällt der röm.-kath. Geistlichkeit zu, die in diesem Gebiet fast ausschließlich polnisch ist und eine außerordentlich große Aktivität in volkspolitischer Hinsicht entfaltet. Überall werden die polnischen Geistlichen als Träger des polnischen Chauvinismus bezeichnet, die ihre deutschfeindliche Haltung und Absichten geschickt zu tarnen verstehen.

Ich glaube mit allem Nachdruck darauf hinweisen zu müssen, daß sich das Polentum hier im Rücken der deutschen Front und in einem von Sicherheitskräften fast völlig entblößten Raum Machtpositionen schafft, die für die deutschen Interessen in diesem Gebiet nicht ungefährlich sind.

Das Polentum kann heute über die von ihm besetzten Verwaltungsetellen, Ordnungsdienst und über die röm.-kath. Kirche völlig legal arbeiten. Wenn von einschneidenden Maßnahmen gegen das Polentum z.Zt. noch abgesehen werden soll, so erscheint es mir doch dringend erforderlich, diese Entwicklung durch stationäre Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD laufend zu überwachen, um ein

weiteres Umsichgreifen des polnischen Einflusses zu verhindern und durch entsprechende Förderung der Weißruthenen einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen.

Aber auch für den Fall, daß sicherheitspolizeiliche Sofortmaßnahmen gegen das Polentum ergriffen werden sollen -z.B. Entfernung polnischer Aktivisten aus der Verwaltung und aus dem Ordnungsdienst, Festsetzung der aus dem GG zugewanderten Intelligenzangehörigen, Ausschaltung der röm.-kath. Kirche mit dem Hinweis, daß im Generalkommissariat Weißruthenien nur die griechisch-orthodoxe Kirche zugelassen wird- so ist damit zu rechnen, daß die Polen sofort illegal weiterarbeiten und sich bereits jetzt vermutlich den entsprechenden Apparat dafür geschaffen haben.

Ich halte es daher in jedem Fall für notwendig, die Entwicklung der Polenfrage und damit verbunden der röm.-kath. Frage in dem jetzt zum Generalkommissariat Weißruthenien gehörenden Teil Nordostpolens erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Übersicht über Einzelheiten aus der polnischen Aktivität im ehemaligen nordostpolnischen Gebiet.

Es wurde festgestellt, daß die Polen sich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen den deutschen Behörden sofort zur Verfügung stellten und die Führung in den Verwaltungsstellen an sich rissen. Obwohl ein Teil der eingesetzten polnischen Bürgermeister nach und nach durch Weißruthenen ersetzt worden ist, hat sich aber das polnische Übergewicht, das letzten Endes auf einer zahlen- und vor allem wertmäßigen Überlegenheit der Polen gegenüber den Weißruthenen beruht, nicht brechen lassen. Die Polen haben im Gegenteil einen starken

Aktivismus entfaltet, dem die Weißruthenen nicht gewachsen waren. In den damit entstandenen Volkskampf hat sich dann noch die polnische katholische Geistlichkeit eingeschaltet und auf religiösem und politischem Gebiet -Missionierung der vorwiegend orthodoxen Weißruthenen- versucht, das nationalpolnische Bewußtsein der Bevölkerung zu stärken.

Nach Ablauf von annähernd 3 Monaten Volkstumskampfes stellen nunmehr auch die Weißruthenen, die anfangs hofften, den Volkstumskampf mit einer gewissen deutschen Unterstützung bestehen zu können, fest, daß sie sich im ständigen Rückzug befinden und dem Aktivismus der Polen nicht gewachsen sind. Ihre Meldungen über die "Erfolge der Polen" klingen aus mit der Bitte um stärkere Unterstützung nicht nur in weißruthenischem sondern auch in deutschem Interesse.

Inner wieder wird festgestellt, daß der polnische Aktivismus in der Richtung West-Ost von der Gouvernementsgrenze marschiert und jetzt schon seine Vorkämpfer aus dem ehemaligen Ostpolen -neubolschevistisches Gebiet- in das altpolsche -vivistische Gebiet schickt. Es kann dabei ständig bemerkt werden, daß die Zielstrebigsten in dieser Arbeit die polnischen katholischen Geistlichen sind, die Hand in Hand mit den noch in ihren Ämtern belassenen kommissarischen Bürgermeistern vorgehen.

Eine von einem orthodoxen Geistlichen abgegebene Meldung läßt erkennen, daß die polnisch-katholische Geistlichkeit insgeheim schon Propaganda für den Wiederaufbau des polnischen Staates um das deutsche Reich treibt und sogar zu aktiven Maßnahmen auffordert. Die Meldung, der im einzelnen noch nachgegangen werden wird, hat folgenden Wortlaut:

"Die römisch-katholischen Geistlichen führen eine große Propagandearbeit zwecks Wiederaufbau des selbständigen polnischen Staates. Sie versuchen, die Bevölkerung an sich zu ziehen und planen, nach dem Abmarsch des deutschen Militärs Partisanengruppen zu bilden, um die besetzten Gebiete von den Feinden des Polentums, in diesem Falle von den Deutschen zu befreien. Die Anführer dieser Bewegung sind die röm.-kath. Priester der Kirchen in Oszimiana, Holszany, Gransyseki, Borumy, Senorgoie, Krewo, Draby, Soly, Zuwrany usw....."

Einen Beweis für das Vordringen von einer Schlüsselstellung in die andere und das Nachziehen und Verstärken der mit Polen besetzten Führungs- und Verwaltungsstellen liefert ein Beispiel aus Mir. Es läßt gleichzeitig erkennen, daß die Polen vereinzelt sogar Kräfte aus dem Generalgouvernement illegal nachziehen, um die Front gegen die Weißruthenen zu stärken:

Der derzeitige Bürgermeister in Mir ist der Pole Kossowski. Er soll während der Polenzeit Ossadnik in der Nähe von Gorodea gewesen sein. Während der Bolschewistenzeit war er Lehrer in Baranowize. Als die deutschen Truppen Baranowize in Besitz nahmen, trat er in die damalige Hilfspolizei ein, wurde aber nach kurzer Zeit wegen Unterschlagungen wieder aus dieser entfernt. K's Schwager, ein gewisser Englert, der sich bei der deutschen Ortskommandantur in Mir "unentbehrlich" gemacht hatte, holte K. nach Mir und brachte es über die Kommandantur von Stolpce fertig, daß K. Bürgermeister in Mir wurde. K. baute nach Einnahme des Bürgermeisters-Postens die polnische Stellung in Mir nach allen Seiten aus. Er holte sich dazu einen polnischen Emigranten aus Warschau (?), der wahrscheinlich illegal über die Grenze gekommen ist (wird noch nachgeprüft), als Stellvertreter des Bürgermeisters nach Mir. Es handelt sich um einen ausgesprochenen polnischen Patrioten und Chauvinisten, der während der polnischen Zeit Redner war und heftig gegen Deutschland agitierte. Als weiteren polnischen Vertrauensmann holte er sich einen gewissen Bernatschik, ebenfalls glühender Deutschenhasser,

115

und den polnischen Emigranten Iljinok, einen Lehrer, der z.Zt. in der Verwaltung der Stadt Mir keine besondere Stellung hat, sondern als "rechte Hand" fungiert. Auch I. ist polnischer Chauvinist. (Beweise - Aussprüche und Reden - für die deutschfeindliche Einstellung dieser genannten Personen liegen bei dem weißruthenischen Bürgermeister von Stolpce, Awdej, der als Zeuge zur Verfügung steht und das Material gesammelt hat.) In Nieswicz und Iveniez, den beiden Eckpunkten der polnischen Front sind die Verhältnisse ähnlich.

Das Bestreben der Polen geht bei ihren Verwaltungsaufgaben natürlich auch danach, den Ordnungsdienst in die Hände zu bekommen. Eine Aufstellung über die Stärke der Ordnungsdienste, die der Feldkommandantur Minsk unterstellt sind, zeigt, daß die polnischen Gebiete erheblich höhere Zahlen aufweisen als das altrussische Gebiet. Die Gründe dafür dürften nicht nur in dem größeren Mangel an geschultem Menschenmaterial im altrussischen Gebiet liegen, sondern auch in dem Bestreben der großpolnischen Kreise, sich evtl. mit Hilfe starker Ordnungsdienste legale Widerstandskreise zu schaffen. Wie die Polen z.Zt. vorgehen, um die Ordnungsdienste führungsmäßig in die Hand zu bekommen, und mit Polen zu durchsetzen, zeigen folgende Beispiele:

In Rubiezewicze (bei Iveniez) war auf Vorschlag des Leiters des weißruthenischen Komitees Dr. Schtschors ein Weißruthene als Leiter des Ordnungsdienstes eingesetzt. Nach Abzug der deutschen Einheit setzte der polnische Bürgermeister von Iveniez diesem Weißruthenen noch einen polnischen Ordnungsdienstleiter zur Seite. In Baranowize ist es dem Ordnungsdienstleiter, einem Polen, gelungen, den Bürgermeister, dem der Ordnungsdienst als gemeindliche Einrichtung untersteht, vollkommen auszuschalten. Er "macht nunmehr die Gegend bis Slonim unsicher mit Methoden eines wilden Polizeipräsidenten". In Slonim, Kruscheni und weiteren Orten ist der polnische Anteil des Ordnungsdienstes verstärkt worden.

Neben polnischen Geistlichen, polnischen Gemeindefleitern und ihren Helfern und dem Ordnungsdienst sind es aber auch die zurückkehrenden polnischen Gutsbesitzer, die die weißbruthenische Bevölkerung beunruhigen und in den Hintergrund drängen, zumal diese oftmals mit deutscher Unterstützung vorzugehen in der Lage sind.

Die polnische Grundbesitzerfrage kann nicht mehr als Einzelfall (Verhaftung, Abschiebung) erledigt, sondern muß grundsätzlich geregelt werden. Denn es scheint, daß teilweise eine Überschwemmung der ostpolnischen Gebiete stattgefunden hat und weiter stattfindet, was nur durch eine zentrale Anordnung und durchgreifende Verfolgung eingedämmt bzw. rückgängig gemacht werden kann.

Auf die weißbruthenischen Führungskreise wirkt die aufgezeigte Entwicklung entmutigend. Wenn sie auf die polnische Frage zu sprechen kommen, hört man immer den leisen Vorwurf heraus, daß man dies alles unter dem Deutschen nicht erwartet hatte. Die Polen würden beinahe weicher angefaßt als sie und man habe das Gegenteil, wie etwa im Generalgouvernement erhofft. Z.Zt. könne man sagen, daß die Polen fast ungehindert arbeiten können. Priester, Vertrauensleute, Gutsbesitzer und Agenten reisen im Lande umher, wie es ihnen gefällt. "Warschau schickt seine Aktivisten und Agenten legal über die Grenze," äußerte der weißbruthenische Bürgermeister von Witebsk, "mit Ausweisen, die deutsche Stempel tragen, die aber sicher oft von Polen ausgefüllt sind, die jenseits der Gouvernementsgrenze in deutschen Behörden sitzen. Wenn sie, -die Polen- dann einmal da sind, kommen sie schnell weiter. Wenn aber einmal in dieser polnischen Wirtschaft fest durchgegriffen wird, ist Ruhe. Das

beweist ein Fall aus Nowogrodek. Dort hatten die Polen den weißruthenischen Bürgermeister als Kommunisten "angeklagt". Er wurde verhaftet; die Untersuchung ergab aber: Verleumdung. Darauf wurde der polnische Intrigant erschossen, worauf Ruhe war. In den jungen aktivistischen weißruthenischen Kreisen sagt man zu dieser Entwicklung: "Diese Partisanen - die polnischen Chauvinisten und die polnischen Geistlichen - sind viel gefährlicher als die Partisanen, auf die die deutsche Wehrmacht Jagd macht. Denn sie kommen und arbeiten mit deutschen Ausweisen, worin steht, daß ihnen "Schutz und Hilfe zu gewähren" ist und sie deckt der Mantel der christlichen Nächstenliebe. Alle, der polnische Verwaltungsfachmann, die polnischen katholischen Priester und der zurückgekehrte polnische Grundbesitzer hätten aber dieselbe Haltung und Ausrichtung: sie seien antideutsch und großpolnisch.

Erfahrungen über die Arbeitsweise
der Partisanen und ihre Bekämpfung.

Da die Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei inzwischen eine Anzahl von Befehlen offizieller sowjetischer Stellen über Organisation, Auftrag und Taktik der Partisanen kennengelernt hat und verschiedentlich mit eigenen Kräften gegen derartige Partisanen angesetzt worden ist, ergibt sich nunmehr folgendes Bild über die von roter Seite beabsichtigte Wirkung des Partisaneneinsatzes und die Zweckmäßigkeit der Methoden ihrer Bekämpfung.

I. Arbeitsweise der Partisanen.

Die Erfahrungen aus der Bekämpfung^{ung} der Partisanen zeigen immer wieder, daß sowohl der organisatorische Aufbau als auch ihr Einsatz noch nicht die Form und das Maß erreicht haben, wie es die

offiziellen bolschewistischen Stellen in ihren Plannungen vorgesehen haben.

Trotzdem hat sich aber die Tätigkeit der Partisanen im rückw. Heeres- und Armeegebiet zu einem Unsicherheitsfaktor entwickelt, dem mit allen Mitteln energisch entgegengetreten werden muss, nicht allein deshalb, weil Überfälle auf deutsche Soldaten und Einzelfahrzeuge stattgefunden haben, sondern weil in der russischen Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, keine Beruhigung eintreten kann, so lange diese Terror- und Partisanengruppen noch rührig sind. Die fortlaufenden Überfälle auf die in der Nähe ihres Standortes liegenden Dörfer und ihre Ausplünderung haben zur Folge, daß die Bevölkerung weiter unter Druck der Roten gehalten wird, kein rechtes Vertrauen zu der deutschen Hilfe und Befreiung von den Bolschewisten faßt, und daß somit eine nervöse Spannung hinter unseren Linien erzeugt werden kann. Daneben soll dann die Tätigkeit der Partisanen, die sich in manchen russischen Kriegen erprobt und bewährt hat, auch in diesem Feldzug im Rücken der kämpfenden Truppe die Pläne der deutschen Truppenführung durchkreuzen, stören und damit die bolschewistische Armee entlasten.

Zunächst waren es hauptsächlich die sogenannten Zerstörungsdivisionen, die nach Besetzung des von ihnen zerstörten Gebietes durch deutsche Truppen das Rückgrat der Partisanenbewegung bilden sollten. Sie setzten sich aus Parteimitgliedern und aktiven Bolschewisten zusammen, die nicht zum Militärdienst eingezogen waren. Diese Truppe versagten aber im allgemeinen und liefen bald auseinander. Neue Werbungen hatten nur geringen Erfolg. Eine entscheidende Auffrischung erhielten die Partisanen erst mit der sich immer mehr steigenden Zahl versprengter roter Truppen, die sich

diesen Gruppen anschlossen. Damit steigerte sich dann ganz natürlich auch ihre Aktivität, die selbstverständlich zu kühnen und erfolgreichen Einzelunternehmungen führen muss. Während also in den meisten Fällen politische Funktionäre die Partisanenabteilungen befehligten, so wurde mit dem Hinzutreten bolschewistischer Soldaten das militärische Element ausschlaggebend; d.h. der Offizier übernahm die Führung und steigerte damit die Wirkung des Einsatzes. Ob sich diese Truppen nun Zerstörungsdivisionen und Bataillone, oder Diversionstruppen oder Partisanen nennen, ist unseres Ermessens unerheblich. Ihre Aufträge sind kaum von einander abweichend und erfordern somit auch die gleichen Bekämpfungsmethoden.

Das von den Partisanen bevorzugte Betätigungsgebiet beginnt hinter der Front dort, wo der leere Raum zwischen der kämpfenden Truppe und den rückwärtigen höheren Befehlsstellen entsteht und auch wieder hinter diesen. Nach unseren Nachrichten scheint die allgemeine Stoßrichtung der Partisanen mit dem Vorrücken der Front auch wieder in Richtung Front zu erfolgen. Ihre Standquartiere haben sie meistens in der Nähe von Hauptstraßen in den großen Wäldern. Von hier aus setzen ihre Kundschafter und Störungstrupps an. Bevorzugt werden größere Wälder, in denen einzelne Forsthäuser stehen, die als Nachtquartier und Kommandostellen verwendet werden. Wo der derartige Gebäude fehlen, treten die Partisanen des Nachts auch in die Dörfer und nächtigen in dort leer stehenden Scheunen oder Wohnhäusern. Überfälle erfolgen meist des Nachts oder in der Dämmerung. Tagsüber halten sich die Führungsstellen verborgen und schicken Kundschafter aus. Oft genug lassen sie die Partisanen sich tarnen und als Landerbeiter auf den Feldern

arbeiten. Die Wälder, in denen sich die Partisanen aufhalten, werden durch Posten gesichert, so daß jedes Eindringen Unberufener beobachtet und verhindert werden kann.

Angriffe auf deutsche Soldaten oder Fahrzeuge erfolgten bisher nach unseren Meldungen meist dann, wenn nur wenige Mann oder einzelne Fahrzeuge in die Nähe der Partisanen gekommen waren. Angriffe auf größere Formationen sind uns bisher nicht bekannt geworden. Dagegen scheinen sie neuerdings Brücken und Eisenbahnen anzugreifen oder zerstören zu wollen (Polozk). Soweit sie der Sicherheitspolizei gegenüber getreten sind, waren die Partisanen in der Regel mit automatischen Gewehren, leichten und schweren Maschinengewehren bewaffnet. Auch Handgranaten, Minen und sonstige Sprengmittel scheinen sie zu verwenden. Aus einzelnen Meldungen an uns geht aber auch hervor, daß sie mitunter schwerere Waffen, sogar Artillerie, mitführen. Die Munition- und Sprengmittelergänzung erfolgt z.T. durch Abwurf von russischen Flugzeugen mittels Fallschirmen. (Fallschirme wurden z.B. vom EK 9 gefunden).

In der letzten Zeit wurden, wie wir aus einer Vernehmung wissen, zur Intensivierung der Partisanentätigkeit von roter Seite kleinere Trupps mit Funkgeräten durch die Front geschickt, die ausser ihrem Störungsauftrag auch Ausspähungen über Truppenbewegungen, Lagerplätze von Sprengstoff, Munition und Brennstoff usw. durchzuführen haben. Ferner wurden Partisanen aus Flugzeugen mittels Fallschirmen hinter unseren Linien abgesetzt. Alle diese Gruppen sollen sich nach uns zugewandenen V.-Mann-Nachrichten z.Zt. vereinigen. Damit würden sie eine immer größer werdende Gefahr darstellen.

Über die Stärke der Partisanenabteilungen haben wir Sicheres nicht in Erfahrung bringen können. Wir haben jedenfalls bei der Bekämpfung meist nur kleinere Trupps angetroffen. Nach Mitteilungen aus der Bevölkerung sollen sich in der jüngsten Zeit Einheiten bis zur Stärke von 100 - 1000 Mann gebildet haben, und nach verschiedenen von einander unabhängigen Meldungen aus dem Raum ostwärts begrenzt durch die Straße Smolensk-Demidow, südlich begrenzt durch die Autobahn, westlich durch die Straße Smolensk-Witebsk und nördlich durch die Straße Rudnja-Demidow, sollen insgesamt 4 300 Partisanen in dieser Gegend vorhanden sein. Nun muß nach bisherigen Erfahrungen aber betont werden, daß die Bevölkerung Zahlenangaben stark übertreibt, und deshalb auch obige Zahl sicher nicht den wirklichen Verhältnissen entspricht. Die Gefahr der sich immer mehr vergrößernden Partisanenabteilungen ist aber unverkennbar und erfordert daher einensofortigen nicht nur polizeilichen, sondern militärischen Einsatz.

II. Methoden der Bekämpfung nach den Erfahrungen der Sicherheitspolizei.

Zweck der Bekämpfung muß nach unserer Auffassung der Grundsatz sein: Die Partisanen sind nicht zu vertreiben, sondern restlos zu vernichten. Entscheidend ist also, daß durch eine Umstellung des zu durchkämmenden Gebietes jede Ausweich- und Fluchtmöglichkeit verhindert wird. Auf alle Fälle sind die Führungsstellen (Offiziere, Kommissare) zu erledigen. Ohne diese werden infolge der Mentalität des einfachen und primitiven russischen Menschen die Gruppen, wie sich gezeigt hat, allmählich zerfallen, besonders wenn man auch noch

mit Flugblättern aus Erkundungsflugzeugen (s.w. unten) arbeitet.

Voraussetzung dieser taktischen Maßnahme ist aber eine genaue Erkundung. Diese Erkundung kann nicht durch Uniformierte, sondern vielmehr am zweckmäßigsten durch V.-Leute aus der russischen Bevölkerung durchgeführt werden. Sie muss sich auf die genaue Ermittlung des Aufenthaltes der Führer, der Stellungen der Partisanen und ihrer Posten, ihrer Stärke, ihre Bewaffnung und des Geländes erstrecken unter besonderer Berücksichtigung günstiger Anmarschwege. Gerade in einem unübersichtlichen Wald- und Sumpfgelände ist die genaue Geländeerkundung sogar erste Voraussetzung für einen Erfolg. Auch hat sich als praktisch erwiesen, mutwillige Ortseinwohner zur Führung im Gelände zu benutzen. Durch die Tatsache aber, daß die Sicherheitspolizei wegen ihrer wenigen Kräfte ihre Erkundungen nur selten intensiv genug gestalten konnte, weil einmal der Einsatz infolge der Dringlichkeit der Meldung drängte und zum anderen geeignete V.-Leute in kurzer Zeit nicht gewonnen und angesetzt werden konnten, ist es den Partisanen häufig gelungen, sich rechtzeitig zurückzuziehen.

Um diese auch in Zukunft bestehende Schwierigkeit zu überwinden, erscheint der Einsatz des langsam fliegenden Fieseler-Storch, ausgerüstet mit Funksprechgerät, sehr zweckmäßig. Gerade in einem unübersichtlichen mit dichtem Unterholz durchsetzten Waldgelände kann nur von oben ein genauer Überblick gewonnen werden. Das Flugzeug fliegt zum Bereitstellungsraum

und erhält dort den Auftrag, das Gebiet oder den Wald, in dem der Gegner gemeldet ist, nach Wegen, Häusern und Hütten zu erkunden. Mit dem Funksprechgerät kann der Flieger seine Beobachtungen sofort nach unten übermitteln. Bei mehrmaligem Einsatz unseres Fieseler-Storch hat sich, neben seiner wirklich hervorragenden Bedeutung für den Erfolg, herausgestellt, daß er noch nie von den Partisanen beschossen wurde, obwohl er sehr niedrig flog und die Partisanen mit ausreichenden Waffen versehen waren. Die Ursache hierfür ist wohl in der Tatsache zu suchen, daß die Partisanen bestrebt sind, ihr Vorhandensein und ihre Lagerplätze nicht zu verraten. Sobald nun die Truppe in walddreichen Gebieten auf den Gegner stößt, -dabei wird nach unserer Auffassung auch der Kavallerie eine große Bedeutung zukommen-, kann das Flugzeug auch bei der Verfolgung wertvolle Dienste leisten, indem es die ungefähre Anzahl der Fliehenden sowie die Fluchtrichtung anzugeben vermag. Damit hat der Einsatzführer die Möglichkeit, sofort weitere Entschlüsse zu fassen. Bei Beobachtung ohne Flugzeuge weiß er nie, wie stark der Gegner ist, und wie weit er sich zurückgezogen hat.

Gleichfalls bewährt hat sich auch der Einsatz von Spür- und Stöberhunden, wie sie die deutsche Kriminalpolizei verwendet.

Diese Maßnahmen -V-Mann, Flugzeug, Stöberhund und auch Flugblätter- haben sich als unbedingt erforderlich und zweckmäßig erwiesen, weil der Kampf im unübersichtlichen Wald- und

Sumpfgelände die größten Schwierigkeiten für den Angreifer bietet. Denn wenn der Einsatzführer nicht weiß, was sich nach zehn Schritten ereignen wird und somit keine den zukünftigen Ereignissen angepaßten Befehle erteilen kann, ist die Durchführung der Aufgabe, den Gegner zu vernichten, sehr in Frage gestellt.

Als Angriffswaffen haben sich l.MG., MP., Gewehre und Handgranaten bestens bewährt. Zur Sicherung eines übersichtlichen Geländestreifens oder bei den Umzingelungsketten an Straßen ist auch das s.MG. angebracht.

Es ist die Frage, ob es zweckmäßiger ist, kleinere Waldgebiete und Ortschaften zu durchkämmen oder in einem Großeinsatz ein ganzes Gebiet zu säubern. Nach unserer Auffassung ist dem Großeinsatz der Vorzug zu geben. Denn bei dem ständigen Standortwechsel der Partisanen ist es häufig vorgekommen, daß sie bereits die alten Plätze verlassen hatten, als der Einsatz erfolgte. Bei Durchkämmung größerer Räume hat dieses Wechseln weniger Bedeutung. Selbst wenn nämlich die Partisanen nicht an dem gemeldeten Platz angetroffen werden, wird man bei einem Großeinsatz an anderer in der Nähe gelegener Stelle auf sie stoßen.

Von besonderer Bedeutung erscheinen mir die Erfahrungen, die wir hinsichtlich der Personenfeststellungen und Personenüberprüfungen gemacht haben. Grundsatz muss sein, jede Person, die ausserhalb einer Ortschaft angetroffen wird, ist zu überprüfen. Evtl. sind für diesen Zweck gewisse Sammelstellen einzurichten. Verdächtig sind alle Personen, die mit kurzgeschorenen Haaren

herumlaufen und nicht im Besitze eines Personalausweises sind. Den bolschewistischen Soldaten werden nämlich bei ihrer Einberufung die Pässe abgenommen und die Haare kurz geschoren. Einspännerwagen sind zu durchsuchen, denn wiederholt wurden Waffen und Handgranaten unter Heu und Stroh versteckt aufgefunden.

Ortschaften müssen umstellt werden. Durch einen V-Mann wird der Bürgermeister aufgefordert, alle männlichen Anwesenden vor dem Dorf zu versammeln und dann diejenigen zu bezeichnen, die nicht ortsansässig sind. Auch sämtliche Waffen sind abzuliefern. Es muss angedroht und gegebenenfalls auch durchgeführt werden, daß das Dorf angezündet und der Bürgermeister erschossen wird, wenn bei der Durchsuchung versteckte Waffen oder Männer gefunden oder nicht ortsansässige Personen als Ortsbewohner bezeichnet werden. Nach dieser Überprüfung ist eine Durchsuchung sämtlicher Wohnungen erforderlich. Bei Schwierigkeiten seitens der Bevölkerung sind rücksichtslos Kollektivmaßnahmen durchzuführen.

Häufig wird man auch auf angeblich ehemalige Strafgefangene treffen. Es ist sicherlich richtig, daß die bolschewistischen Gerichte bei geringfügigen Delikten, wie Arbeitsversäumnis oder Verfehlung hohe Strafen festgesetzt haben; trotzdem muß man aber diesen Angaben sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß die Bolschewiken den Partisanen, die sie durch die Front schickten, Entlassungsscheine aus Gefängnissen mitgaben, um damit deren Besitzer den deutschen Soldaten als ungefährlich

ja sogar als Bolschewistengegner erscheinen zu lassen. Hier werden gute V-Leute bzw. geschickte Dolmetscher von großem Nutzen sein.

Der Zeitpunkt spielt für eine Aktion über einen großen Raum keine Rolle, wohl aber bei kleineren Aktionen gegen Dörfer und kleinere Wälder. Hier muß die Bereitstellung, d.h. die Umstellung des Gebietes am zweckmäßigsten bei Dunkelheit erfolgen, um beim anbrechenden Morgen sofort die Durchkämmung zu beginnen.

Da sich aus bisherigen Erfahrungen die Durchkämmung auf großem Raum als die zweckmäßigste herausgestellt hat, ist auch die mit der Säuberung beauftragte Truppe in entsprechender Stärke einzusetzen. Nachhaltigen Erfolg können nur größere Einheiten haben. Zur Säuberung eines Gebietes, wie das vorher genannte Dreieck Smolensk-Domidow-Rudnja ist wohl mindestens eine Division einzusetzen. Angenommen, die Durchkämmung soll vom Westen her beginnen, so sind zur Abriegelung jeglicher Fluchtmöglichkeiten die nördlichen, östlichen und südlichen Gebietsgrenzen mit starken, am zweckmäßigsten mit l.MG. oder s.MG. ausgerüsteten Sperrposten zu versehen. In diesem als Beispiel gewählten Gebiet würde allein für diesen Zweck wohl ein Regiment zum Einsatz kommen müssen, und 3 bis 4 Regimenter hätten die Durchkämmung des in Einzelabschnitte eingeteilten Gebietes vorzunehmen. Hier auch an der Front unmittelbar am Feinde jeder Soldat benötigt werden, die Sicherung des mit Blut erkämpften Geländes, die Sicherung des Nachschubs, die Säuberung von Terror-

und Sabotagegruppen des Gegners und damit die Befriedung des rückwärtigen Gebietes und seiner Bevölkerung sind ebenfalls von höchster Bedeutung und rechtfertigen u.E. die Abstellung stärkerer Truppenverbände für diesen Zweck, denn die Partisanenabteilungen sind nur dann auszu-rotten, wenn mit der ausreichenden Stärke und der erforderlichen Schärfe gegen sie vorgegangen wird.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w.

Vorkommando IV -A seit 19.9. unmittelbar mit kämpfender Truppe in Kiew. Gruppenstab ist am 24.9. nachgezogen. Als Sitz des Gruppenstabes Dienstgebäude NKWD, Strasse des 24. Oktober vorgesehen und sichergestellt. Gebäude heute früh geräumt und Notquartier im ehemaligen zaristischen Schloss genommen. Stadt beim Einzug der Truppen kaum zerstört. In Hauptstrasse zahlreiche Barrikaden und Hindernisse für Panzer angewandt. Auch sonst intensivste Verteidigungsanlagen innerhalb der Stadt. Am 20.9. Zitadelle in die Luft geflogen, hierbei Artillerie-Kommandeur und Stab Tod gefunden. Am 24.9. schwere Explosionen in den Räumen der Feldkommandantur, hierbei zum Ausbruch gekommenes Feuer noch nicht gelöscht. Feuer mitten im Zentrum. Wertvollste Gebäude zerstört. Bekämpfung bisher nahezu wirkungslos. Nunmehr Sprengungen zur Eindämmung. Feuer in nächster Nähe der Dienststelle. Aus diesem Grunde zwangsweise geräumt. Durch Sprengungen erhebliche Schäden im und am Gebäude. Detonationen dauern noch an. Auch Ausbruch von Bränden. Bisher 670 Minen in Gebäuden vorgefunden. Nach einem vorgefundenen Minenplan sämtliche öffentliche Gebäude und Plätze unterminiert, darunter auch angeblich Gebäude der zukünftigen Dienststelle. Gebäude intensivst durchsucht. Hierbei 60 Molotow-Flaschen Sprengmittel gefunden und beseitigt. Im Lenin-Museum 70 Zentner Dynamit, deren

- 24 -

Explosion durch Rundfunk ausgelöst werden sollte. Wiederholt beobachtet, daß im Augenblick der Übernahme von Gebäuden Brände ausgebrochen. Nachgewiesenermaßen Juden an den Brandstiftungen maßgeblich beteiligt. Angeblich 150 000 Juden vorhanden. Überprüfung dieser Angaben noch nicht möglich. Bei erster Aktion 1 600 Festnahmen, Maßnahmen eingeleitet zur Erfassung des gesamten Judentums, Exekution von mindestens 50 000 Juden vorgesehen. Wehrmacht begrüßt Maßnahmen und erbittet radikales Vorgehen. Stadtkommandant öffentliche Hinrichtung von 20 Juden befürwortet. Größere Anzahl NKWD-Beamten, Polit.Kommissare, Partisanenführer und Partisanen festgenommen. Nach glaubwürdigen Informationen Zerstörungsbataillon der NKWD, sowie große Anzahl von NKWD-Männern in Kiew. Heute früh feindliche Anschläge erfaßt. Fühlung mit Wehrmacht und Behörden aufgenommen. Bei Einsetzung der Stadtverwaltung maßgeblich mitgewirkt. V-Männer eingebaut. Vorkommando des Höheren 44- u. Pol.-Führers eingetroffen. Ausführliche Berichte folgen.

Von der Einsatzgruppe D liegen keine Meldungen vor.

-424-

III. Militärische Ereignisse:

Heeresgruppe Süd:

Odessa:

Säuberung der Gegend nordöstw. Dufinka vom Feind. Die Front vor Odessa verlief am 27.9. abends: Westrand und Nordspitze Alexandrowka - Westrand Dalnik - Kubanka - 3 km nordöstw. Dufinka.

Nördl. der Krim:

Die Säuberung der Halbinsel südl. Otschakow steht vor ihrem Abschluss.

Auf der Landenge von Perekop ist der Durchbruch durch die 2. Feindstellung gelungen. Teile drangen in den Festteil von Armjansk. Perekop wurde genommen.

Dnjepropetrowsk - Krasnograd:

Im Angriff über den Orel nach SO wurden Tschaplinka und Kramarka durch Pz-Truppen genommen.

Front vor Charkow:

Der Angriff zwischen Krasnograd und Poltawa gewann gegen zähen Feindwiderstand überall Boden.

Das Höhengelände 5 km ostw. Maximowka wurde genommen.

Heeresgruppe Mitte:

Mirgorod-Poter:

Bei Chemutez und ostw. Kamyschnja wurden Brückenköpfe über den Schorol gebildet. Der Brückenkopf Lipowaja Dolina wurde erweitert. Nördl. anschließend sichern Teile in der Linie ostw. Kamlitschka-Olschana - westl. Terhy.

Ostw. Gramjatsch wurde durch Fev. ein Brückenkopf über den Gules gebildet.

Heerengruppe Nord:

Am Lozno-See gewann eigener Angriff nach 50 Boden.

Nordwestl. Lipki wurde ein Landungsversuch abgewiesen. Wörtl. Schlißelburg feindl. Schiffsansammlungen.

Front vor Leningrad:

Gegner griff den ganzen Tag mit Schwerpunkt Peterhof an. Ein örtlicher Einbruch im Gegenangriff b. reinigt.

Baltische Inseln:

Auf Ösel wurden mehrere feindl. Gegenangriffe am Nordrand der Halbinsel Saare abgewiesen.

Finnland:

Karolische Armee: Auf der Straße Podporoshje - Oshta südl. des Swir wurde bis Kemerowitschi vorgestoßen. Im Angriff auf der Onega-Uferstraße wurde die Gegend 10 km südl. Petrowolsk erreicht.

Balkan:

Serbien:

Neue Bandenansammlungen um Krusowac und nach unbestätigten Meldungen auch an Kotarakt-strecke. Bei Krusivac verlor der Feind 60 Tote. Eigene Verluste hier 23 Tote, dabei Batl.-Kleiner und 2 Offiziere und 9 Verwundete. Feuergefecht zwischen serbischer Gendarmerie und Banden 30 km südostw. Obrenovac, 15 Banditen tot, 10 verwundet. Bei Schi-Serbien bei Sbac und Mitrovica bisher 21 Banditen getötet. Eigene Verluste: 1 Soldat tot und 3 verwundet.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 29. Sept. 1941.

- IV A 1 - B.Nr. 1/B 41 - gRs -

48 Ausfertigungen

36 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 98 .

I. Politische Übersicht:

a) Im Reich.

Keine besonderen Ereignisse.

b) Besetzte Gebiete:

U n t e r s t e i e r m a r k .

Am 17.9.1941 nachmittags wurde eine Abteilung des Gebirgsjägerregiments 138, die das Alpenvereinshaus am Klappenhaus besetzt hielten, von einer 60- bis 100-köpfigen Bande angegriffen und nach längerem Feuergefecht, bei dem ein Gebirgsjäger erschossen und der Führer sowie 3 weitere Gebirgsjäger verwundet wurden, zum Rückzug gezwungen. Einige Mitglieder der Bande sollen getötet und verwundet worden sein. Die Banditen steckten dann das Alpenvereinshaus in Brand und zogen sich unter Mitnahme ihrer Toten und Verwundeten unerkannt in das Bacherngebirge zurück.

Am 19.9.1941 wurde auf die Gleisanlagen der Strecke Cill-Unterdrauburg nach der Ortschaft Skorne ein Sprengstoffanschlag verübt. Täter sind mehrere Kommunisten. Bei Streifen im Gebiet bei St. Martin stiessen Polizeibeamte auf die Bande und stellten sie in ihrem Lager. Hierbei kam es zu einem Feuergefecht, in dessen

-427-

45

Verlauf ein Polizeiwachtmeister durch einen Brustschuss verletzt und ein Kommunist erschossen wurde. Die anderen Kommunisten konnten flüchten. Bei dem erschossenen Kommunisten wurde ein Militärgewehr, eine Eierhandgranate, 1 kg. Sprengstoff und Proviant vorgefunden.

L u x e m b u r g .

Das Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD in Luxemburg meldet:

Vor einigen Tagen wurde auf den Zellenleiter der Volksdeutschen Bewegung in Bettemburg ein Sprengstoffanschlag verübt. Der Täter wurde ermittelt und festgenommen. Er hat eingestanden, das Attentat aus politischen Motiven und zwar aus Hass gegen die Volksdeutsche Bewegung, die den Anschlussgedanken vertritt, verübt zu haben. Er ist seit Anfang 1941 selbst Mitglied der VdB. Er bestreitet, das Verbrechen auf Weisung begangen zu haben. Bisher wurden 23 Personen, die von dem Verbrechen Kenntnis hatten, festgenommen.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Meldungen der Einsatzgruppen A und B liegen nicht vor.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Bandera-Leute verteilen in Kiew mehrere Flugblätter. Darunter eins, das Mord von Shitomir rechtfertigt. Angeblich sollen Rawlik und Staruch anwesend sein. Fahndungen infolge Brandkatastrophe unmöglich.

Meldungen der Einsatzgruppe D liegen nicht vor.

III. Militärische Ereignisse.

Heeresgruppe Süd:

Feind:

Der Feind machte am 27.9. überall zahlreiche Gegenstösse und örtliche Angriffe.

An der Ostfront nördl. der Krim gelangen ihm Einbrüche bei Akimowka, bei Mal. Bjebserka und bei Balki, die durch die rum. Truppen nicht verhindert werden konnten.

Eigene Truppen:

Odessa:

An der Nordostfront Fortsetzung der Säuberung der Gegend nordwest. Dufinka.

Nördl. der Krim:

Auf der gesamten Ostfront ist der Russe zum Angriff übergegangen.

Auf dem Nordflügel werden Einbrüche der Russen durch Einsatz von Reserven abgefragelt, ebenso wurden Angriffe auf der Halbinsel südl. Wassiljewka abgewiesen.

Dnjepropetrowsk - Krasnograd:

Lage im Brückenkopf Dnjepropetrowsk unverändert.

Im Angriff gegen schwächeren Widerstand wurde in Nowomoskowsk eingedrungen.

Weiter nördl. wurde die Samara überschritten.

Südostw. Otscheretowatoje wurde stärkerer Feindwiderstand mit Art. gebrochen. Teile sind von hier im Vorgehen in Richtung Nowomoskowsk.

Front vor Charkow.

Stärkerer Feind um Skalonowka. Das Westufer der Berestowaja wurde gesäubert.

Im Angriff nach NO. wurde gegen Feindwiderstand die Linie Tischnikowka - 9 km westl. Krestischtsche - Beluschowka und 3 km nördl. davon erreicht.

Weitere Teile erreichten die Linie 7 km südöstw. Fedoroska - Tschutowo.

Heeresgruppe Mitte:

Mirgorod - Bahn Gomel - Brjansk:

Eine Div. hat in hartem Kampfe Gadjatsch genommen.

Brückenköpfe über den Gunn gebildet.

Eine weitere Div. nahm Tschernischewka und befindet sich im Angriff westl. Kapustinzy.

9 km. südostw. Olschana wurden feindl. Kav.Abtellungen vernichtet.

Feindliche Angriffe auf Woroshba, ebenso auf Wowna und südostw. davon wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Nord:

Feind:

Weiterhin starker Feinddruck gegen die Nordostfront südostw. des Ilmensses.

Die angespannte Ernährungslage in Leningrad geht aus folgenden Sätzen hervor: (Beutebefehl)

Brottagessatz für Rotarmisten	400 gr,
" " Arbeiter	200 "
" " Nichtarbeitende	100 "

ausserdem je Kopf und Tag:

10 gr. Zucker, 10 gr. Butter, 10 gr. Linsen.

Eigene Truppen:

Ostfront:

Auf ganzer Front mehrere Feindangriffe abgewiesen.

Ein Landungsversuch in Schlüsselburg wurde abgewiesen.

Front vor Leningrad:

Feindangriffe aus dem Brückenkopf ostw. Dubrowka nach Südosten wurden abgewiesen.

Finnland:

Lage am Swir unverändert.

Im konzentrischen Angriff auf Petrosawodsk gewann an die Div. gegen zähen Widerstand und heftige Gegenangriffe des Feindes langsam Boden.

Balkan.

Serbien:

Erfolgreiche Gefechte zwischen serb. Gendarmerie
und Aufständischen. 40 Banditen tot, 14 gefangen.

Bei Valjewo wurden 49 Aufständische erschossen.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

B I b - 99 - 137
Berlin, den 30. Sept. 1941.

- IV A 1 - B.Nr.1/B 41 - gRs -

48 Ausfertigungen.

36. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR. Nr. 99 .
=====

I. Politische Übersicht.

a) Besetzte Gebiete:

G e n e r a l g o u v e r n e m e n t .

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. -
Krakau - meldet:

Allgemeine Stimmung: Ukrainer:

Aktion gegen Banderagruppe wird unter älterer Generation im allgemeinen günstig aufgenommen. Überblick über allgemeines Stimmungsbild noch nicht möglich, da Grossteil der Bevölkerung Ziel der Aktion noch nicht bekannt. Besorgnis, dass Banderagruppe unüberlegte Schritte unternimmt. Ferner Interesse, ob Bandera mit nächsten Mitarbeitern festgesetzt. Unter Mitgliedern der Banderagruppe im allgemeinen Bestürzung und zur Zeit Kopflosigkeit.

Unter Polen hat Aktion Hoffnungen ausgelöst, dass Verschärfung des deutsch-ukrainischen Verhältnisses eintreten wird.

Über Ostfront weiter wilde Gerüchte im Umlauf. Angebliche Abkühlung des deutsch-japanischen Verhältnisses.

Volksgruppen:

Ukrainer: Nach wie vor Bemühungen um Genehmigung der "Ukrainischen Volksgemeinschaft". Auf kulturellem Gebiet das Ziel: Kulturelle Autonomie mit Ausnahme des Schulwesens. Im Vordergrund jedoch die Frage der ukrainischen Jugendorganisationen. Z.Zt. bestehen neben "Sicz", die als Zweigorganisation der Bandera-Gruppe gilt, eine grössere Anzahl kleiner Vereine. Ausserdem etwa 150 Sportvereine, die im allgemeinen parteilich nicht gebunden sind.

Distriktskomitee hat Ausschuss gebildet, der alle Vereine für eine neue Organisation gewinnen soll. Ziel nicht Dachorganisation, sondern einheitlicher Verband mit straffer Leitung nach Vorbild der deutschen Formationen. Untergliederungen: 8 - 13 Jahre - Nowiki (Pimpfe), 13 - 18 Jahre - Plast (Pfadfinder) und 19 - 25 Jahre. Dritte Gruppe soll gleichzeitig Ausbildung der Instruktoren für die ersten beiden durchführen.

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Galizien - Lemberg - meldet:

Allgemeine Stimmung der Ukrainer:

Im Mittelpunkt der Erörterungen steht ein in "Lwiwskie Wisti" vom 24.9.41 veröffentlichter Bericht über eine Rede des Gouverneurs Dr. Lasch. Besondere Beachtung findet dabei nachstehender Abschnitt: "Die Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement war eine Notwendigkeit rein administrativ-wirtschaftlicher Natur, und zwar um die 2-jährige Erfahrung in der Verwaltung des Generalgouvernements auch auf dieses Gebiet zu übertragen. Die Deutschen haben keine Absicht, den Organismus des lebenden Volkes durch politische Grenzziehung zu teilen. Keiner versteht es besser als wir Deutsche, dass das Blut zum Blute gehört und keine Grenze kann dies trennen. Die ukrainische Frage wird sich bedeutendermassen

der Entscheidung nähern, sobald über der Hauptstadt der Ukraine die deutschen und ukrainischen Flaggen wehen."

Ausführungen werden als Ankündigung für die Schaffung eines selbständigen ukrainischen Staates ausgelegt. Galizien soll nach dem angeblich vom Gouverneur aufgestellten Grundsatz: "Die Deutschen hätten keine Absicht, den Organismus, das Leben des Volkes durch politische Grenzziehungen zu teilen." an die Ukrainer fallen. In diesem Zusammenhang Gerüchte, dass die die Ukrainer trennende Zbrucz-Grenze (alte Grenze zwischen Polen und Russland) demnächst fallen soll. Bericht sowie diesbezügliche Gerüchte haben Hoffnungen auf ukrainischen selbständigen Staat neu aufleben lassen. Erwartungen auf baldigen Führerentscheid über Kiew.

Massnahmen gegen Banderagruppe in den Hintergrund gerückt. Gründe der Aktion bereits bekanntgeworden und als Folge grössere Zurückhaltung der Bandera-Gruppe gegenüber. In abgelegenen Ortschaften erst durch Aktion bekannt geworden, dass Bandera-Gruppe eigenmächtig und nicht im Einvernehmen mit deutschen Behörden Regierung gebildet und Verwaltung aufgebaut. Bandera-Gruppe hat es vielerorts bisher verstanden, sich den Schein der Legalität zu geben.

Polen:

Auf den Dörfern macht sich prorussische Propaganda bemerkbar. Russland wird als ein Nationalstaat geschildert, der dem Polentum gegenüber eine positive Haltung einnimmt. Polnische Legion soll von den Russen allgemein bevorzugt werden und sich im Kampfe auszeichnen. Meldungen über deutsche Erfolge in der Ukraine werden im allgemeinen geglaubt. Budienny-Armee soll jedoch nicht eingeschlossen, sondern entkommen sein. Vielfach Auffassung, dass es sich nicht um eine russische Niederlage, sondern um

einen strategischen Rückzug handele. Erneut Vergleiche mit dem Feldzug Napoleons und Hoffnungen auf deutsche Niederlage im Winter.

Volksgruppen : Ukrainer :

Offizielle Leitung nach wie vor mit der Bildung der Kreiskomitees beschäftigt. Zur Zeit besonders die Frage der bereits zu polnischer Zeit bestandenen kulturellen Organisation "Proswita" aktuell. Leiter gleichzeitig Referent für kulturelle Betätigung beim Komitee. "Proswita" ersetzt damit die Volksbildungsvereine.

Lediglich in Lemberg Bestrebungen zur Verselbstständigung, was mit Rücksicht auf die Bemühungen der Bandera-Gruppe, in Proswita Leitung an sich zu reisen, abzulehnen ist. Komitees haben zwischen Sammelgemeinden und Kreisen Bezirks-Delegierte eingeschaltet. Da Verwaltung Bezirke abgeschafft hat, ist Anpassung der Komitees erforderlich, zumal durch Zwischenschaltung von Bezirksleitern Verbindung der Kreiskomitees zu Sammelgemeinden aufgelockert und Einfluss der Leitung geschwächt wird, was z.Zt. mit Rücksicht auf Aktivität der Bandera-Gruppe nicht erwünscht ist.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -Kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort: M e s h n o und R i g a .

I. Die Bevölkerung.

Durch die einschneidenden Massnahmen der Bolschewisten hat die Bevölkerung des estnisch besiedelten Territoriums schwere Einbussen erlitten. Es wird lange dauern, bis sich das estnische Volk von dem Aderlass erholen wird, der ihm durch Ermordungen, Verschickungen und Mobilisation zugefügt worden ist. Auch nur schätzungsweise kann zur Zeit die Zahl der Verluste in diesem Gebiet noch nicht angegeben werden. Ihren Umfang deuten folgende Einzelheiten an:

In Reval allein sind bis zum 15.d.M. über 20 000 Vermisste registriert worden, davon rund 16 000 Mobilisierte. Die Erfassungsaktion läuft noch und es ist eine wesentliche Erhöhung dieser Ziffern zu erwarten. Laut sichergestellten Akten der Eisenbahnverwaltung sind allein ^{bei} bis Mitte Juni durchgeführte Verschleppungsaktionen aus ganz Estland mit der Eisenbahn und 19 000 Personen abtransportiert worden. Dieser Verschleppungswelle sind noch einige weitere gefolgt.

Bei der Geburtenschwäche des estnischen Volkes und in Anbetracht des Umstandes, dass es sich bei den Mobilisierten, die etwa drei Viertel der Gesamtzahl der Vermissten ausmachen, um Männer im zeugungsfähigen Alter handelt, ist der Schlag, den die Esten gerade bevölkerungspolitisch gesehen erhalten haben, ein sehr schwerer und es muss für die Zukunft mit einem sehr starken Absinken der Volkskraft gerechnet werden. Besonders stark ist die leistungsmässig tragende Schicht des Volkes betroffen, da die sowjetischen Massnahmen sich bewusst in erster Linie gegen diese gerichtet haben.

II. Wirtschaft.

142

Trotzdem viele leitende Posten und Arbeitsplätze in der Wirtschaft völlig neu besetzt werden müssen und auch eine nur vorläufige Instandsetzung der zum grössten Teil zerstörten Betriebe immer wieder mit neuen Problemen ^{zu} kämpfen hat, steht dem ein ausgesprochenes Arbeits- und Aufbauwille der Bevölkerung gegenüber, der sich gerade bei der Einrichtung von Provisorien und vorläufigen Regelungen günstig auswirkt.

Das schnelle Funktionieren der eingesetzten deutschen Wirtschaftsstellen tritt hinzu und so lässt sich bereits im ganzen Lande eine Entwicklung feststellen, die als eine den militärischen und verwaltungsmässigen Gegebenheiten entsprechende Liquidation der Folgen der durch den Bolschewismus verursachten Katastrophe und allmähliche Anbahnung der Rückkehr zu erträglichen Lebensform bezeichnet werden kann.

Die Wiederherstellung der durch die Tätigkeit eigens organisierter bolschewistischer Zerstörungskommandos hart betroffenen Industrie stösst nicht nur auf das Problem des Wiederaufbaues vernichteter Betriebe, sondern auch auf die Notwendigkeit der Herbeschaffung des Ersatzes für fehlende Rohstoffe. Es trifft häufig der Zustand ein, dass für eine Fabrik, deren Anlagen selbst noch bestehen, Rohstoffe aus einem an einem anderen Ort gelegenen und nicht betriebsfähigen Unternehmen herangeschafft werden müssten, die Transportmöglichkeiten jedoch fehlen. Das gleiche gilt auch für den Austausch von Maschinenteilen usw.

So z.B. stehen den völlig erhaltenen Luther-Werken in Reval grosse Holzvorräte in Pernau zur Verfügung, zu deren Heranschaffung jedoch mehrere hundert Eisenbahnwagen nötig wären. Dadurch, dass die Bolschewisten den grössten Teil des rollenden Materials verschleppt bzw. vernichtet haben und die Eisenbahnen durch die

vordringlichen militärischen Aufgaben überbeansprucht sind, werden die zuständigen Stellen vor äusserst schwierige Aufgaben gestellt.

Am günstigsten ist es um die Grossindustrie in Narwa gestellt. Dort haben zwei bedeutende Textilfabriken, wenn auch in begrenztem Umfange, die Arbeit bereits aufgenommen, die dritte und grösste, die Kremholmer Baumwollspinnerei, wird in etwa 2 Wochen folgen. Sämtliche Fabriken sind mit Rohstoffen auf 2 bis 5 Monate versorgt.

Die Zellstoffindustrie des Landes ist völlig zerstört. An sonstigen Unternehmen für Holzbearbeitung ist allein die oben erwähnte "Luther" A.G. in Reval unversehrt. Die hauptsächlich in Reval konzentrierte Lederindustrie verfügt zwar noch über ihre Einrichtungen, es fehlt aber vollkommen an Rohstoffen.

Die für die Erzeugung von Betriebs- und Heizstoffen äusserst wichtige Olschieferindustrie im östlichen Wierland, deren Verwaltung am 1. Oktober die deutsche "Baltische Öl - G.m.b.H." übernehmen wird, steht zur Zeit noch stark im Zeichen der Wiederherstellungsarbeiten, die längere Zeit erfordern werden.

Schwer betroffen ist die metallverarbeitende Industrie. In Reval wird versucht, durch Zusammenlegung von Teilen der Betriebseinrichtungen verschiedener Fabriken wenigstens in einer der hier vorhandenen mittleren Fabriken, den Krull-Werken, eine vorläufige Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

Auf Grund der auf dem Gebiet der Landwirtschaft erzielten Erträge kann in absehbarer Zeit mit dem Neuaufbau der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie gerechnet werden, soweit diese sich auf Erzeugnisse des Landes stützt.

Im allgemeinen kann der Stand der Landwirtschaft, verglichen mit der Industrie, als relativ günstiger bezeichnet werden. Fast überall im besetzten Gebiet

funktioniert bereits die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. In Reval stiess diese auf besondere Schwierigkeiten, die zum grössten Teil in der Frage des Transports wurzelten. In den beiden ersten Wochen nach der Besetzung fehlte es namentlich an Fleisch und Fetten, der Umstand jedoch, dass die meisten Einwohner sich noch zu bolschewistischer Zeit in Erwartung der später auch durchgeführten Plünderungen gewisse "eiserne Rationen" zu Hause angelegt hatten, hat neben der unter weitgehender Unterstützung der deutschen Behörden erfolgten behelfsmässigen Lösung der Transportfrage zur Überprüfung des eingetretenen Zustandes beigetragen.

Im allgemeinen sind, wenn auch landwirtschaftlich variierend, die Verluste der Bauern an Vieh sehr beträchtliche. Es wird mit einer Dezimierung um 50 v.H. gerechnet. Die Ernte ist in diesem Jahr beeinflusst durch ungünstige Witterung und die Folgen des Krieges als schlecht zu bezeichnen. Wenn im allgemeinen dennoch die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung als im Grossen gesichert bezeichnet werden kann, ist in Betracht zu ziehen, dass Estland früher einen grossen Teil seiner landwirtschaftlichen Erzeugung auszuführen gewohnt war und der Eigenbedarf stets weit unter dem Mass der tatsächlichen Produktion lag.

Grosse Schwierigkeiten für die Herbst- und Winterbestellung verursacht die von den Sowjets gründlichst durchgeführte Verschleppung der Pferde, die mindestens zwei Drittel des gesamten Pferdebestandes umfasst. Dieser Mangel wirkt sich auch bei der Brennholzbeschaffung aus, da der Abtransport aus den Wäldern gewöhnlich mit Pferdefuhrwerken vor sich gegangen ist.

Stellenweise ist eine Zurückhaltung der Bauern vom Markt zu verzeichnen, die nicht allein mit der mancherorts noch recht grossen Unsicherheit der Landstrassen, sondern mit einer abwartenden Haltung in Bezug auf die

weitere Preisentwicklung zu erklären ist. Die allgemeine Verbesserung der den Bauern für seine Produkte zufallenden Preise dürfte eine recht belebende Auswirkung haben.

III. Stimmung der Bevölkerung.

Seitdem Reval gefallen ist, macht sich in der Bevölkerung ein gewisser Aufschwung in politischen Fragen bemerkbar. Soweit das Interesse des Einzelnen nicht durch mit dem Wiederaufbau verknüpfte landwirtschaftliche Fragen abgelenkt ist, hat der Fall Revals, der früheren Landeshauptstadt, wieder den Gedanken an eine künftige zentrale Verwaltung des gesamten estnischen Territoriums und in Verbindung damit eine gesteigerte Erörterung der Zukunft Estlands wachgerufen.

Die Vorstellung der meisten Esten dreht sich hierbei um eine Eigenständigkeit, von der man sich konkret kein rechtes Bild zu machen weiss. In vereinzelt Fällen wird noch immer auf Wiederherstellung des Zustandes vor 1940 gehofft.

Sehr aufmerksam ist in diesem Zusammenhang die Hissung der Reichskriegsflagge auf dem Langen Hermann, dem für die Herrschaft über das Land symbolischen Schlossturm verfolgt worden, die vor sich ging, nachdem in den ersten Stunden der Besetzung zunächst eine estnische Flagge allein, dann diese gemeinsam mit der Hakenkreuzfahne über der Stadt geweht hatte. Die Niederholung der estnischen Flagge hat stark dazu beigetragen, Illusionen von der Wiederkehr der demokratischen Republik zu beseitigen. Die Gespräche über die Zukunft drehen sich nun hauptsächlich um die Frage, welche Form die kommende Verwaltung haben wird und wie weit die estnische Eigenständigkeit innerhalb derselben gewahrt bleiben wird. Zu irgendwelchen aktiven Oppositionerscheinungen ist es noch nicht gekommen, wenn man davon absieht, dass in einem Einzelfall in

Dort, wo akademischen Kreise eine dort kaum Anklang findende Propaganda festgestellt wurde, die eine Zusammenarbeit der baltischen Völker über das ganze Reichskommissariat hinweg empfahl, um so besser dem deutschen Einfluss widerstehen zu können.

Bezeichnend ist das hierbei angewandte Argument, die Esten dürften nicht darauf eingehen, dass sie von den Deutschen besser behandelt würden als Letten und Litauer. Bei dem überlieferten Gegensatz der Esten besonders zu den Letten haben alle solche Propagandaver-suche wenig Anklang im Volke und dürften sich hauptsächlich auf die Reste der früher politisch im wesentlichen englisch-französisch ausgerichteten Kreise beschränken, die bald in einem Grossfinnland, bald in einem Panbaltikum die unangenehme Tatsache der verlorenen Herrschaft vergessen zu machen suchen.

In den breiten Massen des Volkes ist die Stimmung nach wie vor ausgesprochen deutschfreundlich. Viel Aufsehen hat gerade in Reval die trotz der gründlichen bolschewistischen Vernichtungsarbeit in kürzester Zeit erfolgte Wiederherstellung der Elektrizitäts- und Wasserversorgung erregt, wobei der Erfolg allgemein dem hohen Stand der deutschen Technik zugeschrieben wird. Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der deutschen Stellen ist ein sehr grosses und darauf geht es auch zurück, dass bis jetzt im grossen ganzen der Wiederaufbau in Estland sich ohne irgendwelche bedeutendere Reibungen politischer oder personeller Natur abgewickelt hat. Begünstigt wird dieses im Gegensatz zu der Entwicklung in Lettland dadurch, dass bei der in den ersten Tagen erfolgten Einsetzung von Esten in führende Posten es sich um Männer gehandelt hat, die sichtlich bestrebt sind, den deutschen Behörden in jeder Beziehung entgegen zu kommen, was für die Arbeit der in wachsender Zahl in das Land einrückenden Dienststellen und Institutionen von grosser Bedeutung ist,

Die Bevölkerung lehnt den Bolschewismus nach wie vor eindeutig ab. Die kürzlich in Reval erfolgte Festnahme mehrerer führender estnischer Kommunisten hat im Volke das Ansehen der deutschen Macht noch mehr gestärkt. Dem gegenüber tritt vereinzelt die Furcht vor einer evtl. Wiederkehr des Bolschewismus, namentlich in den erst jüngst befreiten Bezirken auf. Dieses ist eine Folge des seitherigen Terrors und der versteckten Propaganda einzelner Bolschewisten.

Im allgemeinen sind die breiten Massen noch voll- auf mit der Regelung der Fragen der Lebenshaltung des Einzelnen beschäftigt, wobei naturgemäss die wirtschaftlichen Probleme an erster Stelle stehen. Mit grösster Aufmerksamkeit werden auf diesem Gebiet die seitens der deutschen Behörden erlassenen Massnahmen verfolgt, wobei man Anhaltspunkte für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, besonders, in der noch nicht überall grundsätzlich angeschnittenen Frage der Reprivatisierung herauszulesen versucht.

Auf kulturellem Gebiet ist sehr plötzlich ein grosses Interesse für das Deutsche festzustellen. Praktisch äussert sich das in einem beachtlichen Zulauf zu Sprachkursen. Bei den deutschen Filmvorführungen fallen Vergleiche mit den Bestrebungen der Sowjets zu deren Ungunsten aus. Auf sozialem Gebiet besteht besonderes Interesse für die Lösung der Arbeiterfrage in Deutschland und es herrscht bereits eine merkliche Nachfrage nach einschlägiger deutscher Literatur.

Weiteste Kreise der Bevölkerung glauben an den Sieg Deutschlands. ^{noch} Hier und da von früher eine gewisse Sympathie für England besteht, tritt sie äusserlich nicht hervor und hat wenig Aussicht auf grössere Ausbreitung.

IV. Kirchenfrage.

Bei der Kirchentreue der estnischen Bevölkerung spielen die beiden grossen Kirchen, die evangelisch-lutherische - etwa 80 v.H. - und die griechisch-orthodoxe - etwa 15 v.H. - eine beachtliche Rolle im Leben des Volkes. In ihrem Verhältnis zueinander besteht ein "gutnachbarliches" Zusammenleben beider Kirchen, wobei allerdings die Entwicklung der letzten Zeit ein Zurückgehen der griechisch-orthodoxen zugunsten der ersteren zeigt. Religiöse Streitigkeiten der Kirchen untereinander bzw. innerhalb der einzelnen Kirchen sind selten und meist nur personeller Natur. Die "Estnische Evangelische Lutherische Kirche" zeigt eine stark pietistisch-konservative Grundhaltung und hat bis jetzt eine autonome Stellung innerhalb der übrigen evangelischen Kirchen des Abendlandes bewahrt. Vor dem Kriege bestand eine gewisse Neigung führender Geistlicher zur anglikanischen Kirche, die vom Volk aber nicht geteilt wurde.

Gleichfalls autonom hat sich die griechisch-orthodoxe Kirche gehalten, die vor dem Kriege in loser Unterstellung zum Patriarchen Byzanz Beziehungen legte. Diese wurden zur bolschewistischen Zeit unterbrochen und der Moskauer Patriarch auch der hiesigen Kirche übergeordnet. Die Entsendung von dessen Beauftragten, Exarch Sergius, in das Baltikum hat bei der estnischen orthodoxen Kirche nur Ablehnung und auch jetzt noch ihre Auswirkungen in einem zur Zeit formell zugunsten der selbständigen orthodoxen Kirche Estlands entschiedenen Streit um die Besetzung des Priorates im Kloster Petseri gefunden.

Die römisch-katholische Kirche hat in Estland wenig Verbreitung gehabt. Obwohl hier eine eifrige Mission betrieben und Estland als Ausgangsbasis für eine Gewinnung der orthodoxen Kirche Russlands ausgebaut wurde, zählt die katholische Kirche nur etwa 2 000 Anhänger,

meistens Polen und trägt somit den Charakter einer Sekte. Während die anderen Kirchen mehr oder weniger unverseht die Bolschewistenzeit überstanden und sogar eine wachsende Kirchlichkeit zu verzeichnen gehabt haben, ist die kath. Kirche durch die Verschleppung des äusserst aktiven Erzbischofs Profittlich am stärksten betroffen worden.

Das Sektenwesen hat in Estland einen Boden, der ihm viele "ntfaltungsmöglichkeiten bietet. An grösseren Sekten sind hier besonders Methodististen, Baptisten und Adventisten stark. Wenn auch zahlenmässig den beiden grossen Kirchen gegenüber unbedeutend, zeichnen sich die Sekten durch die Pflege eines entschiedenen und bewussten "Gläubigentums" aus, das insoweit auch in Zukunft einer Beobachtung bedarf, als die Bindungen dieser Sekten zur angelsächsischen Welt sehr enge waren.

Von den Einsatzgruppen B, C und D liegen keine Meldungen vor.

III. Militärische Ereignisse:

Die Luftaufklärung zeigt seit Tagen starke Räumungsbewegungen aus Charkow, aus dem Donez-Gebiet in nordostwärtiger und aus Moskau in ostwärtiger Richtung, sowie den Antransport von Stellungsmaterial aller Art von Süden in die Gegend von Moskau.

3 große Ziele sind beim Gegner zu erkennen:

1. Beschleunigung der schon vor längerer Zeit eingeleiteten Räumung des Charkower-Gebietes und des Donezbeckens und Verzögerung des deutschen Vormarsches dorthin und gegen den Kaukasus.
2. Die Absicht, Moskau zu halten. 13 Div. sind bereits aus der Front herausgezogen, 4 davon am Südflügel der Heeresgruppe (Gegend nördl. Gluchow), 4 in der Waldaj-Gegend eingesetzt. Mit der Möglichkeit ist zu rechnen, daß Absetzen und Zurückgehen auf das Stellungssystem (teilweise 4 hintereinander liegende Stellungen) vorbereitet wird.
3. Die Absicht, Leningrad zu halten. Hier versucht der neue Führer, der bisherige Genst. Chef Shukow, Verteidigungs- und Durchhaltewillen zu heben und durch Fortsetzung der Angriffe von Osten die Verbindung nach Leningrad wieder herzustellen.

Heeresgruppe Süd:

Der Feind versucht, unter Einsatz seiner letzten Reserven das Vordringen der deutschen Truppen über Melitopol in Richtung Donez und über Poltawa in Richtung Charkow zu verhindern.

Odesa:

Der Angriff nach Süden wurde fortgesetzt,

Arujansk genommen und darüber hinaus weiter nach Süden vorgegangen.

An der Ostfront wurden vom Feinde geführte Angriffe unter Einsatz deutscher Kräfte in der Linie Mal. Bjeloserka - 6 km nördl. Bol. Bjeloserka zum Stehen gebracht.

Dnjepropetrowsk - Krasnograd.

Im Angriff aus dem Brückenkopf Dnjepropetrowsk wurde gegen Mittag Verbindung mit den von Norden angreifenden Kräften eines A.K. hergestellt.

Andere Teile zerschlugen den Feind westl. des Kiltischen, weitere stießen aus dem Brückenkopf Nowomoskowsk nach Süden vor.

Front vor Charkow:

Im Angriff wurde der Bachgrund 15 km nordostw. Krasnograd erreicht, andere Teile gingen bis in die Gegend nordwestl. Krestischtsche vor.

Heeresgruppe Mitte:

Mirgorod - Bahn Gomel-Brijansk:

Nach Überwindung schwachen Feindwiderstandes stieß eine Div. bis 12 km ostw. Kapustinzy vor. Eine weitere kam im Vorgehen nach NO. bis in die Gegend 15 km südl. Schtepowka vor. Eine Div. stieß über Schtepowka vor. Weitere Teile sind ostw. Olschana im Vorgehen über die Sula.

Baltische Inseln:

Auf Ösel hat der Feind sich auf der Halbinsel Sörve etwas abgesetzt und verteidigt sich hartnäckig nördl. Anseküllä.

Serbien:

Bandentätigkeit ostw. Cacak bei Kragujevac

und südl. Krusevac. Gewaltsame Rekrutierungen
seitens der Banden. Erfolgreiche Bandenbe-
kämpfung bei Krusevac durch Truppen unterstützt
von Cetnikis. Beim Unternehmen eines I.R.
wurden am 25.9. nordwestl. Valjevo 71 Häuser
niedergebrannt. Sabac wurde von der männlichen
Bevölkerung gesäubert.

-447-

BIb - 100 -

153

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 1. Okt. 1941.

- IV A 1 - B.Nr. 1/B. 41 - gRs -

48 Ausfertigungen.

36. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr.100.

I. Politische Übersicht.

Geheime Reichssache

Keine besonderen Ereignisse.

- 448 -

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Von den Einsatzgruppen A und B liegen keine Meldungen vor.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Stimmung der ukrainischen Bevölkerung.

Nach Neuordnung deutliche Zeichen der Enttäuschung bei Bevölkerung festzustellen. Hauptmotive:

1. Es ist in Ost-Ukraine bekannt geworden, dass in Ost-Galizien und Wolhynien Polen bevorzugt werden. Rückwirkungen der Polenpolitik bereits deutlich spürbar.
2. Sowohl in Wolhynien als auch in Kiew stellt Bevölkerung fest, dass deutsche Dienststellen nicht in der Lage sind, akute Notstände zu beseitigen. Organisatorisches Durcheinander. Vor allem ständiger Wechsel der Ortskommandanturen. Trotzdem werden ukrainische Selbstverwaltungen an Selbsthilfe gehindert.
3. Fehlen deutscher Propaganda bewirkte, dass Bevölkerung zum Teil falsche Vorstellungen über deutsche Absichten hat. Stark kritisiert wird deutsche Einstellung zur Kollektivwirtschaft und zum Lohnproblem.

Einsatzgruppe D.

Standort N i k o l a j e w .

Lage im Bezirk A n a n j e w .

I. Allgemein.

Die Lage in Ananjew wird gegenwärtig bestimmt durch das Übergeben der Verwaltung in die Hände der Rumänen. Diese Tatsache wird von der Bevölkerung allgemein bedauert. Man sieht in den Deutschen einen Freund abrücken und in den Rumänen einen Gegner in

das Land kommen.

Die Ursache dieser Erscheinungen mag in folgendem liegen:

Abgesehen von dem unterschiedlichen Verhalten, das die deutschen und die rumänischen Truppen bei ihrem Erscheinen hier an den Tag legten, wobei das korrekte Auftreten der deutschen Soldaten sehr bald bei der Bevölkerung Zutrauen hervorrief, erfasste diese intuitiv sehr bald, dass das deutsche Volk diesen Krieg nicht gegen die Völker der UdSSR führt, sondern ausschließlich gegen den jüdischen Bolschewismus. Dementsprechend sah^{sie} in dem Deutschen nunmehr fast nur noch den Befreier vom bolschewistischen Joch.

Ganz anders ist die Einstellung zur rumän. Wehrmacht. Das rumänische Volk betrachtet diesen Krieg nicht als weltanschauliche Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, sondern, wie auch von rum. Kreisen zugegeben wird, als einen nationalen Revanchekrieg gegen Russland für die Anektierung Bessarabiens und der Nordbukowina im Sommer 1940. Diese Auffassung vom Kriege kommt auch im Verhalten der rumänischen Soldaten der Bevölkerung gegenüber zum Ausdruck und wird von dieser, wenn auch nur zum Teil unbewusst, erkannt. Jedenfalls empfinden die Ukrainer die Rumänen keinesfalls als Befreier wie die Deutschen, sondern als einen z.Zt. siegreichen Gegner. Diese Mentalität beherrscht Ukrainer und Rumänen und lässt zwischen ihnen kein Vertrauen entstehen.

II. Volkstum.

Die Berechtigung der Rumänen auf die Besetzung des Gebietes bis zum Bug wird daraus abgeleitet, dass hier neben den Ukrainern und einigen kleinen deutschen Streusiedlungen zahlreiche Moldawaner leben, die von den Rumänen als ihre Volksgenossen betrachtet werden. Die Moldawaner selbst, die zwar einen rumänischen

Dialekt sprechen, betonen jedoch ausdrücklich, dass sie Moldowaner und nicht Rumänen sind. Vielmehr fühlen sie sich stärker den Ukrainern als den Rumänen verwandt. Zahlenmässig dürften die Moldowaner im Ananjewer Bezirk etwa 25% der Bevölkerung betragen, wobei ihre Dichte zum Bug hin stark abnimmt.

Innerhalb der deutschen Siedlungen ist der Wunsch und die Bereitschaft zur Umsiedlung nach Deutschland durchaus vorhanden, insbesondere, seit das Gebiet unter rumänische Verwaltung gekommen ist.

Auffallend ist, dass bei allen drei Volkstümern, den Ukrainern, Moldowanern und Deutschen der eigene Volkscharakter eigentlich nur noch in der Sprache zum Ausdruck kommt. Alle übrigen Ausdrucksformen eines Volkstums sind während der 23-jährigen bolschewistischen Herrschaft fast vollständig erstorben. Volkslied und Volkstanz sind in kaum noch spürbaren Resten vorhanden. Volkstrachten und volkstümlich bedingte Heimkunst, wie Stickerei, Weberei oder Schnitzerei sind restlos verschwunden. Der Typ des internationalisierten internationalen Proletariats hat sich hier 100%-ig durchgesetzt.

III. Verwaltung.

Der Bezirk Ananjew untersteht nunmehr einem rumänischen Präfekten, der seinerseits wieder der Landesverwaltung von Transnistrien in Tirasspol unterstellt ist. Chef der Landesverwaltung von Transnistrien ist der Minister Alexianu, der als enger Freund von Mihai Antonescu gilt. Um den militärischen Charakter der Verwaltung zu unterstreichen, sind in Transnistrien fast ausschliesslich Offiziere zu Präfekten bestellt worden. Der Präfekt von Ananjew ist Oberst.

Zum Subpräfekten wurde ein aus Bessarabien stammender Einwohner von Ananjew ernannt, der seiner Volkszugehörigkeit nach Moldowaner ist und früher zaristisch-

russischer Offizier war. Die von der deutschen Feldkommandantur eingesetzten Bürgermeister und Starosten wurden im Ananjewer Bezirk auch rumänischerseits in ihren Ämtern bestätigt.

Verbunden mit einer Bodenreform, die die Auflösung der Kolchose herbeiführen und den privaten Grundbesitz auf dem Lande wiederherstellen soll, ist beabsichtigt, im Frühjahr 1942 das rumänische Privatrecht in Transnistrien einzuführen. Die Vorarbeiten hierzu werden nach einer Äusserung des Präfekten von Ananjew bereits im kommenden Winter durchgeführt werden. Eine endgültige Eingliederung Transnistriens in den Bestand Rumäniens sei vor Beendigung des Krieges nicht zu erwarten und werde auch voraussichtlich nicht ohne vorherige Volksabstimmung erfolgen.

IV. Presse und Propaganda.

Auf dem Gebiet der Presse und der Propaganda ist bisher nichts geschehen. Propagandistisch gewirkt hat bisher lediglich das Verhalten der deutschen und rumänischen Soldaten, wobei das Verhalten der deutschen Wehrmachtsangehörigen, wie bereits erwähnt, überall eine Atmosphäre des Vertrauens und der Zuversicht ausgelöst hat, während das Benehmen der rumänischen Soldaten überall Missfallen und Beunruhigung hervorgerufen hat.

Dabei lassen es die zahlreichen Gerüchtebildungen dringend erforderlich erscheinen, dass in kürzester Zeit eine pressemässige Betreuung der Bevölkerung einsetzt. Aus den Erfahrungen in Czernowitz ist bekannt, dass die Gerüctemacherei schlagartig mit dem Erscheinen der ersten Zeitungen aufhörte, da damit der Nachrichten hunger der Bevölkerung mit authentischen Nachrichten befriedigt wurde und man nicht mehr auf unkontrollierbare Nachrichten, die von Mund zu Mund gingen, angewiesen war.

Auch aus propagandistischen Gründen dürfte die Verbreitung von Zeitungen zweckmässig sein, da die Bevölkerung während der bolschewistischen Herrschaft gewohnt ist, dem gedrucktem Wort erhöhte Bedeutung zuzuweisen.

Von rumänischer Seite ist jedoch zunächst vorgesehen, in Tirasspol eine Zeitung in rumänischer Sprache herauszugeben. Die Verbreitung ukrainischen Schrifttums stösst zur Zeit nach rumänischer Ansicht auf unüberwindliche drucktechnische Schwierigkeiten. Es scheint jedoch eine bewusste Absicht der Rumänen vorzuliegen, nur den moldowanischen Bevölkerungsteil pressemässig zu betreuen und politisch zu schulen und die Ukrainer in dieser Hinsicht bewusst zu vernachlässigen.

V. Kirchliches Leben.

Ausgehend von der Tatsache, dass die bolschewistische Herrschaft mit der staatlich betriebenen Gottlosenpropaganda es nicht vermocht hat, das religiöse Empfinden im Volke auch nur ernstlich zu bedrohen und dass die Anhänglichkeit an die griech.-orth. Kirche in der Bevölkerung noch fest verwurzelt ist, will man rumänischerseits die antikommunistische Propaganda und weltanschauliche Erziehung von der Kirche durchführen lassen.

Wie der Präfekt von Ananjew hierzu äusserte, wird der Priestermangel in dem von den Rumänen besetzten Gebiet dadurch behoben werden, dass die rumänische orth. Kirche die erforderliche Anzahl von Geistlichen für die hier befindlichen Kirchen abstellen wird. Während früher der Bezirk Ananjew zum Erzbistum Kischineff gehörte und die beiden bisher hier amtierenden Popen die Absicht hatten, sich auch wieder der Erzdiözese Kischineff anzuschliessen, ist inzwischen von rumänischer Seite ein neues Erzbistum

Tirasspol geschaffen worden. Als Erzbischof wurde der bisherige rumänische Feldbischof A n t a l eingesetzt.

Wie hier festgestellt werden konnte, wurde während der bolschewistischen Epoche das religiöse Leben lange Zeit kaum behindert. Sogar hohe kommunistische Funktionäre legten vielfach Gewicht darauf, dass ihre Kinder heimlich getauft würden. Erst in den Jahren von 1933 - 1935 setzte im Rahmen einer verstärkten Gottlosen-Propaganda eine ausserordentliche Verfolgung der Kirche ein. Damals wurde auch der grösste Teil der Geistlichen verhaftet oder verschickt. Entsprechend der "Glaubensfreiheit" in der Sowjet-Union wurde die Bevölkerung unter schärfsten Druck gesetzt, Bittschriften an die örtlichen Sowjets zu richten, damit die Kirchen "auf Grund ihrer gegen das Volk gerichteten Tätigkeit" geschlossen würden. Die bolschewistischen Behörden haben dann dem einmütigen Wunsch der Bevölkerung Rechnung getragen, die Kirchen geschlossen und das Kirchengut verschleppt. Seit 1935 hat es im Bezirk Anajew keinen Gottesdienst mehr gegeben.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurden jedoch die Kirchen wieder geöffnet und noch 2 vorhandene Priester nahmen in den drei noch stehengebliebenen Kirchen ihre Tätigkeit auf. Eine vierte Kirche wird in den nächsten Tagen eröffnet werden. Die Gottesdienste sind stets überfüllt und vor allem besteht bei den Eltern das dringende Bedürfnis, ihre Kinder noch nachträglich kirchlich taufen zu lassen. Bisher wurden bereits im Ananjewer Bezirk von den beiden Priestern etwa 600 Kinder im Alter bis zu 8 Jahren getauft. Auch wird der Wunsch geäussert, dass die Ehen nachträglich die kirchliche Weihe erhalten. Hier bestehen aber erhebliche Schwierigkeiten. Einmal von Seiten der Priester selbst, denn nach dem Dogma der orth. Kirche ist eine Ehescheidung

unmöglich. Es muss also zunächst nachgeprüft werden, ob die betreffenden Ehepartner nicht schon einmal vorher verheiratet waren und ihre frühere Ehe auf Grund der sowjetischen Gesetzgebung geschieden wurde.

Zum anderen ist der Gottesdienst und auch die kirchliche Trauung in der orth. Kirche im wesentlichen auf Ausserlichkeiten aufgebaut. Bevor also nicht die goldenen Kronen, die nach dem Ritus bei den Trauungen über den Häuptern des Traupaars gehalten werden müssen, vorhanden sind, können Trauungen nicht vorgenommen werden. Desgleichen fehlen noch Kirchenfahnen, Heiligenbilder, Weihrauchschalen, Kerzen und Gewänder für die Geistlichen und die Chorknaben, lauter Requisiten, die für den gr.-orth. Gottesdienst unbedingt erforderlich sind. Irgendeine Verinnerlichung des Gottesdienstes, bei dem auf das Wort erhöhtes Gewicht gelegt wird, wird von der Bevölkerung nach Aussagen des Geistlichen in Ananjew strikt abgelehnt. Man wünscht die Gottesdienste unbedingt genau so, wie sie früher waren, mit dem auf reinen Ausserlichkeiten aufgebauten Zeremoniell.

Von rumänischer Seite soll bereits Vorsorge getroffen sein, dass die Kirchen in Transnistrien mit dem erforderlichen Kircheninventar aus Rumänien versorgt werden. Die Herbeischaffung dieser Gegenstände wird nach Angaben des Präfekten beschleunigt durchgeführt werden. Allerdings müssten die Gemeinden hier die gelieferten Sachen bezahlen.

VI. Erziehung und Unterricht.

Der Schulbeginn ist in Ananjew am 1. Oktober angesetzt worden. Die Unterrichtssprache wird entsprechend dem Volkstum ukrainisch, rumänisch und deutsch sein. In den ukrainischen Schulen wird als Fremdsprache deutsch und rumänisch gelehrt werden; in den moldauischen Schulen deutsch und ukrainisch. Ferner wird

in sämtlichen Schulen der Religionsunterricht eingeführt werden.

In Ananjew sind vorgesehen: 1 Gymnasium, 1 Bürgerschule und 1 Ackerbauschule. Ausserdem werden überall 2-klassige Volksschulen errichtet werden.

Als Lehrkräfte sind die früheren Lehrer vorgesehen, sofern gegen sie keine politischen Verdachtsmomente vorliegen. Die Frage, nach welchem Lehrplan und mit welchen Schulbüchern der Unterricht erfolgen soll, ist jedoch bisher noch ungeklärt.

VII. Gesundheitswesen.

Die ärztliche Betreuung im Ananjewer Gebiet soll nach Angaben des Präfekten ausreichend sein, obgleich ein Teil der besten Ärzte von den Bolschewisten beim Abrücken mitgenommen wurde. Ein grosser Mangel besteht lediglich an Medikamenten, dem auch vorläufig nicht abgeholfen werden kann. Die Apotheken hier sind sämtlich zerstört und auch pharmazeutisch gebildetes Personal ist nicht vorhanden. Dieses bestand durchweg aus Juden, die geflohen sind.

Dieselben Schwierigkeiten bestehen im Veterinärwesen. Auch hier sind ausreichend Tierärzte vorhanden, aber es fehlt an Arzneimitteln. Da unter den Schweinen Rotlauf aufgetreten ist, sind schon erhebliche Verluste entstanden.

VIII. Wirtschaft.

Der Ananjewer Bezirk ist ein ausgesprochen landwirtschaftlich bestimmtes Gebiet. Industrie ist fast kaum vorhanden. Zwar gibt es in der Stadt Ananjew eine Ziegelei, Brennerei, Weberei und eine Ölmühle, doch spielen diese im wirtschaftlichen Gesamtbild kaum eine Rolle.

Landwirtschaftlich gesehen ist der Bezirk ein Überschussgebiet. Die Ernte, die kaum zerstört ist, steht durchweg gut. Nun haben sich bei der Ernteein-

bringung, die überall im Gange ist, grosse Schwierigkeiten ergeben, da die Landwirtschaft hier im höchsten Masse motorisiert ist und es nun an dem erforderlichen Petroleum fehlt. Zwar wollen die rumänischen Behörden den notwendigen Treibstoff in Kürze herbeschaffen, aber bisher ist ein Erfolg in dieser Richtung nicht zu vermerken gewesen. Da die Dreschmaschinen infolge von Treibstoffmangel fast überall stillliegen, ist man nun dazu übergegangen, Getreidemieten anzulegen. Allerdings muss hierbei mit erheblichen Verlusten an Getreide gerechnet werden. Eine weitere Erschwernis stellt der grosse Mangel an Säcken, Wagen und Pferden dar. Die Getreidespeicher für die Kolchese befinden sich fast ausschliesslich an der Eisenbahnlinie. Einlagerungsmöglichkeiten sind auf den Kolchosen selbst nur im Rahmen des Eigenbedarfs vorhanden.

Die Hinschaffung des Getreides zu den grossen Elevatoren ist infolge der obenangeführten Mängel nicht möglich. Ferner fehlt es auch erheblich an männlichen Arbeitskräften, so dass ein Ausdreschen des Getreides mit Dreschflegeln nicht in Frage kommt, zumal zur Zeit alle verfügbaren Arbeitskräfte vordringlich für die Sonnenblumenernte und die Einbringung des Mais benötigt werden. Insbesondere die Sonnenblumenernte ist im Hinblick auf das daraus gewonnene Öl für die Fettversorgung von erheblicher Bedeutung.

Rindvieh und Schweine, ebenso auch Geflügel sind reichlich vorhanden, lediglich der Mangel an Futtermitteln - Hafer und Heu sind in höchstem Masse von der Wehrmacht verbraucht worden - wird eine Verringerung des Viehbestandes erforderlich machen. Auf den Schaden durch Rotlauf unter den Schweinen ist bereits hingewiesen worden.

Irgendwelche Ernährungsschwierigkeiten sind im Ananjewer Bezirk nicht zu erwarten. Auch Mehl ist

in reichlichem Masse vorhanden. Hier haben die Bauern den Mühlen aus ihren eigenen kleinen Beständen das Petroleum liter- und halbliterweise ausgeliefert gegen entsprechende Ausmahlung von Getreide. Dabei sind ganz erhebliche Treibstoffmengen zusammengekommen. Die Bauern sind dabei von der Überlegung ausgegangen, dass sie lieber am Abend im Dunkeln sitzen als hungern oder auf das Brot verzichten.

Handel und Gewerbe liegen vollständig darnieder. Die früheren staatlichen Verkaufsläden und Magazine sind restlos zerstört und geplündert worden. Es macht sich jedoch jetzt in der Bevölkerung in immer stärkerem Umfang der Wunsch nach Privatwirtschaft bemerkbar. Handwerker wollen nunmehr ausserhalb der bisher vorgeschriebenen Arbeitsstelle ihre Eigenbetriebe eröffnen, ebenso wie bereits zahlreiche Gesuche bei der Bürgermeisterei in Ananjew vorliegen, in denen Personen um die Genehmigung nachsuchen, Speiserestaurants, Lebensmittelhandlungen und Wurstläden usw. auf privatwirtschaftlicher Basis betreiben zu dürfen. Rumänischerseits will man diesen Bestrebungen weitgehend entgegenkommen. Da weder die rumänische Verwaltung noch die Stadt Ananjew in der Lage sind, irgendwelche Kredite zur Verfügung zu stellen, ist man entschlossen, jedem neugegründeten Privatbetrieb wenigstens auf ein Jahr Steuerfreiheit zu gewähren.

Auf dem Gebiet des Handwerks sind durch die Flucht, bzw. Vernichtung des Judentums grosse Lücken entstanden, die gerade im Hinblick eines Wiederaufbaues schwer geschlossen werden können. Man wies rumänischerseits darauf hin, dass es nunmehr in Ananjew keinen einzigen Glaser mehr gibt, da alle Angehörigen dieses Gewerbes Juden waren. Auch in den übrigen Zweigen des Baugewerbes waren fast sämtliche Handwerker, wie

Zimmerleute, Tischler, Schreiner usw. Juden. Ganz allgemein wird der jüdische Anteil im Handwerkertum in diesem Gebiet um 80% veranschlagt.

Im Umlauf befinden sich hier zur Zeit Mark, Rubel und Lei, wobei die Mark und der Rubel bevorzugt werden. Gegen den Lei besteht nach wie vor eine starke Abneigung, obgleich der Lei hier im Gegensatz zum Buchenland von den Rumänen zum Kurse 1 Rubel = 6 Lei in Umlauf gebracht wird.

III. Militärische Ereignisse:

Heeresgruppe Süd:

Auf der Enge von Perekop stellte der Feind die Gegenangriffe ein und musste zu hinhaltendem Widerstand übergehen.

Nördl. und ostw. Dnjepropetrowsk hat der Feind 3 Div. verloren.

Zwischen Krasnograd und Orschik-Fluss setzt der Russe sich weiter ab, an der Strasse Poltawa-Charkow ging er, nachdem mehrere Gegenangriffe erfolglos blieben, zur Verteidigung über.

Nördl. der Krim:

Im energischen Zupacken wurde bis zu den Engen bei Juschun und nordostw. davon vorgestossen.

Auf der Ostfront Fortsetzung der feindl. Angriffe. Der Gegenangriff eines A.K., dabei rum. Gebirgstruppen, gewann am späten Nachmittag aus der Linie Mal. Bjeloserka - Bol. Bjeloserka - Nowo Petrowka gut Boden.

Nördl. Dnjepropetrowsk:

Odinkowka und im Kampf mit feindl. Panzern Bahnhof Illarionow genommen.

Front vor Charkow:

Im zähen Kampf wurde die Linie Höhe 10 km ostw. Grjaschowa - 3 km südl. Sudorenkow genommen, gegen hartnäckigen Widerstand der Weg Sudorenkove - Schutowo und die Gegend 10 km südl. und 10 km südostw. Budischtscho erreicht.

Heeresgruppe Mitte:

Auf dem Südflügel erreichte eine Div. die Sula ostw. Schtepowka.

Heeresgruppe Nord:

Die Angriffskraft des Gegners lässt z.Zt. sowohl südl. des Ilmen-Sees wie auch östl. Schlüsselburg nach.

Auf der Soerve-Halbinsel der Insel Ösel wurde die Gegend nördl. Anseküla erreicht.

Finnland:

Südostfront:

Im Ladoga-See wurde als letzte Insel Konewitsa von den Finnen besetzt.

Karelische Armee:

Der Vorstoss von Süden drang bis 3 km südl. Petrosawodsk vor.

Im Angriff von Westen wurde die Linie 7 km westl. - 10 km nordwestl. Petrosawodsk erreicht.

Balkan:

Serbien:

Vermehrtes Auftreten von Banden im Raum Cacak und um Palanka, Feuergefecht zwischen serbischer Gendarmerie und Banden südwestl. Sopot. Überfälle wie bisher.

BI b
94-100

BI b
94 - 100